

Ziele für nachhaltige Entwicklung

Bericht 2019



Vereinte Nationen



Inhalt

	Vorwort	2
	Einleitung	3
	Überblick	4
Ziel 1	Keine Armut	22
Ziel 2	Kein Hunger	24
Ziel 3	Gesundheit und Wohlergehen	26
Ziel 4	Hochwertige Bildung	30
Ziel 5	Geschlechtergleichheit	32
Ziel 6	Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen	34
Ziel 7	Bezahlbare und saubere Energie	36
Ziel 8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	38
Ziel 9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	40
Ziel 10	Weniger Ungleichheiten	42
Ziel 11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	44
Ziel 12	Nachhaltige/r Konsum und Produktion	46
Ziel 13	Maßnahmen zum Klimaschutz	48
Ziel 14	Leben unter Wasser	50
Ziel 15	Leben an Land	52
Ziel 16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	54
Ziel 17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	56
	Hinweise für Leserinnen und Leser	58
	Regionale Gruppen	59



Ziele für nachhaltige Entwicklung **Bericht 2019**



Vereinte Nationen
New York, 2019

Vorwort

Seit ihrer Verabschiedung 2015 ist die Agenda 2030 ein Entwurf zur Verwirklichung einer Welt der Nachhaltigkeit, in der alle Menschen am Wohlstand teilhaben und auf einem gesunden Planeten ein produktives, lebendiges und friedliches Leben führen können. Bis 2030 sind es nur etwas mehr als zehn Jahre, und wir müssen uns fragen, ob wir mit unserem heutigen Handeln die richtige Grundlage für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung schaffen. Der Bericht 2019 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung liefert fakten-gestützte Erkenntnisse als Antwort auf diese Frage.

Der Bericht zeigt, dass in einigen wichtigen Bereichen Fortschritte erzielt werden und sich manche positiven Trends abzeichnen. Die extreme Armut ist erheblich zurückgegangen, die Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren ist zwischen 2000 und 2017 um 49 Prozent gesunken, Impfungen haben Millionen Menschenleben gerettet, und die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung hat nun Zugang zu Strom. Die Länder ergreifen konkrete Maßnahmen zum Schutz der Erde: der Umfang der unter Schutz gestellten Meeresfläche hat sich seit 2010 verdoppelt, die Länder gehen gemeinsam gegen die illegale Fischerei vor, und das Klimaübereinkommen von Paris ist mittlerweile von 186 Parteien ratifiziert worden, von denen nahezu alle ihre ersten national festgelegten Beiträge bekanntgegeben haben. Etwa 150 Länder haben nationale Maßnahmen erarbeitet, um die Herausforderungen der raschen Verstädterung zu bewältigen, und in 71 Ländern und der Europäischen Union gibt es nun mehr als 300 Politikmaßnahmen und -instrumente zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster. Zudem engagiert sich eine Vielzahl von Akteuren – internationale Organisationen, Unternehmen, lokale Behörden, die Wissenschaftsgemeinde und die Zivilgesellschaft – zugunsten der Nachhaltigkeitsziele, was zu großen Hoffnungen für die nächsten zehn Jahre Anlass gibt. Die Vereinten Nationen arbeiten ihrerseits intensiv an der Neupositionierung ihres Entwicklungssystems, um besser in der Lage zu sein, den Bedürfnissen von Regierungen bei der Umsetzung dieser integrierten und transformativen Agenda zu entsprechen.

Trotz dieser Fortschritte zeigt der Bericht aber auch viele Bereiche auf, die dringend unsere kollektive Aufmerksamkeit erfordern. Die Zerstörung der natürlichen Umwelt geht erschreckend schnell voran. Der Meeresspiegel steigt, die Versauerung der Ozeane nimmt rasch zu, die letzten vier Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen, eine Million Pflanzen- und Tierarten sind vom Aussterben bedroht, und die Landverödung schreitet ungebremst fort. Auch unsere Bemühungen, menschliches Leid zu beenden und Chancen für alle zu schaffen, kommen zu schleppend voran. Wir laufen Gefahr, unser Ziel der Beendigung der extremen Armut bis 2030

zu verfehlen, solange wir keine Antworten auf tief verwurzelte Entbehrung, gewaltsame Konflikte und die Verwundbarkeit gegenüber Naturkatastrophen finden. Mehr Menschen hungern, und mindestens der Hälfte der Weltbevölkerung mangelt es an einer gesundheitlichen Grundversorgung. Mehr als die Hälfte der Kinder weltweit erfüllen nicht die Mindeststandards im Lesen und Rechnen, nur 28 Prozent der Menschen mit schweren Behinderungen erhalten Transferleistungen, und in allen Teilen der Welt sind Frauen nach wie struktureller Benachteiligung und Diskriminierung ausgesetzt.

Es ist völlig offensichtlich, dass viel tiefer greifende, raschere und ehrgeizigere Anstrengungen unternommen werden müssen, um den sozialen und wirtschaftlichen Umbruch einzuleiten, der für die Verwirklichung unserer Ziele bis 2030 erforderlich ist. Unsere Fortschritte haben gezeigt, was funktioniert. In diesem Bericht werden daher die Faktoren herausgestellt, die die Verwirklichung aller 17 Zielen voranbringen können: Finanzierung, Resilienz, nachhaltige und inklusive Volkswirtschaften, leistungsfähigere Institutionen, lokale Maßnahmen, eine bessere Nutzung von Daten und der Einsatz von Wissenschaft, Technologie und Innovation mit größerem Schwerpunkt auf der digitalen Transformation. Bei all unserem Tun und in allen unseren Entscheidungen müssen wir sorgfältig darauf achten, dass niemand zurückgelassen wird und dass die nationalen Anstrengungen durch eine wirksame internationale Zusammenarbeit, die auf einem Bekenntnis zu Diplomatie und Krisenprävention fußt, unterstützt werden.

Das Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung, der Klimaschutzgipfel und die anderen wichtigen Treffen, die im September 2019 in New York stattfinden werden, verschaffen Führungsverantwortlichen überall eine Gelegenheit, die Welt wieder auf Kurs zu bringen und den Anstoß zu einem Jahrzehnt der Erfolge für die Menschen und ihren Planeten zu geben. Der Zeitpunkt ist der richtige, und wir müssen jetzt handeln. In diesem Sinne empfehle ich diesen Bericht einem breiten Publikum.



António GUTERRES

Generalsekretär
der Vereinten Nationen

Einleitung

Vier Jahre nach der Unterzeichnung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben die Länder Maßnahmen ergriffen, um die Nachhaltigkeitsziele und -vorgaben in ihre nationalen Entwicklungspläne aufzunehmen und ihre Politik und ihre Institutionen auf diese Ziele auszurichten. Zur Verfolgung der weltweiten Fortschritte bei der Zielerreichung und Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen stützt sich der vorliegende Bericht auf die neuesten verfügbaren Daten. Während man in einigen Bereichen vorangekommen ist, steht man in anderen nach wie vor vor enormen Herausforderungen. Die vorliegenden Daten und Belege erhellen, in welchen Bereichen dringender Handlungsbedarf besteht und raschere Fortschritte erzielt werden müssen, um die weitreichende Vision der Agenda 2030 zu verwirklichen.

Die Mitgliedstaaten sind sich darin einig, dass diese Herausforderungen und Verpflichtungen miteinander verknüpft sind und integrierte Lösungen erfordern. Es ist daher zwingend notwendig, die Agenda 2030 ganzheitlich zu betrachten und gezielt dort einzugreifen, wo die stärkste Wirkung zu erzielen ist.

Der dringendste Handlungsbedarf besteht beim Klimawandel. Wenn wir die rekordhohen Treibhausgasemissionen nicht sofort verringern, wird sich die Erde in den kommenden Jahrzehnten voraussichtlich um weitere 1,5 Grad Celsius erwärmen. Die kumulativen Auswirkungen werden katastrophal und unumkehrbar sein und zeichnen sich bereits jetzt ab: zunehmende Versauerung der Ozeane, Küstenerosion, extreme Wetterbedingungen, häufigere und schlimmere Naturkatastrophen, anhaltende Landverödung, Verlust lebenswichtiger Arten und Zusammenbruch von Ökosystemen. Viele Teile der Welt werden unbewohnbar werden, und die Armen wird es am stärksten treffen. Negative Auswirkungen auf die Nahrungsmittelproduktion werden zu weit verbreiteter Verknappung und Hunger und bis 2050 möglicherweise zur Vertreibung von bis zu 140 Millionen Menschen führen. Die Zeit für entschlossene Maßnahmen gegen den Klimawandel drängt.

Das andere beherrschende Thema unserer Zeit ist die wachsende Ungleichheit zwischen und innerhalb der Länder. Armut, Hunger und Krankheit sind in den ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen und Ländern nach wie vor am stärksten verbreitet. Über 90 Prozent der Todesfälle bei Müttern treten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen auf. Drei Viertel aller Kinder mit Wachstumshemmung leben in Südasien und in Afrika südlich der Sahara. Menschen in fragilen Staaten mangelt es mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit wie Menschen in nicht prekären Verhältnissen an einer sanitären Grundversorgung und mit etwa viermal so hoher Wahrscheinlichkeit an einer grundlegenden Trinkwasserversorgung. Jugendliche werden dreimal häufiger arbeitslos als Erwachsene. Frauen und Mädchen leisten einen unverhältnismäßig hohen Anteil an unbezahlter Hausarbeit und haben keine Entscheidungsfreiheit.

So wie Armut, Ungleichheit, Klimawandel und andere globale Herausforderungen miteinander verknüpft sind, so sind es auch die Lösun-

gen. Eine Analyse der Zusammenhänge zwischen den Zielen zeigt vielversprechende Möglichkeiten für raschere Fortschritte auf. So erfordert etwa die Bekämpfung des Klimawandels einen Übergang zu sauberer Energie, eine Umkehr des Waldverlusts und eine Veränderung unserer Produktions- und Konsummuster. Die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft kann dazu beitragen, Hunger und Armut zu bekämpfen, denn fast 80 Prozent der Ärmsten leben in ländlichen Gebieten. Ein besserer Zugang zu sauberem Trinkwasser, Sanitärversorgung und Hygiene kann jährlich Millionen von Menschenleben retten und mehr Kindern den Schulbesuch ermöglichen. Wenn rund 200 Millionen Kinder in Afrika südlich der Sahara besser lesen und rechnen lernen, werden sie eher die Armut überwinden und dazu beitragen können, dass die ganze Region im globalen Marktwettbewerb bestehen kann.

Der vorliegende Bericht unterstreicht auch, wie wichtig es für die vollständige Umsetzung der Agenda 2030 ist, in Datenqualität zu investieren. Für mehr als die Hälfte der globalen Indikatoren werden in den meisten Ländern nicht regelmäßig Daten erhoben. Weil über viele marginalisierte Gruppen und Personen keine präzisen und aktuellen Daten vorliegen, sind diese „unsichtbar“ und daher umso verwundbarer. Zwar wurden in den letzten vier Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, diese Lücken zu schließen, jedoch nicht sehr erfolgreich. Es sind dringend vermehrte Investitionen erforderlich, um ausreichende Daten für eine fundierte Entscheidungsfindung zu allen Aspekten der Agenda 2030 zu gewinnen. Zu diesem Zweck sieht die aus dem Zweiten Weltforum hervorgegangene Erklärung von Dubai einen bedarfsorientierten Finanzierungsmechanismus vor, der unter der Aufsicht der Mitgliedstaaten steht und schnell und effizient den Prioritäten der nationalen Statistiksysteme entsprechen kann.

Die in diesem Bericht aufgezeigten Herausforderungen sind globaler Natur und erfordern globale Lösungen. Kein Land und kein Mensch kann sie alleine lösen. Das bedeutet, dass ein multilaterales Handeln wichtiger als je zuvor ist. Beachtlicherweise ist es mit der Agenda 2030 bereits gelungen, sehr unterschiedliche Gruppierungen zusammenbringen, die auf die Verwirklichung gemeinsamer Ziele hinwirken. Mit Hilfe des Systems der Vereinten Nationen können die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Klimawandel, Migration, Technologie und Handel sowie Partnerschaften mit allen Interessenträgern weiter ausgebaut werden. Wenn wir jetzt und gemeinsam handeln und die vielen Synergien im Rahmen der Agenda 2030 nutzen, können wir die Nachhaltigkeitsziele noch rechtzeitig erreichen.



Liu Zhenmin

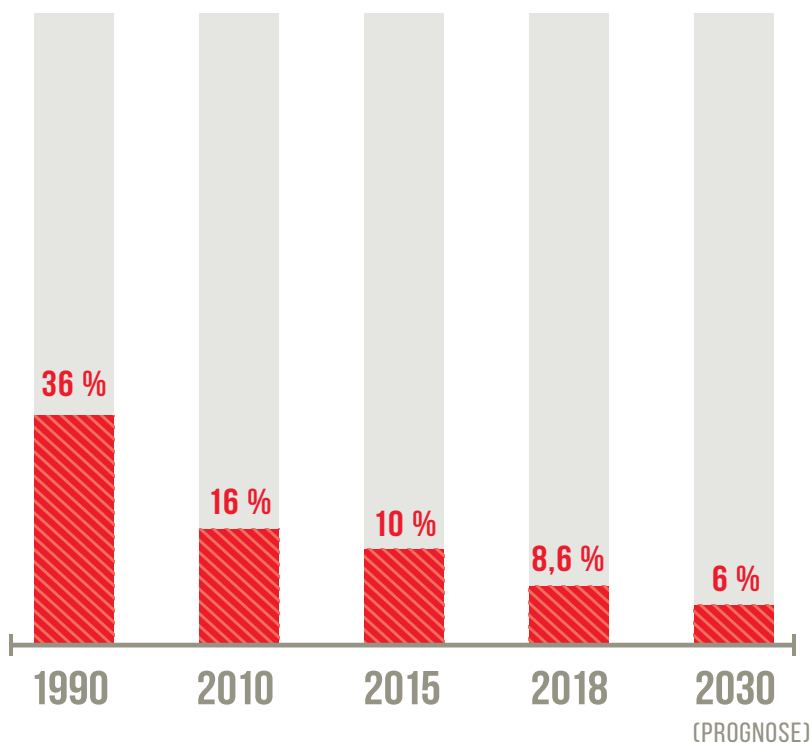
Untergeneralsekretär
für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

1 KEINE ARMUT



ARMUT IN ALLEN IHREN FORMEN UND ÜBERALL BEENDEN

BIS **2030** KANN DIE
WELTWEITE
ARMUT NICHT
BESEITIGT WERDEN



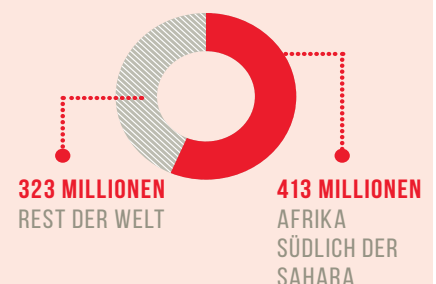
MEHR ALS 90 % DER TODES-
FÄLLE AUFGRUND VON KATASTROPHEN
EREIGNEN SICH IN LÄNDERN MIT
NIEDRIGEM UND MITTLEREM EINKOMMEN



55 %

DER
WELTBEVÖLKERUNG
HAT KEINEN ZUGANG
ZU SOZIALSCHUTZ

2015 LEBTEN
736 MILLIONEN
MENSCHEN IN
EXTREMER ARMUT,
DAVON
413 MILLIONEN
IN AFRIKA SÜDLICH
DER SAHARA



2 KEIN HUNGER



DEN HUNGER BEENDEN, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND EINE BESSERE ERNÄHRUNG ERREICHEN UND EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN



MILLIONEN MEHR MENSCHEN HUNGERN



2017 WAREN
821 MILLIONEN

UNTERERNÄHRT,

— GEGENÜBER —

784 MILLIONEN
2015

ZWEI DRITTEL
DER EXTREM ARMEN
ERWERBSTÄTIGEN
ERWACHSENEN
ARBEITEN IN DER
LANDWIRTSCHAFT



ZWEI DRITTEL
ALLER UNTERERNÄHRTEN
LEBEN IN ZWEI REGIONEN:

AFRIKA SÜDLICH
DER SAHARA



237 MILLIONEN

SÜDASIEN



277 MILLIONEN



22 % (149 MILLIONEN)

DER KINDER UNTER
5 JAHREN LEIDEN
AN WACHSTUMS-
HEMMUNG



7,3 % (49 MILLIONEN)

DER KINDER UNTER
5 JAHREN LEIDEN
AN AUSZEHRUNG



5,9 % (40 MILLIONEN)

DER KINDER UNTER
5 JAHREN SIND
ÜBERGEWICHTIG



EIN GESUNDES LEBEN FÜR MENSCHEN JEDEN ALTERS GEWÄHRLEISTEN UND IHR WOHLERGEHEN FÖRDERN

DIE STERBLICHKEITSRATE VON **KINDERN**

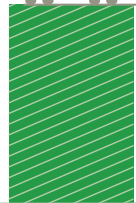
UNTER 5 JAHREN
SANK VON



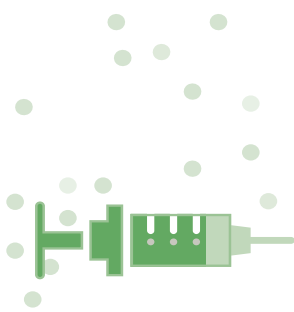
9,8 MILLIONEN
2000

AUF

5,4 MILLIONEN
2017



DANK IMPFUNGEN
GINGEN ZWISCHEN
2000 UND 2017 DIE
TODESFÄLLE BEI
MASERN UM
80 % ZURÜCK



DIE TUBERKULOSE-
INZIDENZRATE
SANK VON
2000 BIS 2017
UM **21 %**



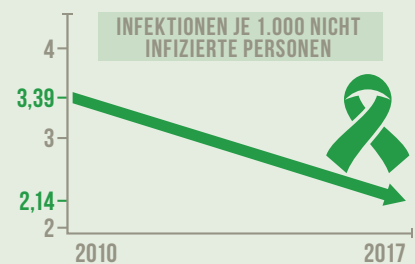
ABER 2017

ERKRANKTEN

IMMER NOCH

10 MILLIONEN
MENSCHEN DARAN

VON 2000 BIS 2017 SANK
DIE **HIV**-INZIDENZ BEI
DEN 15- BIS 49-JÄHRIGEN
IN AFRIKA SÜDLICH DER
SAHARA UM **37 %**



2017 TRATEN IN DEN 10 AM STÄRKSTEN BETROFFENEN AFRIKANISCHEN
LÄNDERN CA. **3,5 MILLIONEN MEHR MALARIAFÄLLE** AUF ALS 2016



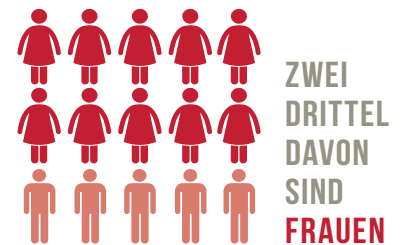


INKLUSIVE, GLEICHBERECHTIGTE UND HOCHWERTIGE BILDUNG GEWÄHRLEISTEN UND MÖGLICHKEITEN LEBENSLANGEN LERNENS FÜR ALLE FÖRDERN

**617
MILLIONEN**

KINDER UND
JUGENDLICHE
VERFÜGEN **NICHT**
ÜBER MINDEST-
KENNTNISSE
IM LESEN UND
RECHNEN

750 MILLIONEN
ERWACHSENE
SIND NOCH IMMER
ANALPHABETEN



MEHR ALS DIE HÄLFTE
DER SCHULEN IN AFRIKA
SÜDLICH DER SAHARA

HAT KEINEN ZUGANG ZU

- TRINKWASSER
- HANDWASCHGELEGENHEITEN
- INTERNET
- COMPUTERN



1 VON 5 KINDERN
ZWISCHEN 6 UND 17 JAHREN

— **GEHT NICHT** —

ZUR SCHULE



IN ZENTRALASIEN BESUCHEN **27 %**
MEHR MÄDCHEN ALS JUNGEN IM
GRUNDSCHULALTER KEINE SCHULE



GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG ERREICHEN UND ALLE FRAUEN UND MÄDCHEN ZUR SELBSTBESTIMMUNG BEFÄHIGEN

18 %



DER FRAUEN UND MÄDCHEN ZWISCHEN 15 UND 49 JAHREN HABEN IN DEN LETZTEN 12 MONATEN

PHYSISCHE UND/ODER SEXUELLE **GEWALT** DURCH DEN **PARTNER** ERFAHREN

IN SÜDASIEN SANK DAS HEIRATSRISIKO FÜR MÄDCHEN IM KINDESALTER SEIT 2000 UM **40 %**



DENNOCH WAREN **30 %** DER FRAUEN ZWISCHEN 20 UND 24 BEI IHRER HEIRAT UNTER 18 (2018)

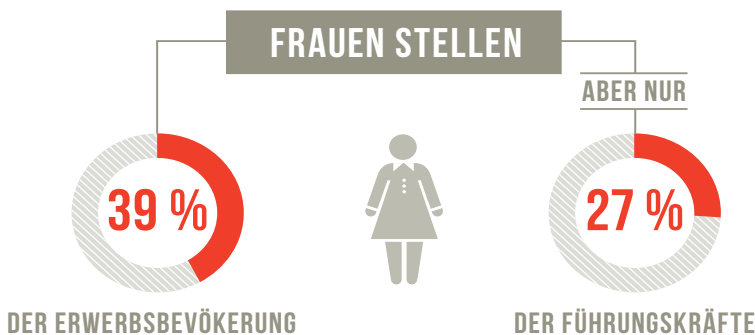
24 %

DER NATIONALEN PARLAMENTS-
ABGEORDNETEN SIND FRAUEN

2010: 19 %



MINDESTENS **200 MILLIONEN** MÄDCHEN UND FRAUEN WURDEN OPFER VON GENITAL-
VERSTÜMMELUNG



6

SAUBERES WASSER
UND SANITÄR-
EINRICHTUNGEN



VERFÜGBARKEIT UND NACHHALTIGE BEWIRTSCHAFTUNG VON WASSER UND SANITÄRVERSORGUNG FÜR ALLE GEWÄHRLEISTEN



785 MILLIONEN
MENSCHEN HABEN
NOCH IMMER KEINE

**GRUNDLEGENDE
TRINKWASSER-
VERSORGUNG**

(2017)



2 VON 5

MENSCHEN

HABEN ZUHAUSE

KEINE

=GELEGENHEIT=

ZUM HÄNDE-
WASCHEN MIT

SEIFE UND WASSER

(2017)

WELTWEIT HAT

JEDE VIERTE

GESUNDHEITSEINRICHTUNG
KEINE GRUNDLEGENDE
TRINKWASSERVERSORGUNG
(2016)



BIS 2030 KÖNNTEN
700 MILLIONEN
MENSCHEN DURCH

AKUTE

WASSERKNAPPHEIT
VERTRIEBEN WERDEN

673 MILLIONEN
MENSCHEN (9 % DER
WELTBEVÖLKERUNG)

VERRICHTEN IHRE
NOTDURFT IMMER
NOCH IM FREIEN

(2017)

DIE MEHRHEIT DAVON
IN **SÜDASIEN**



2 MILLIARDEN MENSCHEN
LEBEN IN LÄNDERN MIT
HOHEM WASSERSTRESS



ZUGANG ZU BEZAHLBARER, VERLÄSSLICHER, NACHHALTIGER UND MODERNER ENERGIE FÜR ALLE SICHERN

9 VON **10** MENSCHEN WELTWEIT HABEN ZUGANG ZU STROM 



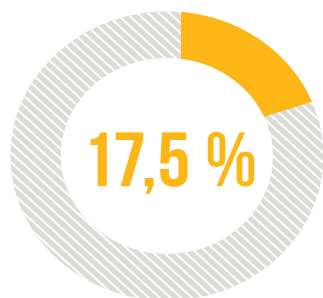
87 %
= DER =
840 MILLIONEN
MENSCHEN OHNE STROM LEBEN IN
LÄNDLICHEN GEBIETEN

IM SCHNITT WURDE
2,3 %

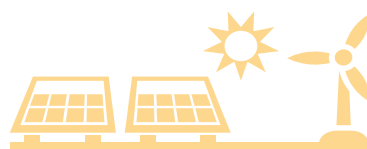
WENIGER
ENERGIE PRO



AN JÄHRLICHER
WIRTSCHAFTSLEISTUNG
EINGESETZT
(2010–2016)



17,5 %



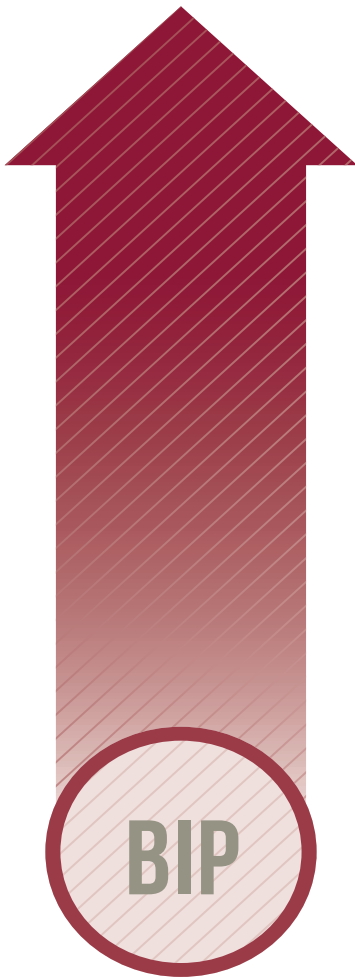
DES GESAMTEN ENDENERGIE-
VERBRAUCHS STAMMEN AUS
ERNEUERBARER ENERGIE



3 MILLIARDEN
MENSCHEN

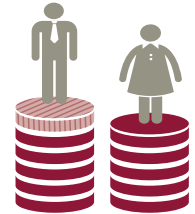
MANGELT ES AN SAUBEREN
BRENNSTOFFEN UND TECHNO-
LOGIEN ZUM KOCHEN

DAUERHAFTES, INKLUSIVES UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM, PRODUKTIVE VOLLBESCHÄFTIGUNG UND MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT FÜR ALLE FÖRDERN



DAS REALE BIP WUCHS JÄHRLICH UM **4,8 %** IN DEN AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDERN (2010–2017) DIE ZIELVORGABE IST **7 %**

DER STUNDENLOHN DER MÄNNER IST UM **12 % HÖHER** ALS DER DER FRAUEN



DIE WELTWEITE ARBEITSLOSENQUOTE LIEGT BEI **5 %** (2018)

EIN FÜNFTTEL DER JUNGEN MENSCHEN **HAT KEINE BESCHÄFTIGUNG, SCHUL- ODER BERUFSAUSBILDUNG**

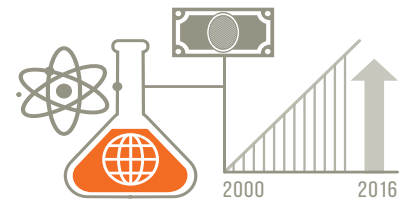
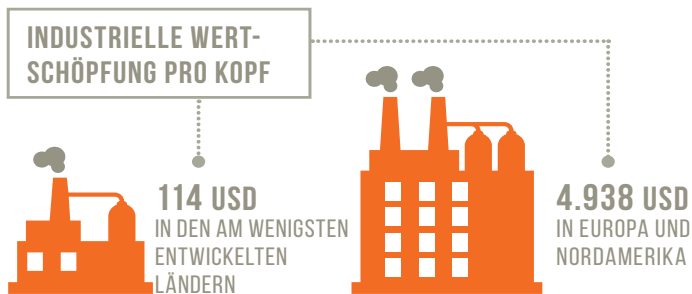


DIE **ARBEITSPRODUKTIVITÄT** STIEG VON 2017 AUF **2018** UM **2,1 %** – DER HÖCHSTE JÄHRLICHE ANSTIEG SEIT 2010



EINE WIDERSTANDSFÄHIGE INFRASTRUKTUR AUFBAUEN, INKLUSIVE UND NACHHALTIGE INDUSTRIALISIERUNG FÖRDERN UND INNOVATIONEN UNTERSTÜTZEN

— IN DEN AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDERN IST DIE INDUSTRIALISIERUNG **ZU LANGSAM,** UM DAS ZIEL FÜR 2030 ZU ERREICHEN

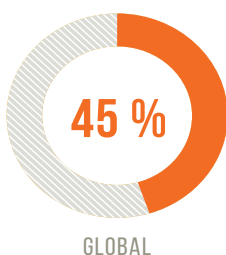


DIE INVESTITIONEN IN FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG BETRUGEN 2016

2 BILLIARDEN DOLLAR, GEGENÜBER **739 MILLIARDEN** DOLLAR 2000

MITTELHOHE UND HOCHTECHNOLOGIESEKTOREN

MACHEN 45 % DER GLOBALEN INDUSTRIELLEN WERTSCHÖPFUNG AUS (2016), JEDOCH NUR 15 % IN AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA



90 % DER MENSCHEN LEBEN IN REICHWEITE EINES 3G- ODER HÖHERWERTIGEN MOBILFUNKNETZES (2018), ABER NICHT ALLE KÖNNEN SICH SEINE NUTZUNG LEISTEN

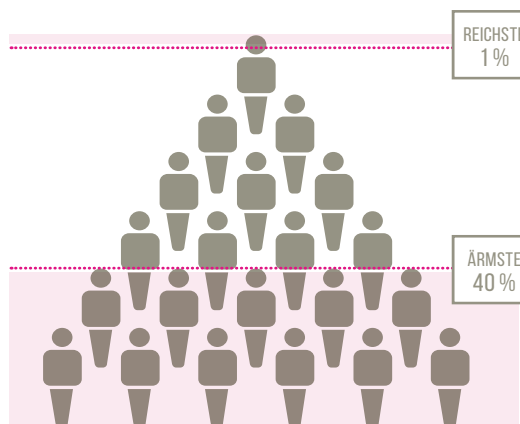




UNGLEICHHEIT IN UND ZWISCHEN LÄNDERN VERRINGERN

IN MEHR ALS DER HÄLFTE VON 92 LÄNDERN WUCHS DAS EINKOMMEN DER ÄRMSTEN 40 % DER BEVÖLKERUNG

RASCHER ALS IM NATIONALEN DURCHSCHNITT (2011–2016)

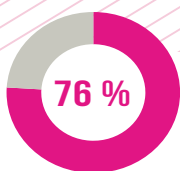


IN VIELEN LÄNDERN FLIESST EIN IMMER GRÖßER WERDENDER ANTEIL DES EINKOMMENS DEN REICHSTEN 1 % ZU

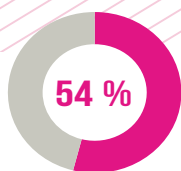
AUF DIE ÄRMSTEN 40 % ENTFALLEN WENIGER ALS 25 % DES GESAMT-EINKOMMENS

DIE MEISTEN LÄNDER FÖRDERN EINE SICHERE UND GEORDNETE MIGRATION, ABER BEIM SCHUTZ DER RECHTE VON MIGRANTEN UND DER SICHERUNG IHRES SOZIOÖKONOMISCHEN WOHLTS BLEIBT NOCH VIEL ZU TUN

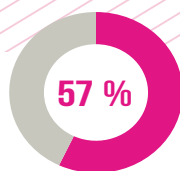
VON 105 LÄNDERN HATTEN



EINE POLITIK FÜR EINE SICHERE, GEORDNETE UND REGULÄRE MIGRATION

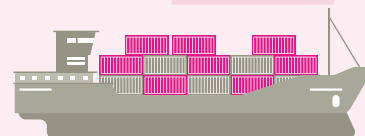


EINE POLITIK FÜR MIGRANTENRECHTE



EINE POLITIK ZUR FÖRDERUNG DES SOZIOÖKONOMISCHEN WOHLTS

DIE AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDER PROFITIEREN WEITER VON PRÄFERENZIELLEN HANDELSREGELUNGEN



66 % IHRER AUSFUHREN GENIEßEN ZOLL-FREIHEIT (2017), GEGENÜBER 51 % FÜR ENTWICKLUNGSREGIONEN

11

NACHHALTIGE
STÄDTE UND
GEMEINDEN



STÄDTE UND SIEDLUNGEN INKLUSIV, SICHER, WIDERSTANDSFÄHIG UND NACHHALTIG GESTALTEN



2 MILLIARDEN MENSCHEN

HABEN KEINEN ZUGANG
ZU ABFALLENTSORGUNG

1 VON 4 STADTBEWOHNERN

LEBT IN EINEM SLUM-ÄHNLICHEN UMFELD (2018)



NUR 53 % DER STADTBEWOHNER KÖNNEN BEQUEM ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL ERREICHEN (2018)



500 METER

1.000 METER

BEQUEM ZU ERREICHEN HEISST BIS ZU 500 METER FUSSWEG ZU EINER BUSHALTESTELLE/EINEM VERKEHRSMITTEL MIT NIEDRIGER BEFÖRDERUNGSKAPAZITÄT BZW. 1.000 METER ZU EINER BAHN ODER FÄHRE



9 VON 10 STADT- BEWOHNERN ATMEN VERSCHMUTZTE LUFT EIN



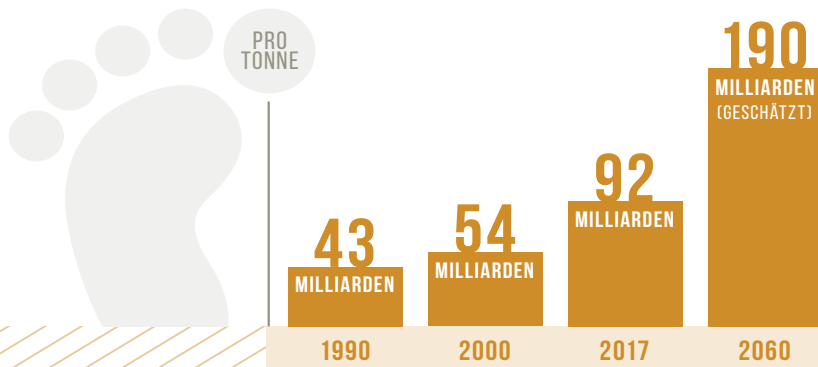
150 LÄNDER

HABEN NATIONALE
STADTENTWICKLUNGS-
PLÄNE, VON DENEN FAST
DIE HÄLFTE IN DER
UMSETZUNGSPHASE
IST



NACHHALTIGE KONSUM- UND PRODUKTIONS- MUSTER SICHERSTELLEN

DER GLOBALE MATERIAL-FUSSABDRUCK WÄCHST SCHNELLER ALS DIE BEVÖLKERUNG UND DIE WIRTSCHAFTSLEISTUNG



DIE ENTWICKELTEN LÄNDER ERZIELEN MIT NUR **EINEM FÜNFTTEL DES AUFWANDS AN NATÜRLICHEN RESSOURCEN** IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN DIE GLEICHE WIRTSCHAFTSLEISTUNG

FAST 100
LÄNDER VERFOLGEN

**AKTIV
POLITIK-
MASSNAHMEN**

FÜR MEHR
NACHHALTIGKEIT
BEI KONSUM UND
PRODUKTION

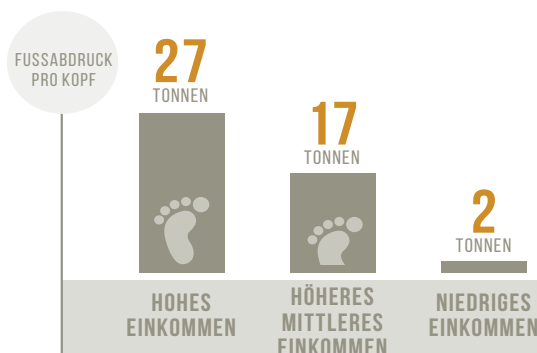
303 POLITIK-
RAHMEN UND
-INSTRUMENTE



DER MATERIAL-FUSSABDRUCK PRO KOPF IST IN HOHEINKOMMENS-LÄNDERN

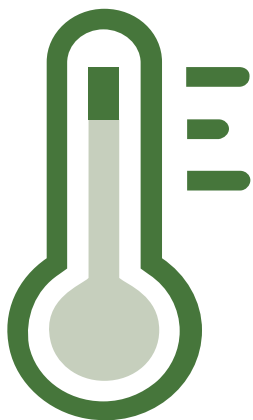
UM 60 % GRÖßER
ALS IN LÄNDERN MIT HÖHEREM
MITTLEREM EINKOMMEN

UND MEHR ALS **13 MAL**
SO GROSS WIE IN LÄNDERN MIT
NIEDRIGEM EINKOMMEN





UMGEHEND MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS UND SEINER AUSWIRKUNGEN ERGREIFEN



DIE GLOBALE MITTEL-TEMPERATUR LAG 2018 ETWA **1 °C ÜBER** DEM VORINDUSTRIELLEN NIVEAU



186 VERTRAGSPARTEIEN

HABEN DAS ÜBEREINKOMMEN VON PARIS RATIFIZIERT

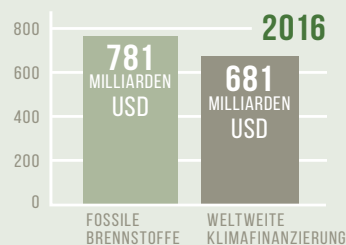
KLIMABEDINGTE UND GEOPHYSIKALISCHE KATASTROPHEN FORDERTEN ZWISCHEN 1998 UND 2017 ETWA **1,3 MILLIONEN MENSCHENLEBEN**



TROTZ 17 % HÖHERER KLIMAFINANZIERUNG (2015–2016) GEGENÜBER 2013–2014



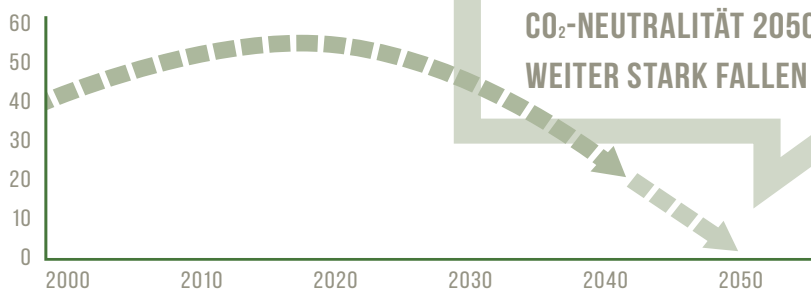
WIRD **IN FOSSILE BRENNSTOFFE** WEITER DEUTLICH MEHR INVESTIERT ALS IN DEN KLIMASCHUTZ



DIE KONZENTRATION VON CO₂ IN DER LUFT BETRÄGT

146 % DES VORINDUSTRIELLEN NIVEAUS (2017)

UM DIE ERDERWÄRMUNG AUF 1,5 °C ZU BEGRENZEN, MUSS DER WELTWEITE CO₂-AUSSTOSS BIS 2030 AUF 55 % DES NIVEAUS VON 2010 SINKEN UND BIS ZUR CO₂-NEUTRALITÄT 2050 WEITER STARK FALLEN



14 **LEBEN UNTER WASSER**



OZEANE, MEERE UND MEERESRESSOURCEN IM SINNE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG ERHALTEN UND NACHHALTIG NUTZEN

DIE OZEANVERSÄUERUNG IST

SEIT DER VOR-INDUSTRIELLEN ZEIT UM

26 %

GESTIEGEN UND SOLL **BIS 2100** UM **100–150 %** ANSTEIGEN

MIT DEM ANSTIEG DES SÄUREGEHALTS KÖNNEN DIE OZEANE WENIGER KOHLENDIOXID (CO₂) AUFNEHMEN; DIE MEERESLEBEWESEN SIND GEFÄHRDET.

DER ANTEIL DER FISCHBESTÄNDE INNERHALB BIOLOGISCH NACHHALTIGER GRENZEN SANK VON

90 % (1974)

AUF

67 % (2015)

87 LÄNDER

SIND UNTERZEICHNER DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER HAFENSTAATMASSNAHMEN, DES



ERSTEN VERBINDLICHEN

INTERNATIONALEN ÜBEREINKOMMENS GEGEN ILLEGALE, NICHT GEMELDETE UND UNREGULIERTE FISCHEREI



104 VON 220 KÜSTENGEBIETEN HABEN DIE WASSERQUALITÄT IHRER KÜSTENGEWÄSSER VERBESSERT (2012–2018)

17 % DER GEWÄSSER INNERHALB NATIONALER HOHEITSGEBIETE STEHEN UNTER SCHUTZ



MEHR ALS DOPPELT SO VIELE WIE 2010



LANDÖKOSYSTEME SCHÜTZEN, WIEDERHERSTELLEN UND IHRE NACHHALTIGE NUTZUNG FÖRDERN, WÄLDER NACHHALTIG BEWIRTSCHAFTEN, WÜSTENBILDUNG BEKÄMPFEN, BODENDEGRADATION BEENDEN UND UMKEHREN UND DEM VERLUST DER BIOLOGISCHEN VIELFALT EIN ENDE SETZEN

ROTE-LISTE-INDEX:

DER ARTEN-SCHWUND

BESCHLEUNIGT SICH



DAS RISIKO DES ARTEN-STERBENS IST IN DEN LETZTEN 25 JAHREN **UM FAST 10 % GESTIEGEN**

DER ROTE-LISTE-INDEX VERFOLGT DATEN ZU MEHR ALS 20.000 SÄUGETIER-, VOGEL-, AMPHIBIEN-, KORALLEN- UND PALMFARNARTEN. JE HÖHER DIE WERTE, DESTO WENIGER ANLASS ZUR SORGE



116 VERTRAGSPARTEIEN HABEN **DAS PROTOKOLL VON NAGOYA** RATIFIZIERT, DAS DEN ZUGANG ZU **GENETISCHEN RESSOURCEN** UND IHRE AUSGEWOGENE UND GERECHTE NUTZUNG REGELT



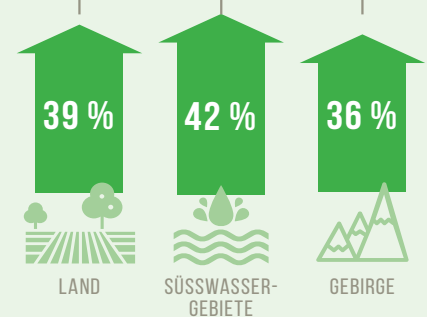
DIE LANDVERÖDUNG BEDROHT EIN FÜNFTTEL DER LANDFLÄCHE DER ERDE UND DAS LEBEN EINER MILLIARDE MENSCHEN

MEHR SCHUTZ

BEI JEDEM FÜR DIE BIODIVERSITÄT BESONDERS WICHTIGEN GEBIET

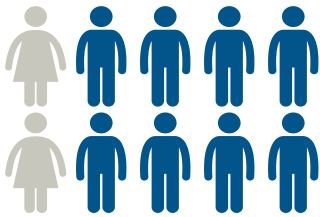
DER DURCHSCHNITTLICHE ANTEIL AUSGEWIESENER SCHUTZGEBIETE IN JEDEM FÜR DIE BIODIVERSITÄT WICHTIGEN GEBIET STIEG WELTWEIT

ZWISCHEN 2000 UND 2018 UM





FRIEDLICHE UND INKLUSIVE GESELLSCHAFTEN FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN, ALLEN MENSCHEN ZUGANG ZUR JUSTIZ ERMÖGLICHEN UND LEISTUNGSFÄHIGE, RECHENSCHAFTSPFLICHTIGE UND INKLUSIVE INSTITUTIONEN AUF ALLEN EBENEN AUFBAUEN



INSGESAM
WAREN ETWA

80 %

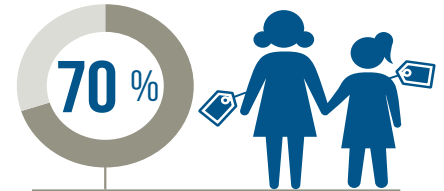
DER TÖTUNGS-
OPFER
MÄNNER



BEI TÖTUNGEN DURCH INTIM-
PARTNER/FAMILIEN-
ANGEHÖRIGE WAREN JEDOCH

64 %

DER OPFER
FRAUEN



DER ERMITTELTEN OPFER
VON AUSBEUTUNG SIND
FRAUEN UND MÄDCHEN

DIE MEISTEN VON
IHNEN WERDEN OPFER
VON SEXUELLER
AUSBEUTUNG

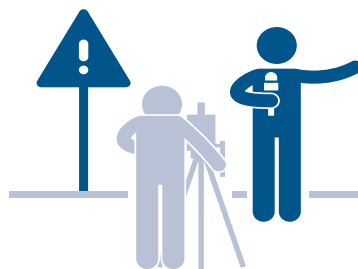


VON JANUAR BIS OKTOBER 2018 WURDEN



397 FÄLLE DER
TÖTUNG VON

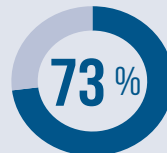
MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERN,
JOURNALISTEN UND GEWERK-
SCHAFTERN IN 41 LÄNDERN
DOKUMENTIERT UND VERIFIZIERT



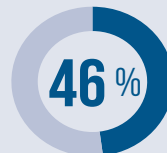
UNTER DEN OPFERN:
91 JOURNALISTEN
UND BLOGGER



GEBURTEN-
REGISTRIERUNG



NUR DREI VIERTEL
ALLER KINDER
UNTER 5 JAHREN



WENIGER ALS DIE
HÄLFTE DIESER
KINDER IN AFRIKA
SÜDLICH DER
SAHARA



UMSETZUNGSMITTEL STÄRKEN UND DIE GLOBALE PARTNERSCHAFT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG MIT NEUEM LEBEN ERFÜLLEN



2018:
DIE GESAMTE
ÖFFENTLICHE
ENTWICKLUNGSHILFE
(NETTO 149 MRD. USD)

SINKT UM

2,7 %

GEGENÜBER
2017

2018:
DIE BILATERALE
HILFE FÜR DIE AM
WENIGSTEN
ENTWICKELTEN
LÄNDER

SINKT UM

3 %

GEGENÜBER
2017

DIE HILFE FÜR
AFRIKA

SINKT UM

4 %



HEIMATÜBERWEISUNGEN

DÜRFTEN 2019 IN LÄNDERN MIT NIEDRIGEM UND MITTLEREM EINKOMMEN DIE GRÖSSTE QUELLE AUSLÄNDISCHER FINANZMITTEL SEIN (VORAUSSICHTLICH 550 MILLIARDEN USD)

DIE VERDOPPELUNG DER DERZEITIGEN HILFSZUSAGEN FÜR DEN AUFBAU DER STATISTIKKAPAZITÄTEN IST ERFORDERLICH, UM DIE ZIELVORGABE BIS 2030 ZU ERREICHEN

IN AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA IST WENIGER ALS **EIN VIERTEL** DER NATIONALEN STATISTISCHEN PLÄNE VOLL FINANZIERT



MEHR ALS 80 %

DER MENSCHEN IN ENTWICKELTEN LÄNDERN SIND ONLINE



GEGENÜBER 45 %

IN DEN ENTWICKLUNGS-LÄNDERN



UND NUR 20 %

IN DEN AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDERN

NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN

DIE EXTREME ARMUT

AUF DEM LAND

IST MEHR ALS

3 MAL SO HOCH

WIE IN DEN STÄDTEN



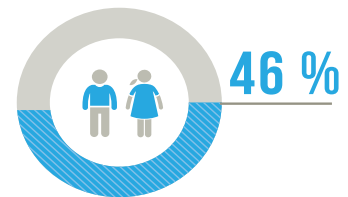
17,2 %



5,3 %

KNAPP DIE HÄLFTE

DER **EXTREM ARMEN** SIND
KINDER UNTER 14 JAHREN



JUGENDLICHE
WERDEN
3 MAL
HÄUFIGER

ARBEITLOS

ALS ERWACHSENE



DER SOZIALSCHUTZ WEIST GROSSE LÜCKEN AUF



35 %

DER KINDER
ERHALTEN
SOZIALSCHUTZ-
LEISTUNGEN



41 %

DER FRAUEN
MIT NEU-
GEBORENEN
ERHALTEN
MUTTER-
SCHUTZ



28 %

DER MENSCHEN
MIT SCHWEREN
BEHINDERUNGEN
ERHALTEN EINE
INVALIDENRENTE



68 %

DER MENSCHEN
IM RUHESTANDS-
ALTER ERHALTEN
EINE ALTERS-
RENTE



22 %

DER ARBEIT-
LOSEN ERHALTEN
ARBEITLOSEN-
GELD



Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Die extreme Armut geht zwar weiter zurück, aber in langsamerem Tempo, und der Zeitplan zur Beseitigung der Armut bis 2030 lässt sich so nicht einhalten. Extreme Armut ist konzentriert und trifft vor allem die ländliche Bevölkerung. Sie verschärft sich zudem zunehmend durch Gewaltkonflikte und Klimawandel. Die Bekämpfung der extremen Armut wird dort, wo es sie noch gibt, aufgrund ihrer Hartnäckigkeit und Komplexität erschwert, wobei oft soziale, politische und wirtschaftliche Faktoren im Wechselspiel hineinwirken. Effektive



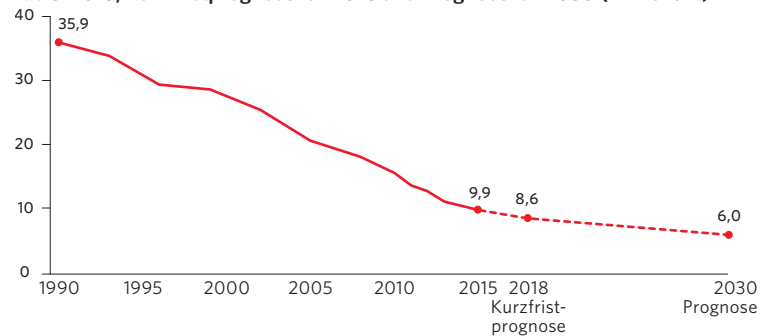
Sozialschutzsysteme und -maßnahmen und die staatliche Finanzierung wichtiger Leistungen können den Zurückgelassenen helfen, wieder auf die Beine zu kommen und einen Weg aus der Armut zu finden.

Langsamere Fortschritte im Kampf gegen die Armut gefährden die Verwirklichung des Ziels

Der in extremer Armut lebende Anteil der Weltbevölkerung ist von 36 Prozent (1990) auf 16 Prozent (2010) und weiter auf 10 Prozent (2015) gesunken. Mehr als 1 Milliarde Menschen haben sich in den letzten 25 Jahren aus der Armut befreit. Vor allem in Ostasien ist die Armutsrate von 52 Prozent (1990) auf 10 Prozent (2010) und weiter auf weniger als 1 Prozent (2015) gesunken. In jüngerer Zeit hat Süd-asien beeindruckende Fortschritte gegen die extreme Armut erzielt und so zum weiteren Rückgang der globalen Armutsrate beigetragen. Doch das Fortschrittstempo verlangsamt sich. Nach Kurzfristprognosen liegt die Rate der extremen Armut für 2018 bei 8,6 Prozent, und wenn sich die aktuellen Trends fortsetzen, werden 2030 noch immer 6 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut leben.

In Niedrigeinkommensländern und von Konflikten und politischen Umwälzungen betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, bleibt die extreme Armut hartnäckig hoch. Von den 731 Millionen Menschen, die 2015 weniger als 1,90 Dollar pro Tag zum Leben hatten, waren 400 Millionen in Afrika südlich der Sahara zuhause. Diese Zahl ist in den letzten Jahren gestiegen und übersteigt die Zahl aller Armen im Rest der Welt.

Anteil der Bevölkerung, der von weniger als 1,90 Dollar pro Tag lebt – 1990-2015, Kurzfristprognose für 2018 und Prognose für 2030 (in Prozent)



Den Prognosen zufolge wird die Rate der extremen Armut südlich der Sahara ohne erhebliche Politikveränderungen auch 2030 noch im zweistelligen Bereich liegen.

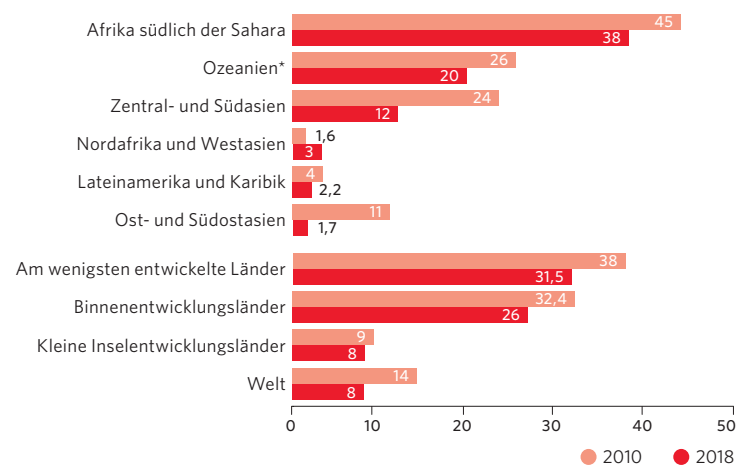
Etwa 79 Prozent der Armen der Welt leben in ländlichen Gebieten. Dort beträgt die Armutsrate 17,2 Prozent, was mehr als dreimal so hoch ist wie in städtischen Gebieten (5,3 Prozent). Kinder unter 14 Jahren machen fast die Hälfte (46 Prozent) der extrem Armen aus.

Mehr als ein Drittel der Beschäftigten in Afrika südlich der Sahara lebt vor von weniger als 1,90 Dollar pro Tag

Ein Arbeitsplatz garantiert nicht ein menschenwürdiges Leben. Trotz rapiden Rückgangs der Arbeitsarmut in den vergangenen 25 Jahren lebten 2018 8 Prozent der Beschäftigten und ihre Familien in extremer Armut. Schlechte Arbeitsbedingungen sind das Hauptproblem; sie unterstreichen, dass eine menschenwürdige, produktive Beschäftigung wesentlich dazu beiträgt, Menschen aus der Armut zu befreien.

Die Verlangsamung des Rückgangs der Arbeitsarmut in den letzten fünf Jahren zeigt an, dass wieder verstärkte Gegenanstrengungen unternommen werden müssen. In Afrika südlich der Sahara ist die Lage weiter besonders alarmierend; dort lag die Erwerbsarmut 2018 bei 38 Prozent. In den am wenigsten entwickelten Ländern und Binnenentwicklungsländern lebt mindestens ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung trotz Besitz eines Arbeitsplatzes in extremer Armut. Bei jungen Erwerbstätigen (im Alter zwischen 15 und 24 Jahren) ist die Wahrscheinlichkeit, in Armut zu leben, doppelt so hoch wie bei Erwachsenen.

Anteil der Beschäftigten, der von weniger als 1,90 Dollar pro Tag lebt – 2010 und 2018 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

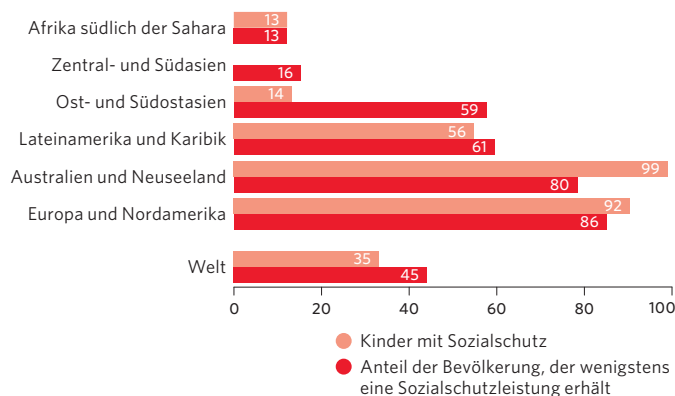
Sozialschutzsysteme erreichen nicht alle, die sie am meisten brauchen, insbesondere nicht Kinder

Sozialschutzprogramme fangen die volle Wucht der Armut ab und können zudem verhindern, dass Menschen überhaupt in Armut geraten. Sie helfen mit, in jeder Lebensphase Armut und Ungleichheit zu verhindern und zu lindern, und ermöglichen so inklusivere, stabilere Gesellschaften. Jedoch erhalten effektiv nur 45 Prozent der Weltbevölkerung wenigstens eine Sozialschutzleistung. Die restlichen 55 Prozent, an die 4 Milliarden Menschen, sind die Zurückgelassenen.

Wer sozialen Schutz genießt, hängt von der Art des Systems und von der Region ab. Weltweit erhalten 68 Prozent der Menschen im Ruhestandsalter eine Altersrente, die aber in vielen Ländern nicht ausreicht, um ältere Menschen aus der Armut zu befreien. Auch bei anderen Gruppen ist ein globales Sozialschutzdefizit festzustellen: Nur 22 Prozent der Arbeitslosen erhalten ein Arbeitslosengeld, 28 Prozent der Schwerbehinderten eine Invalidenrente, ein Drittel der Kinder effektiv Sozialschutz und 41 Prozent der werdenden Mütter ein Mutterschutzgeld. Ferner liegt der Anteil derer, die Sozialhilfe empfangen, bei besonders Schutzbedürftigen – Kindern, Menschen im erwerbsfähigen Alter und älteren Menschen, die nicht von einem beitragspflichtigen System erfasst sind – bei einem so niedrigen Wert wie 25 Prozent.

Zwischen den Regionen bestehen krasse Unterschiede: 92 Prozent der Kinder in Europa und Nordamerika und 56 Prozent in Lateinamerika und der Karibik werden von Sozialschutzsystemen erfasst, in Afrika südlich der Sahara und in Ost- und Südostasien hingegen nur 13 bzw. 14 Prozent.

Anteil der Bevölkerung, der wenigstens eine Sozialschutzleistung erhält, und der Kinder mit Sozialschutz – 2016 (in Prozent)



Anmerkung: Die für Nordafrika und Westasien und Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) verfügbaren Daten sind nicht angegeben, da sie nur einen geringen Teil der Bevölkerung erfassen. Die für Zentral- und Südasien verfügbaren Daten für Kinder mit Sozialschutz sind nicht angegeben, da sie nur einen geringen Teil der Bevölkerung Südasiens erfassen.

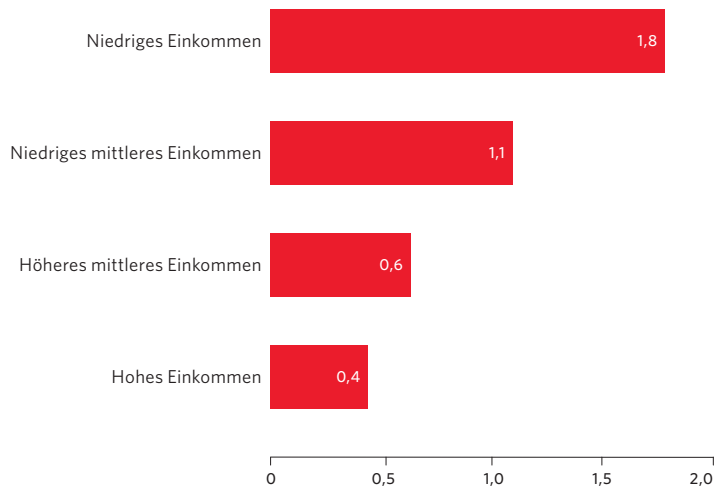
Kinder sind überproportional von Armut betroffen. Eines von fünf Kindern lebt in extremer Armut, und Armut und Entbehrung in frühen Jahren können zeitlebens negative Auswirkungen haben. Zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, insbesondere in Regionen, wo erhebliche Lücken beim Sozialschutz zwischen Kindern und anderen Bevölkerungsgruppen klaffen, ist es unabdingbar, für alle Kinder und andere Schutzbedürftige einen solchen Schutz zu gewährleisten.

Klimabedingte Katastrophen fordern einen immer größeren Tribut, am meisten in armen Ländern

Ob in Verlusten an Menschenleben oder in wirtschaftlichen Verlusten gemessen, Katastrophen verursachen weltweit enormes Leid. Zwischen 1998 und 2017 verursachten Katastrophen direkte wirtschaftliche Schäden in Höhe von schätzungsweise fast 3 Billionen Dollar; davon gingen 77 Prozent auf das Konto klimabedingter Katastrophen (ein Anstieg um 151 Prozent von 1978 bis 1997). Im selben Zeitraum wurden etwa 1,3 Millionen Menschen durch klimabedingte und geophysikalische Katastrophen getötet. Über 90 Prozent aller Katastrophen wurden durch Überflutungen, Stürme, Dürren, Hitzewellen oder andere extreme Wetterereignisse verursacht.

Da Armut eine der Grundursachen von Katastrophenrisiken ist, überrascht es nicht, dass die ärmsten Länder überproportional von katastrophenbedingten Schäden und Verlusten an Menschenleben betroffen sind. Über 90 Prozent der international gemeldeten katastrophenbedingten Todesfälle ereignen sich in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. In Niedrigeinkommensländern töten Katastrophen 130, in Hocheinkommensländern dagegen nur 18 Menschen pro 1 Million Menschen. Katastrophenbedingte wirtschaftliche Verluste sind in ärmeren Ländern auch viel höher, wenn sie im prozentualen Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen werden. Von den 10 Katastrophen mit den größten wirtschaftlichen Schäden (gemessen im Verhältnis zum BIP) ereigneten sich 8 in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen.

Wirtschaftliche Verluste (im Verhältnis zum BIP) durch klimabedingte Katastrophen – 1998-2017 (in Prozent)





Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Trotz Fortschritten in der Vergangenheit steigt die Zahl der Hungernden seit 2014 wieder. Millionen von Kindern sind von Wachstums- hemmung und beeinträchtigter kognitiver Entwicklung betroffen, während Übergewicht – die Kehrseite der Fehlernährung – in allen Altersgruppen zunimmt. Nach Konflikten, klimabedingten Schocks und wirtschaftlicher Verlangsamung weltweit bedarf es verstärkter und großflächiger Interventionsmaßnahmen, um den Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln zu verbessern. Besonders wichtig ist es, die Agrarproduktivität und die Einkommen kleiner Nahrungsmittelproduzenten zu erhöhen, resiliente Agrar-



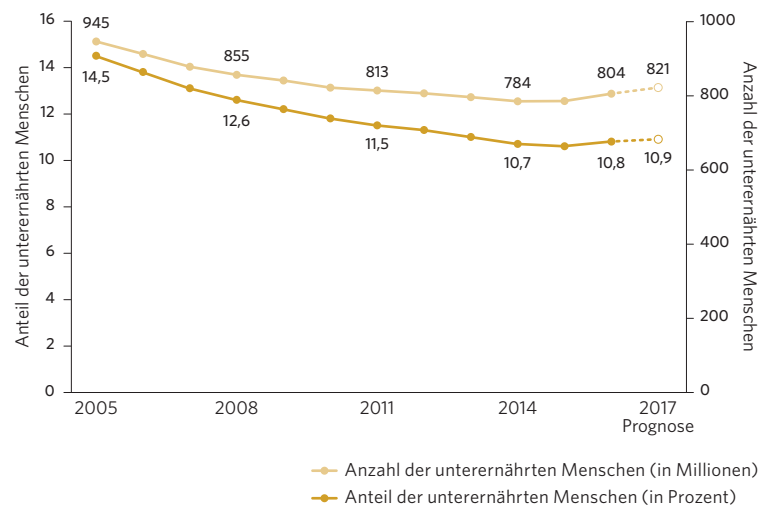
methoden einzusetzen und das Funktionieren der Märkte zu sichern. Damit auf dem Weg zum „Null-Hunger“-Ziel niemand zurückgelassen wird, muss die Vererbung von Fehlernährung von einer Generation zur nächsten unterbrochen werden.

Nach stetigem Rückgang steigt die Zahl der Hungernden wieder

Die seit 2014 wieder steigende Zahl der Hungernden gibt Anlass zur Besorgnis. Schätzungsweise 821 Millionen Menschen waren 2017 unterernährt – genauso viele wie 2010. In den letzten drei Jahren lag die Unterernährung nahezu unverändert bei knapp unter 11 Prozent. Neue Zahlen zu Unterernährung, Ernährungsunsicherheit und Fehlernährung werden in dem Bericht *The State of Food Security and Nutrition in the World 2019* (Juli 2019) veröffentlicht.

Mit einem Anstieg von 195 auf 237 Millionen Betroffene zwischen 2014 und 2017 hat sich die Unterernährung in Afrika südlich der Sahara deutlich verschärft. Dort ist Hunger nach wie vor am weitesten verbreitet und im Ansteigen (von 20,7 Prozent 2014 auf 23,2 Prozent 2017). Auch in Südamerika scheint sich die Situation zu verschlimmern. Eine Wirtschaftsfalut hat dort die Kapazität der Staatshaushalte, die Schwächsten vor steigenden Inlandspreisen und Einkommensverlusten zu schützen, verringert. Auch ungünstige Witterungsbedingungen, die sich auf die Verfügbarkeit und die Preise von Nahrungsmitteln auswirken, und anhaltende bewaffnete Konflikte gehören mit zu den Ursachen.

Anzahl und Anteil der unterernährten Menschen weltweit – 2005-2017 (in Millionen und Prozent)

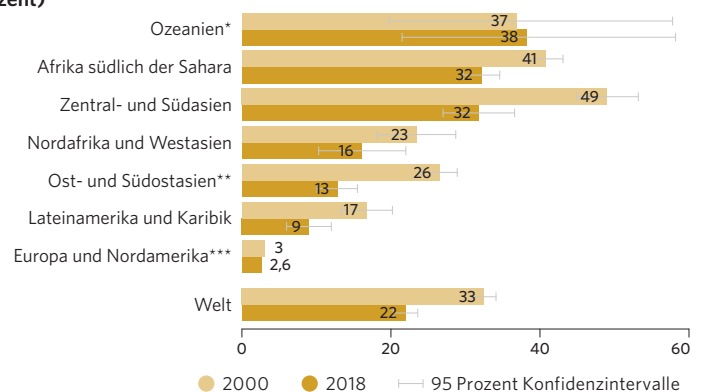


Wachstumshemmung und Auszehrung bei Kindern gehen zurück, aber nicht rasch genug

Chronisch unterernährte oder wachstumsgehemmte Kinder (für ihr Alter zu klein) sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, an einfachen Infektionen zu sterben. Wachstumshemmung geht auch mit einer Beeinträchtigung der kognitiven Entwicklung einher, die negative Folgen für den langfristigen Fortschritt eines Landes haben kann. Zwar ist der Anteil von Kindern mit Wachstumshemmung seit 2000 rückläufig, aber 2018 waren immer noch 149 Millionen Kinder unter 5 Jahren – 22 Prozent der Weltbevölkerung unter 5 Jahren – chronisch unterernährt. Drei Viertel dieser Kinder leben in Südasien (39 Prozent) und in Afrika südlich der Sahara (36 Prozent). Um die Zahl der Kinder mit Wachstumshemmung bis 2025 auf 100 Millionen und bis 2030 auf 83 Millionen zu senken, sind intensivere Anstrengungen erforderlich.

2018 litten 7,3 Prozent (49 Millionen) aller Kinder unter 5 Jahren an akuter Unterernährung oder Auszehrung (für ihre Größe zu leicht). Häufige Ursachen sind eingeschränkte Nährstoffaufnahme und Infektionen. Über die Hälfte der an Auszehrung leidenden Kinder leben in Südasien. Weltweit lag die Auszehrungsrate 2018 weiter deutlich über der Zielvorgabe von 5 Prozent für 2025 bzw. 3 Prozent für 2030.

Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Wachstumshemmung – 2000 und 2018 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

** ohne Japan

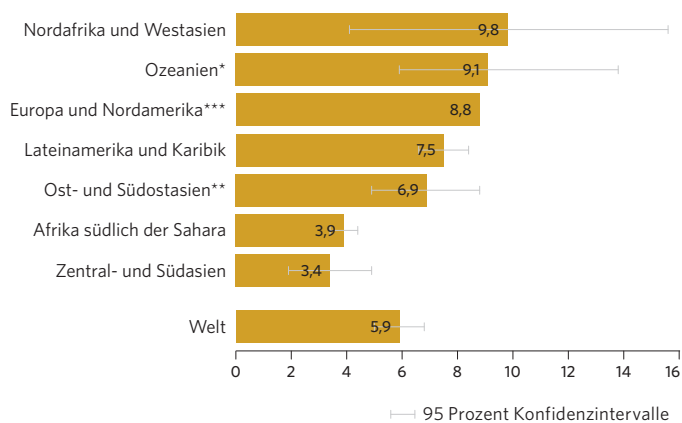
*** Enthält Schätzwerte, ausschließlich für die USA. Keine Angaben zu Konfidenzintervallen.

Übergewicht, eine weitere Form der Fehlernährung, nimmt in allen Altersgruppen zu

Übergewicht und Auszehrung im Kindesalter bilden die doppelte Last der Fehlernährung. Für übergewichtige oder adipöse Kinder besteht ein höheres Risiko früher gesundheitlicher und psychischer Probleme. Häufig begleitet sie das Übergewicht ins Jugend- und Erwachsenenalter und führt zu lebenslangen Gesundheitsproblemen. Das Übergewicht nimmt in allen Altersgruppen zu. 2018 waren 40 Millionen Kinder unter 5 Jahren übergewichtig – 5,9 Prozent der Weltbevölkerung unter 5 Jahren. Im nördlichen und südlichen Afrika, Zentralasien, Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) und Westasien lag der Anteil bei über 9 Prozent.

2016 waren 20,6 Prozent aller Kinder im Alter von 5 bis 9 Jahren (131 Millionen), 17,3 Prozent aller Jugendlichen (207 Millionen) und 38,9 Prozent aller Erwachsenen (2 Milliarden) übergewichtig. Um die Adipositas-Epidemie zu stoppen, müssen vor allem gesunde Ernährungsweisen gefördert werden. Das Spektrum der Politikmaßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu gesunder und erschwinglicher Ernährung reicht von „harten“ Maßnahmen wie Verboten und Vorschriften zu „weichen“ Maßnahmen, die weniger stark in das Leben der Menschen eingreifen, wie etwa Informationsangebote.

Anteil der übergewichtigen Kinder unter 5 Jahren – 2018 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland
 ** ohne Japan
 *** Enthält Schätzwerte, ausschließlich für die USA. Keine Angaben zu Konfidenzintervallen.

Kleine Nahrungsmittelproduzenten spielen eine große Rolle bei der Lösung des Welthungerproblems

Die volle Teilhabe kleiner Nahrungsmittelproduzenten an der Entwicklung trägt entscheidend dazu bei, die Ernährungssicherheit zu verbessern und Armut und Hunger zu verringern. Viele Kleinbauern und landwirtschaftliche Familienbetriebe sind arm, verfügen über begrenzte Kapazitäten und Mittel, sind regelmäßig von Ernährungsunsicherheit betroffen und haben nur begrenzten Zugang zu Märkten und Dienstleistungen. Einkommen und Produktivität sind bei Kleinerzeugern systematisch niedriger als bei größeren Erzeugern. In Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika, für die Daten vorliegen, beträgt der Anteil der Kleinerzeuger an der Nahrungsmittelproduktion zwischen 40 und 85 Prozent, verglichen mit weniger als 10 Prozent in Europa. Um die Resilienz und Anpassungsfähigkeit der Kleinerzeuger zu stärken, müssen sie in die Lage versetzt werden, ihre Produktivität zu steigern und, was ebenso wichtig ist, ihre natürlichen Ressourcen nachhaltig zu bewirtschaften, sich an den Klimawandel anzupassen und die Zugangsschranken zu Märkten, Finanzdienstleistungen, Informationen und Wissen zu überwinden.

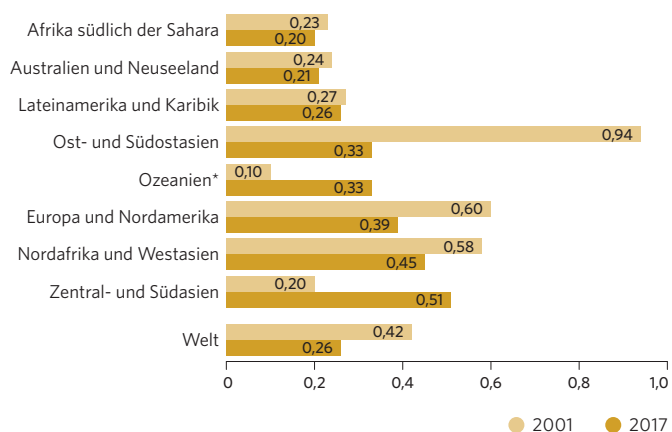
In mehreren Regionen gehen die Nahrungsmittelpreise stark nach oben

Wetterbedingte Schocks, zivile Unsicherheit und eine rückläufige Nahrungsmittelproduktion haben in mindestens zwei Dutzend Ländern weltweit zu hohen Nahrungsmittelpreisen geführt. 2018 und Anfang 2019 lösten Produktionsausfälle, Währungsabwertungen und Unsicherheit in mehreren Ländern Afrikas eine solche Verteuerung aus. In Zentralamerika stiegen die Maispreise Mitte 2018 stark an, vor allem aufgrund von Befürchtungen über die Folgen der extremen Trockenheit für die Ernte. Anfang 2019 war dies auch in einigen Ländern im östlichen und südlichen Afrika der Fall. In einigen Ländern trieben wirtschaftliche Turbulenzen die Nahrungsmittelpreise nach oben, in anderen niedrige staatliche Lagerbestände und gestiegene Treibstoffkosten.

In- und ausländische Unterstützung für den Agrarsektor nimmt weiter ab

Investitionen in den Agrarsektor sind enorm wichtig, um Hunger und Armut zu verringern, die Ernährungssicherheit zu verbessern, Arbeitsplätze zu schaffen und Resilienz gegen Katastrophen und Schocks aufzubauen. Zwischen 2001 und 2017 sanken jedoch die staatlichen Ausgaben für die Landwirtschaft im Verhältnis zum Beitrag zur Wirtschaftsleistung. Weltweit fiel der Agrarorientierungsindex (AOI) – das Verhältnis des Agraranteils an den Staatsausgaben zum Agraranteil am BIP – von 0,42 (2001) auf 0,26 (2017). Von 2015 bis 2017 war der durchschnittliche AOI in Nordafrika und Westasien am höchsten (0,42) und in Afrika südlich der Sahara am niedrigsten (0,20). Die Agrarhilfe beläuft sich nur mehr auf einen Bruchteil des Umfangs in den 1980er Jahren. Ihr Anteil an der sektoral zuordenbaren Hilfe aus den Mitgliedsländern des OECD-Ausschusses für Entwicklungshilfe fiel von fast 25 Prozent Mitte der 1980er Jahre auf lediglich 7 Prozent 2017, insgesamt um 12,6 Milliarden Dollar.

Agrarorientierungsindex (AOI) – 2001 und 2017



* ohne Australien und Neuseeland



Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Bei der Verbesserung der Gesundheit von Millionen von Menschen wurden große Fortschritte erzielt. Die Mütter- und Kindersterblichkeit wurde gesenkt, weltweit steigt die Lebenserwartung weiter an, und beim Kampf gegen manche Infektionskrankheiten gibt es stetige Fortschritte. Bei anderen Krankheiten sind die Fortschritte jedoch ins Stocken oder zum Stillstand gekommen, etwa bei der Ausrottung von Malaria und Tuberkulose. Es hat viel zu viele Todesfälle gegeben, weil es an ausgebildetem Gesundheitspersonal mangelte oder Routineeingriffe wie Impfungen nicht möglich waren. Tatsächlich mangelt es mindestens der Hälfte der Weltbevölkerung noch immer an einer gesundheitlichen Grundversorgung, und viele Menschen, in reichen wie in armen Ländern, können bei einem gesundheitlichen Notfall in finanzielle Not und Armut geraten. Es bedarf daher konzertierter Anstren-



gungen, um eine allgemeine Gesundheitsversorgung und eine nachhaltige Gesundheitsfinanzierung zu erreichen, der wachsenden Belastung durch nicht übertragbare Krankheiten zu begegnen, auch im Bereich der psychischen Gesundheit, und antimikrobielle Resistenz und krankheitsfördernde Umweltfaktoren wie Luftverschmutzung und den Mangel an einer sicher verwalteten Wasser- und Sanitärversorgung zu bekämpfen.

Dauerinvestitionen in Müttergesundheit sind erforderlich, vor allem in Afrika südlich der Sahara

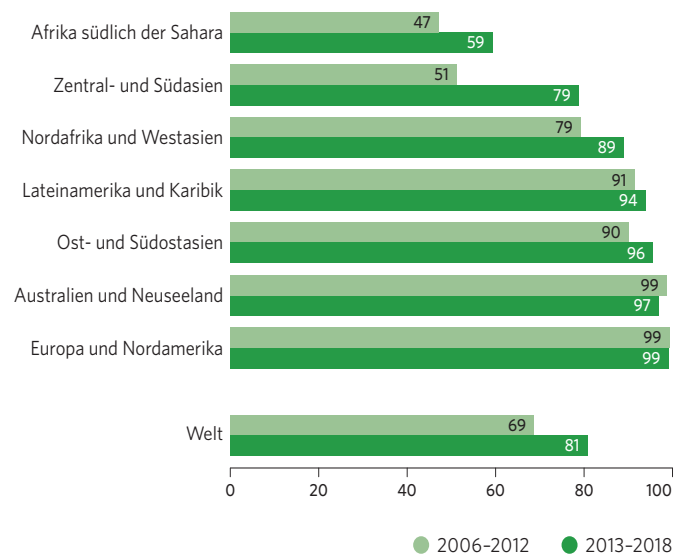
Trotz großer Fortschritte bei der Müttergesundheit starben 2017 fast 300.000 Frauen an Komplikationen infolge von Schwangerschaft und Geburt, über 90 Prozent von ihnen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Für jede Frau, die starb, litten unzählige andere unter den akuten oder lebenslangen Folgen einer mütterlichen Erkrankung.

Die Mehrheit der Todesfälle kann durch richtige Betreuung und Pflege verhindert werden, insbesondere durch Schwangerenvorsorge und Geburtshilfe durch Fachpersonal sowie Pflege und Unterstützung in den Wochen nach der Geburt. In den letzten Jahren verliefen die Fortschritte jedoch schleppend. Mehr Investitionen und Aufmerksamkeit sind erforderlich, um das Ziel der Senkung der weltweiten Müttersterblichkeit bis 2030 auf unter 70 je 100.000 Lebendgeburten zu erreichen, wodurch binnen eines Jahrzehnts mehr als eine Million Menschenleben gerettet werden könnten.

Die Begleitung aller Geburten durch qualifizierte medizinische Fachkräfte trägt nicht nur entscheidend dazu bei, die Morbidität und Mortalität von Müttern zu senken, sondern auch zur Verringerung von Totgeburten, Morbidität und Todesfällen unter Neugeborenen. Nach den neuesten Daten für 2013-2018 erfolgten 81 Prozent aller Geburten weltweit in Anwesenheit von Fachpersonal, ein deutlicher Anstieg gegenüber 69 Prozent im Zeitraum 2006-2012. In Afrika südlich der Sahara, wo zwei Drittel der weltweiten Todesfälle von Müttern auftreten, waren nur 60 Prozent der Geburten von qualifizierten Helfern begleitet. Wegen des Bevölkerungswachstums, so zeigen Prognosen, werden allein zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Versorgung in Afrika deutlich mehr Ressourcen benötigt.

Schwangerschafts- und Geburtskomplikationen zählen bei heranwachsenden Mädchen in Entwicklungsländern zu den häufigsten Todesursachen. Das höchste Risiko liegt bei Mädchen unter 15 Jahren. Die Geburtenrate bei Jugendlichen sank weltweit von 56 Geburten je 1.000 Frauen im Jahr 2000 auf 45 im Jahr 2015 und 44 im Jahr 2018. Mit 101 Geburten je 1.000 Frauen war die Rate in Afrika südlich der Sahara 2018 jedoch noch immer hoch.

Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten – 2006-2012 und 2013-2018 (in Prozent)



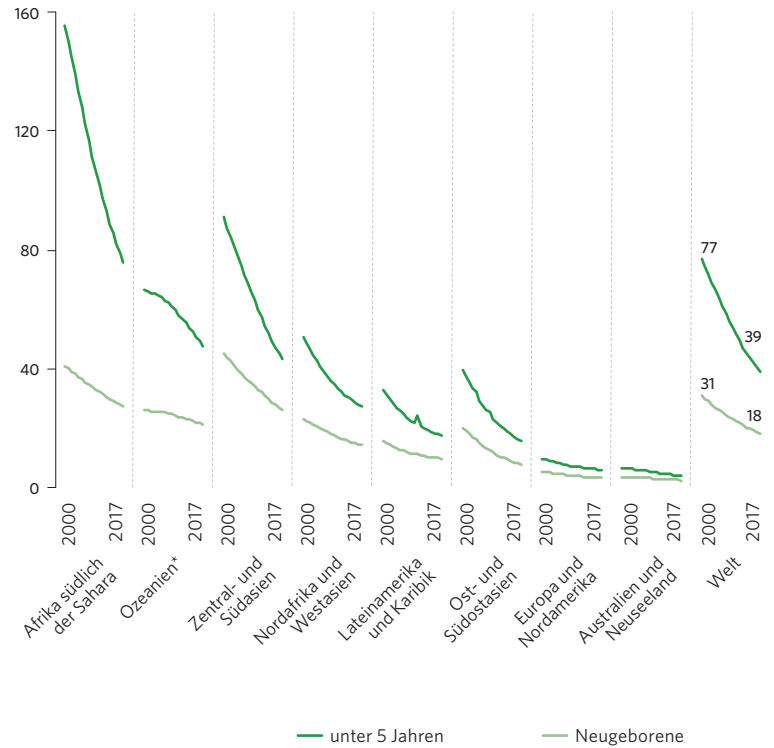
Anmerkung: Für Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) liegen keine Daten vor.

Wird das Kindersterblichkeitsziel erreicht, werden bis 2030 weitere 10 Millionen Kinder vor dem Tod bewahrt

Dank bemerkenswerter Fortschritte haben heute Millionen von Kindern unter 5 Jahren bessere Überlebenschancen als im Jahr 2000. In dieser Altersgruppe ist die Sterblichkeitsrate von 2000 bis 2017 um 49 Prozent von 77 auf 39 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten gefallen. Die Gesamtzahl der Todesfälle unter 5 Jahren ist im selben Zeitraum von 9,8 auf 5,4 Millionen gefallen. Die Hälfte dieser Todesfälle entfielen auf Afrika südlich der Sahara und weitere 30 Prozent auf Südasien. Fast die Hälfte (2,5 Millionen) aller Todesfälle unter 5 Jahren ereigneten sich im ersten Lebensmonat, der ausschlaggebenden Phase für das Überleben eines Kindes. Die Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen ist von 2000 bis 2017 weltweit um 41 Prozent von 31 auf 18 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten gefallen.

Die Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren und Neugeborenen ging in allen Regionen zurück, wobei sich die Lage in den Regionen mit den höchsten Werten am schnellsten verbesserte. Dennoch gibt es noch immer erhebliche Unterschiede zwischen Regionen und Ländern. 2017 lag die Sterblichkeit unter 5 Jahren bereits in 118 Ländern unter der Zielvorgabe von 25 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten. In etwa 50 Ländern, vor allem in Afrika südlich der Sahara, sind jedoch raschere Fortschritte erforderlich, um die Zielvorgabe bis 2030 zu erreichen und so das Leben von weiteren 10 Millionen Kindern unter 5 Jahren zu retten. Viele dieser Todesfälle könnten durch Maßnahmen wie Impfungen, ausschließliches Stillen, richtige Ernährung, eine adäquate Behandlung häufiger Kinderkrankheiten sowie die Verringerung von Luftverschmutzung und eine sicher verwaltete Trinkwasser- und Sanitärversorgung vermieden werden.

Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren und Neugeborenen – 2000-2017 (Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten)



* ohne Australien und Neuseeland

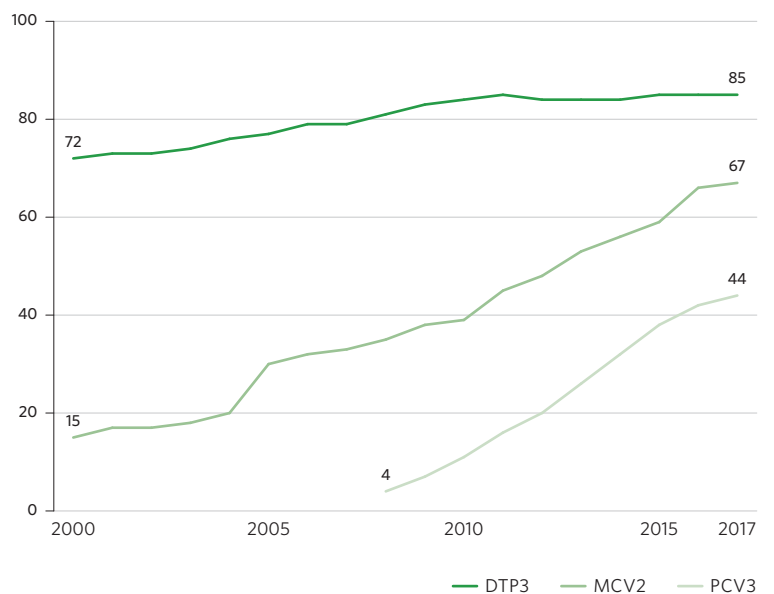
Trotz weitreichenden Impfschutzes haben Ausbrüche von Masern und Diphtherie zu vielen unnötigen Todesfällen geführt

Es ist allgemein anerkannt, dass Impfungen zu den erfolgreichsten und kostengünstigsten Gesundheitsmaßnahmen zählen und das Leben von Millionen von Menschen retten. 2017 wurden 116,2 Millionen Kinder geimpft, die höchste jemals gemeldete Zahl. Gleichzeitig kam es in einzelnen Gebieten mit geringem Impfschutz zu Ausbrüchen von Masern und Diphtherie mit vielen Todesfällen – ein klarer Beweis dafür, wie wichtig es ist, einen umfassenden Impfschutz zu erreichen.

Der Anteil der Kinder, die die erforderlichen drei Dosen des DTP3-Impfstoffs gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten erhalten haben, stieg von 2000 bis 2015 zwar von 72 auf 85 Prozent, blieb aber zwischen 2015 und 2017 unverändert. Etwa 19,9 Millionen Kinder wurden nicht im ersten Lebensjahr geimpft, wodurch sie einer gravierenden und potenziell tödlichen Erkrankungsgefahr ausgesetzt waren. Zwei Dosen des Impfstoffs gegen Masern sind erforderlich, um die Erkrankung sowie Invalidität und Tod aufgrund einhergehender Komplikationen zu verhindern. Der Impfschutz durch die zweite Dosis (MCV2), verabreicht im zweiten Lebensjahr eines Kindes oder bei Schulbeginn, stieg von 15 Prozent im Jahr 2000 auf 59 Prozent 2015 und 67 Prozent 2017. Diese Fortschritte sind zwar dramatisch, reichen aber noch immer nicht aus, um Masern-Ausbrüche zu verhindern.

Der Pneumokokken-Konjugatimpfstoff (PCV) kann die Zahl der Todesfälle bei Kindern unter 5 Jahren deutlich verringern. Weltweit wurden seit der Einführung des Impfstoffs zwar stetige Fortschritte gemacht, aber die Erfassungsrate liegt noch unter 50 Prozent. Viele Länder, vor allem die mit mittlerem Einkommen, die nur begrenzt Zugang zu internationaler finanzieller Unterstützung haben, hinken hinterher, da ihr laufender Haushalt für Gesundheitsausgaben ohne Hilfe von außen nicht ausreicht, um die Kosten dieser Impfstoffe zu decken.

Weltweiter Impfschutz, nach Impfstoff – 2000-2017 (in Prozent)

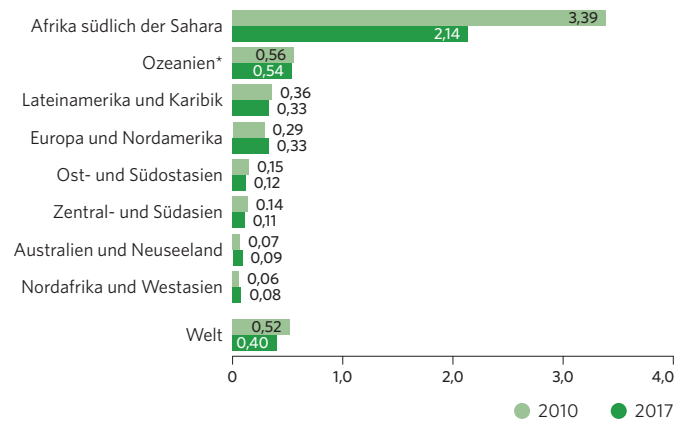


Trotz stetiger Fortschritte in Afrika südlich der Sahara verfehlt der Rückgang der HIV-Inzidenz das Ziel

Starkes innerstaatliches und internationales Engagement und umfangreiche finanzielle Mittel für die Aids-Bekämpfung haben zur raschen Ausweitung evidenzbasierter Programme für Prävention, Tests und Behandlung geführt. Folglich ist die HIV-Inzidenzrate bei Erwachsenen (15 bis 49 Jahre) in Afrika südlich der Sahara von 2010 bis 2017 um rund 37 Prozent zurückgegangen. Dies entspricht einem Rückgang von 3,39 auf 2,14 Infektionen je 1.000 nicht infizierte Personen. An anderen Orten waren die Fortschritte schleppender, und in einigen Subregionen ist die HIV-Inzidenz sogar angestiegen: in Westasien (um 53 Prozent), Zentralasien (um 51 Prozent) und Europa (um 22 Prozent).

Weltweit ist die HIV-Inzidenzrate bei Erwachsenen zwischen 2010 und 2017 um 22 Prozent gefallen und liegt damit weit hinter den Fortschritten, die zur Erreichung der Zielvorgaben für 2020 und 2030 erforderlich sind. Der größte Rückgang der Inzidenz nach Altersgruppe entfiel auf Kinder bis zu 14 Jahren (um 37 Prozent von 2010 bis 2017), was an einer verstärkten Bereitstellung antiretroviraler Medikamente zur Verhütung der HIV-Übertragung von Mutter zu Kind liegt.

HIV-Inzidenz – 2010 und 2017 (neue Fälle je 1.000 nicht infizierte Erwachsene zwischen 15 und 49 Jahren)



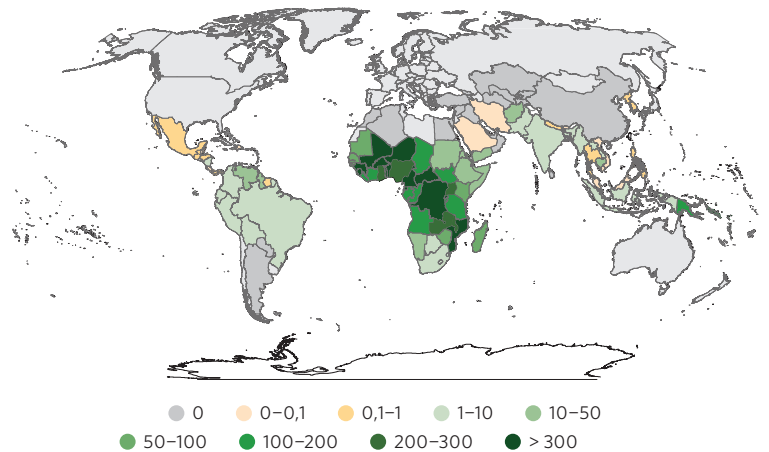
* ohne Australien und Neuseeland

Da es bei der Malariabekämpfung zu einem Stillstand gekommen ist, sind dringend vermehrte Anstrengungen in den am stärksten betroffenen Ländern erforderlich

Nach über einem Jahrzehnt stetiger Fortschritte ist die Malariabekämpfung ins Stocken geraten. Von 2015 bis 2017 ist die Zahl der Malariafälle weltweit nicht merklich gesunken. Zwischen 2010 und 2015 fiel die Inzidenzrate um 18 Prozent, von 72 auf 59 Fälle je 1.000 gefährdete Personen, und blieb von 2015 bis 2017 unverändert.

2017 wurden etwa 219 Millionen Malariafälle und 435.000 Fälle mit Todesfolge gemeldet. Nach wie vor trägt Afrika südlich der Sahara mit über 90 Prozent der weltweiten Malariafälle die Hauptlast. Und die Belastung nimmt immer mehr zu. Von 2016 bis 2017 wurden in den 10 am stärksten betroffenen afrikanischen Ländern rund 3,5 Millionen weitere Malariafälle gemeldet. Kinder unter 5 Jahren sind am anfälligsten; auf sie entfallen 61 Prozent (266.000) aller Malaria-Todesfälle weltweit. Die Finanzierung der Malariabekämpfung war seit 2000 gestiegen, ist aber seit kurzem ins Stocken geraten. Mehr Unterstützung für die am stärksten betroffenen Länder ist daher dringend erforderlich.

Malaria-Inzidenz – 2017 (neue Fälle je 1.000 gefährdete Personen)



Lücken bei der Erkennung und Behandlung von Tuberkulose sowie medikamentenresistente Stämme hemmen Fortschritte beim Kampf gegen die Krankheit

Tuberkulose (TB) ist weltweit nach wie vor eine der Hauptursachen von schlechter Gesundheit und Tod. Schätzungsweise 10 Millionen Menschen erkrankten 2017 an TB. In diesem Jahr war die Krankheit die führende Todesursache durch einen einzelnen Erreger (vor HIV) und der zehntgrößte Verursacher insgesamt. Dennoch wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Die TB-Inzidenz ist seit 2000 um 21 Prozent zurückgegangen, von 170 neuen Fällen und Rückfällen je 100.000 Menschen auf 140 im Jahr 2015 und 134 im Jahr 2017. Die TB-Mortalität bei HIV-negativen Personen fiel im gleichen Zeitraum um 42 Prozent. Dennoch gibt es weiter große Lücken bei der Erkennung und Behandlung, und das gegenwärtige Fortschrittstempo reicht nicht aus, um das vorgegebene Ziel der Beendigung der Epidemie bis 2030 zu erreichen. Darüber hinaus ist die medikamentenresistente TB eine anhaltende Bedrohung. 2017 gab es 558.000 neue Fälle mit Resistenz gegen Rifampicin, das wirksamste Erstlinienmedikament, darunter 460.000 Fälle von multiresistenter TB.

Vernachlässigte Tropenkrankheiten werden allmählich ausgemerzt, sind aber in ärmeren Ländern noch immer eine Geißel

Vernachlässigte Tropenkrankheiten (NTDs) sind eine heterogene Gruppe übertragbarer Krankheiten, die in 149 tropischen und subtropischen Ländern vorkommen. Sie treffen Milliarden von Menschen, insbesondere solche, die in Armut leben, über keine ausreichende Sanitärversorgung verfügen und in engen Kontakt zu infektiösen Überträgern und Haustieren kommen, und sie kosten die Entwicklungsländer jedes Jahr Milliardensummen. 2017 benötigten 1,58 Milliarden Menschen mit NTDs eine Massen- oder Einzelbehandlung und -betreuung, gegenüber 1,63 Milliarden 2015 und 2,03 Milliarden 2010. In 34 Ländern wurde 2017 mindestens eine NTD beseitigt. Die tatsächlichen Fortschritte sind vermutlich noch größer, da dank verbesserter Überwachung mehr Menschen mit Behandlungsbedarf gegen NTDs aufgefunden gemacht werden können als früher. In den am wenigsten entwickelten Ländern benötigten 2017 52 Prozent der Bevölkerung (522 Millionen Menschen) eine Behandlung gegen NTDs, gegenüber 78 Prozent im Jahr 2010. Um NTDs effektiv zu bekämpfen und zu beseitigen, müssen die laufenden Maßnahmen verstärkt und ausgeweitet werden.

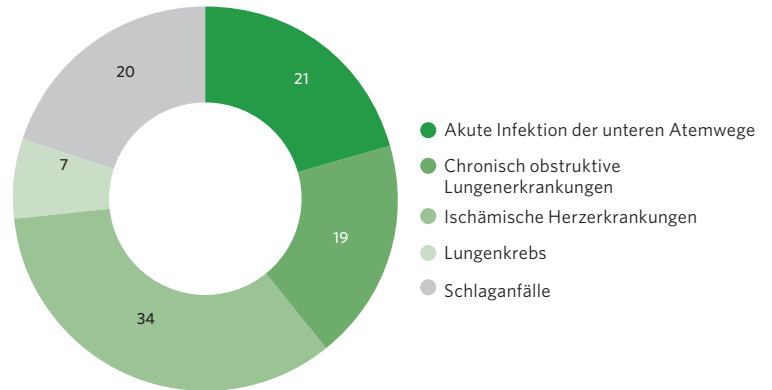
Es wird zunehmend erkannt, dass umweltgesundheitliche Defizite erheblich zu Krankheit und Tod beitragen

Eine unzureichende Wasser- und Sanitärversorgung sowie Hygiene stehen im Zusammenhang mit 60 Prozent der Krankheitsbelastung durch Durchfall, 100 Prozent der Belastung durch parasitäre Wurminfektionen und 16 Prozent der Belastung durch Fehlernährung (unter „Belastung“ versteht man die Auswirkungen eines Gesundheitsproblems, gemessen an finanziellen Kosten, Mortalität, Morbidität oder anderen Indikatoren). 2016 führten diese drei Krankheitszustände zu insgesamt 870.000 Todesfällen. Diese erhebliche Krankheitsbelastung kann deutlich reduziert werden, wenn eine sicher verwaltete Trinkwasser- und Sanitärversorgung allgemein verfügbar ist und eine gute Hygienepraxis eingehalten wird.

Die Raum- und Außenluftverschmutzung erhöht das Risiko der Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankung und ist einer der Hauptrisikofaktoren für nichtübertragbare Krankheiten. Die Belastung durch Raumluftverschmutzung, vor allem durch umweltschädliche Kochbrennstoffe und -technologien, verursachte 2016 rund 4 Millionen Todesfälle. Die Gesundheitsrisiken durch diese Art der Luftverschmutzung sind besonders hoch für Frauen und Kinder, die in der

Regel die meiste Zeit am Herd verbringen. Die durch Verkehr, Industrie, Stromerzeugung, die Verbrennung von Abfällen und Brennstoffe im Haushalt verursachte Verschmutzung der Außenluft führte 2016 zu etwa 4,2 Millionen Todesfällen.

Anteil der durch Luftverschmutzung verursachten ursachenspezifischen Krankheiten – 2016 (in Prozent)

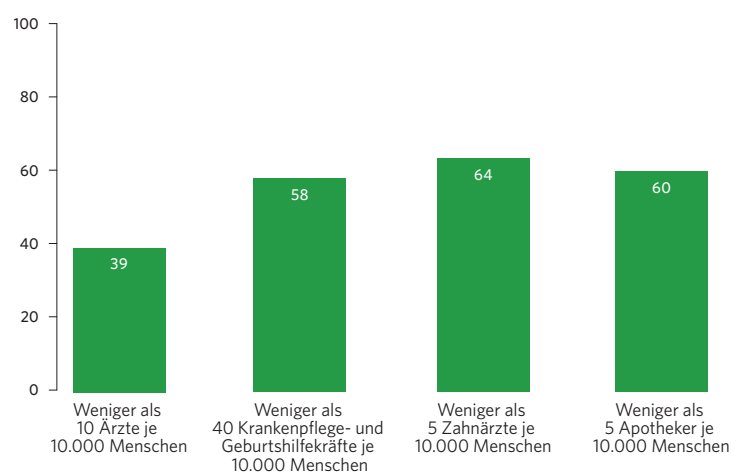


In Ländern, wo es am meisten gebraucht wird, ist das Gesundheitspersonal übermäßig gefordert

Die Stärkung der primären Gesundheitsversorgung und die Verwirklichung der Gesundheit für alle erfordert Fachkräfte in ausreichender Zahl, die motiviert sind, Unterstützung erhalten und bei Bedarf verfügbar sind. Leider sieht die Realität anders aus. Laut Daten für 2013-2018 kommen in fast 40 Prozent aller Länder weniger als 10 Ärzte auf 10.000 Menschen und in etwa 58 Prozent aller Länder weniger als 40 Krankenpflege- und Geburtshelferkräfte auf 10.000 Menschen. Dies ist nur eine geringe Verbesserung gegenüber 2010-2015.

Es ist belegt, dass Gesundheitsfachkräfte über die ganze Welt und auch innerhalb von Ländern ungleich verteilt sind. Es überrascht nicht, dass die Regionen mit der höchsten Krankheitsbelastung über den geringsten Anteil an Fachkräften verfügen. In allen am wenigsten entwickelten Ländern kommen weniger als 10 Ärzte auf 10.000 Menschen und in fast allen (98 Prozent) weniger als 40 Krankenpflege- und Geburtshelferkräfte auf 10.000 Einwohner. Schätzungen zufolge werden bis 2030 weltweit rund 18 Millionen zusätzliche Fachkräfte benötigt, um ein gesundes Leben für alle zu gewährleisten.

Anteil der Länder mit einer unzureichenden Anzahl von Gesundheitsfachkräften, neueste verfügbare Daten – 2013-2018 (in Prozent)

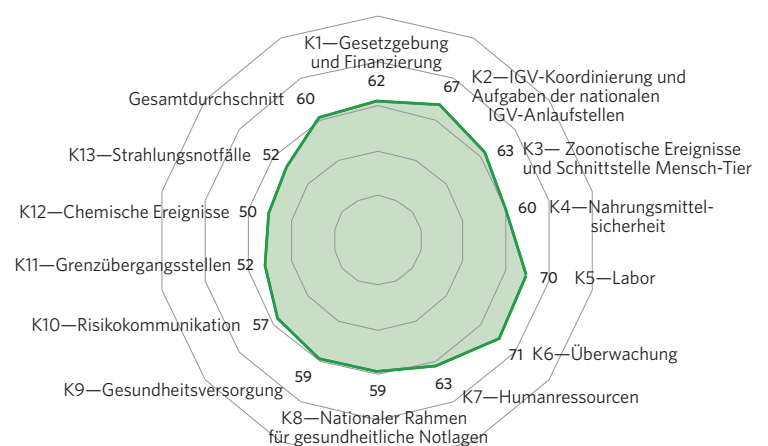


Die Länder sind eher in der Lage, gesundheitliche Notlagen zu erkennen, als darauf zu reagieren

Die völkerrechtlich bindenden Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) verpflichten die Länder, der Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch bestimmter Krankheiten und für die öffentliche Gesundheit relevante Ereignisse zu melden. Seit 2010 haben alle 196 Vertragsstaaten der WHO Berichte über ihre Fähigkeit zur Umsetzung der Vorschriften und ihre allgemeine Vorsorge- und Reaktionsbereitschaft bei gesundheitlichen Notlagen übermittelt. 2018 legten 190 Vertragsstaaten Berichte vor, gegenüber 167 im Jahr 2017.

Eine Analyse von 182 Berichten zeigt, dass in allen 13 Kernkapazitäten der IGV Fortschritte erzielt wurden. Fast alle Vertragsstaaten erbringen bei der Erkennung (wie Überwachung und Labornachweise) bessere Leistungen als bei der Notfallvorsorge und -reaktion. Bei den Kapazitäten an Grenzübergangsstellen (wie Häfen, Flughäfen und Landübergänge) sowie bei der Chemikaliensicherheit und bei Strahlungsnotfällen zeigten sich größere Defizite. Obwohl noch mehr getan werden muss, sind diese Berichte ein klarer Beleg für das internationale Engagement und Bemühen, die Frühwarnsysteme zu verbessern und Risiken für die öffentliche Gesundheit zu mindern.

Punktzahl nach Kapazität gemäß IGV-Berichten – 2018



Anmerkung: Die Übersicht basiert auf 182 von insgesamt 190 im Jahr 2018



Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Bildung ermöglicht sozioökonomische Aufwärtsmobilität und ist ein Schlüssel für die Überwindung von Armut. Dennoch gehen Millionen von Kindern nicht in die Schule, und nicht alle, die es tun, lernen etwas. Weltweit erreichen über die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen im Lesen und Rechnen nicht die Mindestkompetenz. In allen Regionen gibt es Unterschiede bei den Bildungsmöglichkeiten und -ergebnissen, und Afrika südlich der Sahara sowie Teile Zentral- und Südasiens weisen einen Rückstand auf. Demzufolge sind viele Schüler nicht ausreichend auf die Teilnahme an einer hochkomplexen globalen Wirtschaft



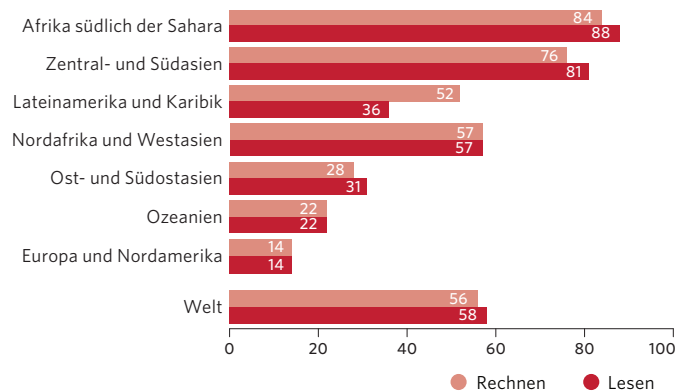
vorbereitet. Diese Lücke sollte die Politikverantwortlichen veranlassen, ihre Bemühungen neu auszurichten, um sicherzustellen, dass die Qualität der Bildung verbessert wird und mehr Menschen jeden Alters Zugang zu ihr haben können.

Schockierend geringe Lese- und Rechenkenntnisse sind Zeichen einer globalen Bildungskrise

Weltweit verfügten ca. 617 Millionen Kinder und Jugendliche im Grund- und frühen Sekundarschulalter (über 55 Prozent der globalen Gesamtzahl) 2015 nicht über Mindestkenntnisse im Lesen und Rechnen. Ein Drittel dieser Kinder und Jugendlichen ging nicht zur Schule und hatte einen dringenden Bildungsbedarf. Zwei Drittel gingen zur Schule, erlangten aber keine Kompetenz, weil sie die Schule vorzeitig verließen oder sich keine Grundkenntnisse aneigneten. Trotz der jahrelangen stetigen Zunahme der Einschulungsraten ist der Anteil derjenigen, die keine Kompetenz erlangen, weiter beunruhigend hoch, am höchsten in Afrika südlich der Sahara, wo 2015 88 Prozent der Kinder (202 Millionen) im Grund- und frühen Sekundarschulalter nicht lesen und 84 Prozent (193 Millionen) nicht rechnen konnten. In Zentral- und Südasiens sah es nicht viel besser aus. Dort konnten 81 Prozent der Kinder (241 Millionen) nicht lesen, und 76 Prozent (228 Millionen) mangelte es an Grundkenntnissen im Rechnen.

Mädchen erlernen das Lesen eher als Jungen. Weltweit erfüllten 2015 pro 100 Jungen, die eine Mindestlesekompetenz erreichten, 105 Mädchen im Grundschulalter und 109 heranwachsende Frauen im frühen Sekundarschulalter zumindest den Minimalstandard.

Anteil der Kinder und Jugendlichen, die beim Lesen und Rechnen nicht die Mindestkompetenz erreichen – 2015 (in Prozent)

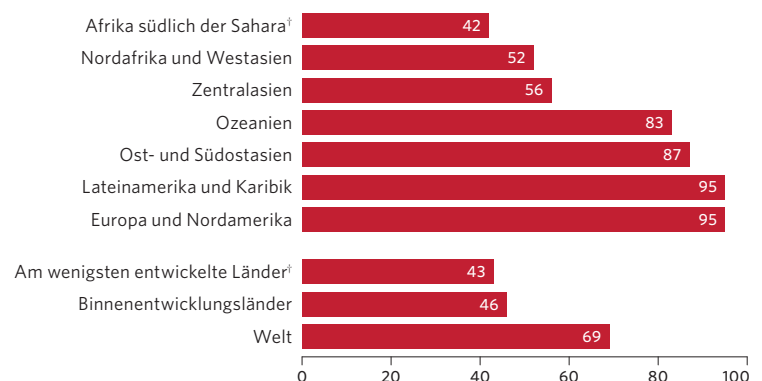


Diese Bildungskrise gefährdet nicht nur die Fähigkeit des Einzelnen, sich aus der Armut zu befreien, sondern auch die wirtschaftliche Zukunft ganzer Nationen, denen es schwer fällt, sich mit unzureichend qualifizierten Arbeitskräften auf den Weltmärkten zu behaupten. Das nächste Jahrzehnt bietet den Politikverantwortlichen eine wichtige Gelegenheit, dafür zu sorgen, dass alle Kinder über Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen verfügen.

Frühkindliche Bildung ermöglicht einen guten Start in die Schule, aber weltweit wird ein Drittel der Kinder zurückgelassen

Es gibt Belege dafür, dass eine hochwertige frühkindliche Bildung zu den besten Investitionen gehört, die eine Gesellschaft für ihre Kinder tätigen kann – eine Investition, die eine solide Grundlage für das Lernen in späteren Jahren bildet. Tatsächlich hat sich gezeigt, dass die frühkindliche Bildung eine der stärksten Determinanten für die Schulreife eines Kindes ist, sowohl in Ländern mit hohem als auch mit niedrigem Einkommen. Die Beteiligung am organisierten Lernen ein Jahr vor dem offiziellen Einschulungsalter ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Die Beteiligungsquote an der frühkindlichen Bildung lag 2017 bei 69 Prozent, verglichen mit 63 Prozent 2010. Zwischen den Ländern gab es jedoch erhebliche Schwankungen, von 7 Prozent bis fast 100 Prozent. In den am wenigsten entwickelten Ländern lag die Beteiligungsquote bei nur 43 Prozent.

Beteiligungsquote am organisierten Lernen (ein Jahr vor dem offiziellen Grundschuleintrittsalter) – 2017 (in Prozent)



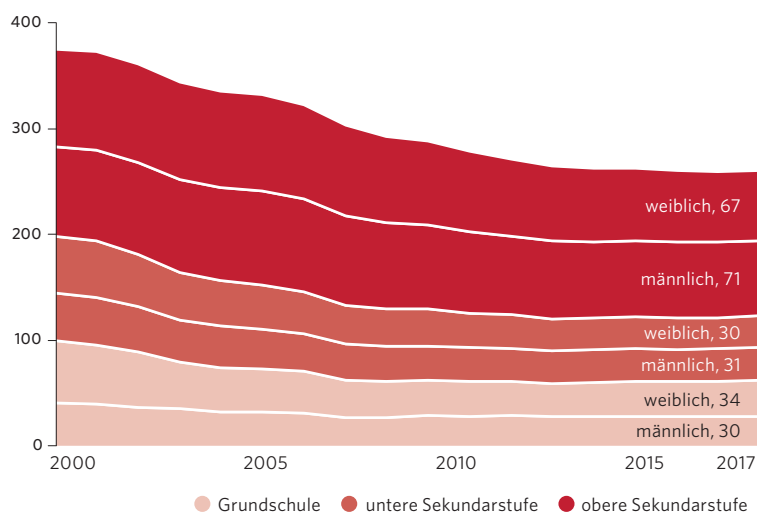
[†] Basierend auf Daten von 2016.

Fortschritte bei Kindern, die keine Schule besuchen, sind ins Stocken geraten

Trotz erheblicher Fortschritte bei Bildungszugang und -beteiligung waren 2017 262 Millionen Kinder und Jugendliche (im Alter von 6 bis 17) noch immer nicht eingeschult. Das entspricht fast einem Fünftel der Weltbevölkerung in dieser Altersgruppe. Von diesen Kindern und Jugendlichen waren 64 Millionen im Grundschulalter (etwa 6 bis 11 Jahre), 61 Millionen im frühen Sekundarschulalter (12 bis 14 Jahre) und 138 Millionen im späteren Sekundarschulalter (15 bis 17 Jahre).

In den meisten Regionen, insbesondere in Zentralasien, Nordafrika, Westasien und Afrika südlich der Sahara, stehen Mädchen noch immer vor Hindernissen. In diesen Regionen sind Mädchen jeden Alters eher von der Bildung ausgeschlossen als Jungen. Auf jeweils 100 Jungen im Grundschulalter, die 2017 keine Schule besuchten, kamen in Zentralasien 127, in Afrika südlich der Sahara 121 und in Nordafrika und Westasien 112 Mädchen, denen das Recht auf Bildung vorenthalten wurde. Auf globaler Ebene besuchten je 100 Jungen 118 Mädchen keine Schule. Die jüngsten Erfolge bei der Verringerung der Zahl von Kindern, die keine Schule besuchen, und bei der Verringerung des diesbezüglichen Geschlechtergefälles müssen weltweit repliziert werden, um sicherzustellen, dass alle Kinder überall in die Schule gehen.

Weltweite Anzahl der schulpflichtigen Kinder, die keine Schule besuchen, nach Bildungsgrad und Geschlecht – 2000-2017 (in Millionen)



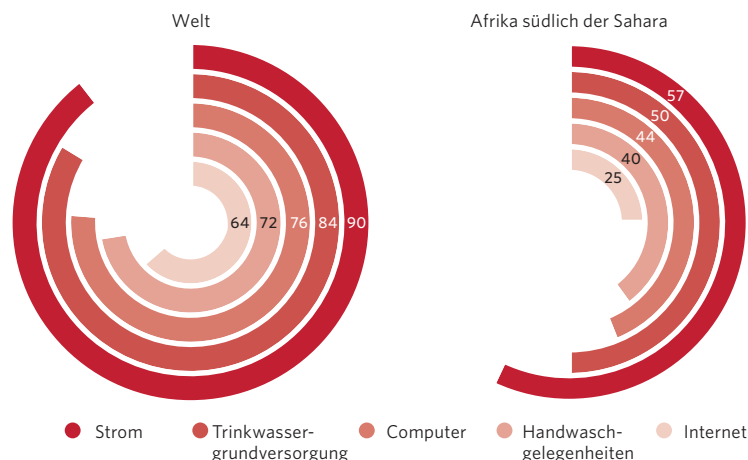
Anmerkung: Die Zahlen neben dem Geschlecht beziehen sich auf die Daten von 2017.

In Afrika südlich der Sahara mangelt es zu vielen Schulen an den Grundelementen einer hochwertigen Bildung: ausgebildete Lehrkräfte und adäquate Einrichtungen

Eine adäquate Infrastruktur und Lehrerausbildung tragen entscheidend zur Qualität der Bildung bei. Von allen Regionen steht Afrika südlich der Sahara bei der Ausstattung von Schulen mit grundlegenden Ressourcen vor den größten Herausforderungen. Auf der Grundschul- und unteren Sekundarstufenebene, wo weniger als die Hälfte der Schulen in Afrika südlich der Sahara Zugang zu Trinkwasser, Strom, Computern und zum Internet haben, ist die Situation extrem. Auf der unteren Sekundarstufe verfügen 57 Prozent der Schulen über Strom, aber nur 25 bis 50 Prozent haben Zugang zum Internet und zu Computern, Trinkwasser und Handwaschmöglichkeiten.

Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer hochwertigen Bildung für alle besteht darin, genug ausgebildete Lehrkräfte zu bekommen. Auch hier liegt Afrika südlich der Sahara zurück. 2017 hatte diese Region den niedrigsten Anteil an ausgebildeten Lehrkräften in der Vorschul- (48 Prozent), Grundschul- (64 Prozent) und Sekundarschulbildung (50 Prozent).

Anteil der Schulen mit Zugang zu grundlegenden Schulressourcen, weltweit und in Afrika südlich der Sahara, obere Sekundarstufe – 2017 (in Prozent)



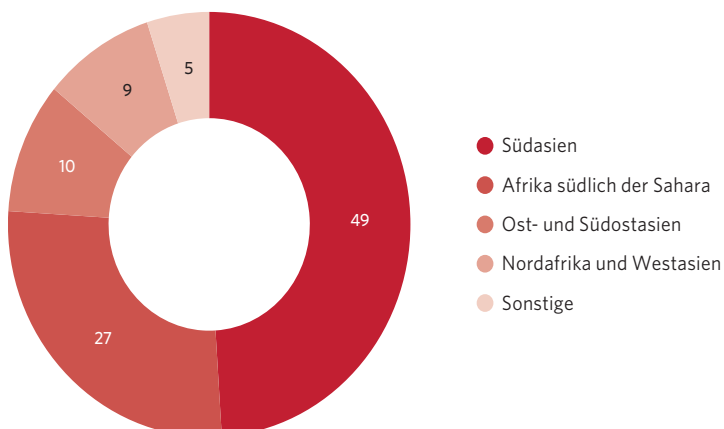
Trotz Fortschritten sind 750 Millionen Erwachsene immer noch Analphabeten; zwei Drittel davon sind Frauen

In den letzten Jahrzehnten haben sich die grundlegenden Lese- und Schreibfähigkeiten verbessert und die Unterschiede zwischen den Geschlechtern ständig verringert, wobei die Alphabetisierungsquoten bei Frauen in den letzten 25 Jahren in allen Regionen schneller gestiegen sind als bei Männern. Allerdings waren 2016 noch immer 750 Millionen Erwachsene Analphabeten, zwei Drittel davon Frauen. Die Alphabetisierungsquoten sind in Afrika südlich der Sahara und Südasien am niedrigsten. Allein in Südasien lebt fast die Hälfte (49 Prozent) der Weltbevölkerung, die nicht lesen und schreiben kann.

Positiv ist zu vermerken, dass die Alphabetisierungsquoten bei den Jugendlichen allgemein höher sind als bei den Erwachsenen, was am verbesserten Zugang der jüngeren Generationen zur Schulbildung liegt. Dennoch haben viele Schüler mit grundlegenden Lese- und Schreibkenntnissen noch immer Schwierigkeiten, den höheren Mindeststandard im Lesen und Rechnen zu erreichen. Die globale Alphabetisierungsquote bei Erwachsenen (ab 15 Jahren) lag 2016 bei 86 Prozent, gegenüber 91 Prozent bei Jugendlichen (im Alter von 15 bis 24 Jahren).

Der Alphabetisierungsgrad unter Jugendlichen ist allerdings in mehreren Ländern, zumeist in Afrika südlich der Sahara, nach wie vor gering.

Anteil der Weltbevölkerung ohne Lese- und Schreibkenntnisse, ab 15 Jahre – 2016 (in Prozent)





Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Für die Frauen hat sich die Welt zum Besseren verändert. Weniger Mädchen werden zur Frühverheiratung gezwungen, der Frauenanteil in Parlamenten und Führungspositionen hat zugenommen, und Gesetze werden zugunsten der Geschlechtergleichstellung reformiert. Trotz dieser Fortschritte sind diskriminierende Gesetze und soziale Normen sowie schädliche Praktiken und andere Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen nach wie vor weit verbreitet. Frauen sind auf allen politischen Führungsebenen weiter unterrepräsentiert. Weltweit übernehmen Frauen und Mädchen einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der unbezahlten Hausarbeit. Zudem sind sie im Hinblick auf ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und ihre entsprechenden Rechte weiter Beschränkungen unterworfen, einschließlich rechtlicher Beschränkungen und mangelnder Entscheidungsautonomie. Frauen und Mädchen, die geschlechtsspezifischer und anderen For-



men der Diskriminierung ausgesetzt sind, zählen zu den am stärksten Benachteiligten. Für die Geschlechtergleichstellung bedarf es mutiger und nachhaltiger Maßnahmen, die die strukturellen Hindernisse und die Ursachen der Diskriminierung von Frauen beheben. Ebenso notwendig sind Gesetze und politische Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung, für die ausreichende Mittel verfügbar gemacht werden, sowie die Einforderung von mehr Rechenschaft für die Erfüllung frauenrechtlicher Verpflichtungen.

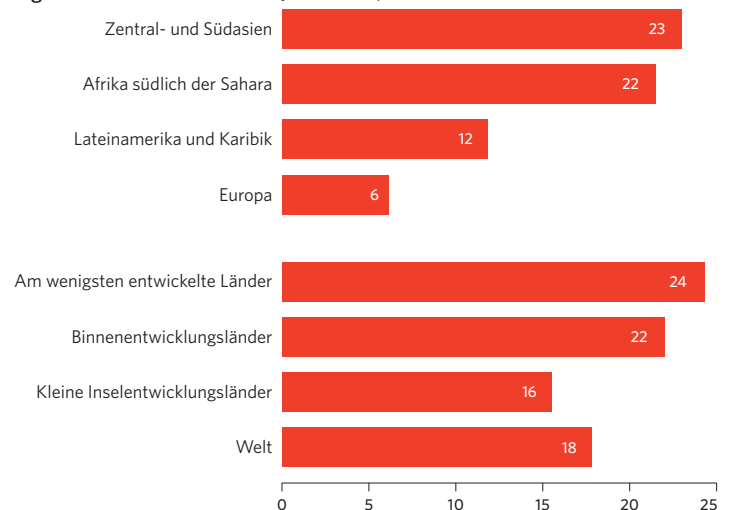
Frauen und Mädchen sind weiter schädlichen Praktiken ausgesetzt, die tief in ihr Leben eingreifen

Weltweit erfahren Frauen und Mädchen nach wie vor Gewalt und grausame Praktiken, die sie ihrer Würde berauben und ihr Wohlergehen untergraben. Von Gewalt durch Intimpartner sind Frauen jeder Altersgruppe und ethnischen Herkunft in allen Ländern betroffen, ungeachtet ihres sozioökonomischen Status und Bildungsgrads. Laut den aktuellsten verfügbaren Daten aus 106 Ländern hatten von den Frauen und Mädchen zwischen 15 und 49 Jahren, die jemals in einer Partnerschaft waren, 18 Prozent in den 12 Monaten vor der Befragung körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen aktuellen oder ehemaligen Intimpartner erfahren.

Die Genitalverstümmelung ist eine höchst besorgniserregende Menschenrechtsverletzung, von der in den 30 Ländern, in denen diese Praxis konzentriert ist (die Hälfte von ihnen in Westafrika), mindestens 200 Millionen Frauen betroffen sind. Im Schnitt ist ihre Prävalenz seit 2000 um ein Viertel gesunken. Dennoch wird in diesen Ländern im Schnitt etwa ein Drittel der Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren der Beschneidung unterzogen; 2000 war es noch fast die Hälfte.

Die Kinderheirat, eine weitere schädliche Praxis, geht weltweit weiter zurück, vor allem in Südasien. Dort ist das Heiratsrisiko für Mädchen im Kindesalter seit 2000 um über 40 Prozent gesunken. Die globale Belastung durch Kinderheirat hat sich von Südasien nach Afrika südlich der Sahara verlagert, wo sie langsamer zurückgeht.

Anteil der Frauen und Mädchen, die jemals in einer Partnerschaft waren und in den 12 Monaten vor der Befragung körperlicher und/oder sexueller Gewalt durch einen aktuellen oder ehemaligen Intimpartner ausgesetzt waren, aktuellste verfügbare Zahlen – 2005-2017 (in Prozent)



Anmerkung: In dieser Grafik sind nur Regionen abgebildet, aus denen Daten zu mindestens 50 Prozent der Bevölkerung vorliegen.

Frauen und Mädchen übernehmen einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der unbezahlten Betreuungs- und Hausarbeit

Nach den aktuellsten verfügbaren Daten aus 90 Ländern verbringen Frauen täglich rund dreimal so viel Zeit mit unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit wie Männer. Hierzu zählen verschiedene unbezahlte Tätigkeiten wie die Betreuung von Kindern und älteren Personen und Hausarbeit. Die Daten zeigen auch, dass das Gefälle bei Müttern, die zuhause Kleinkinder betreuen, noch weiter auseinanderklafft.

Unzulängliche Kochherde, Wasser- und Sanitärversorgung und Transportmittel sind eine zusätzliche Belastung für Frauen, ebenso wie ein Mangel an frühkindlicher Bildung und Betreuung, langfristiger Betreuung und Zugang zu Sozialschutz. Traditionelle Vorstellungen von der Rolle der Frau in der Gesellschaft sind eine zusätzliche Erschwernis. Frauen, die Betreuungs- und Hausarbeit leisten, haben weniger Zeit für bezahlte Arbeit, Bildung und Freizeit, was ihre sozioökonomische Benachteiligung weiter verstärkt.

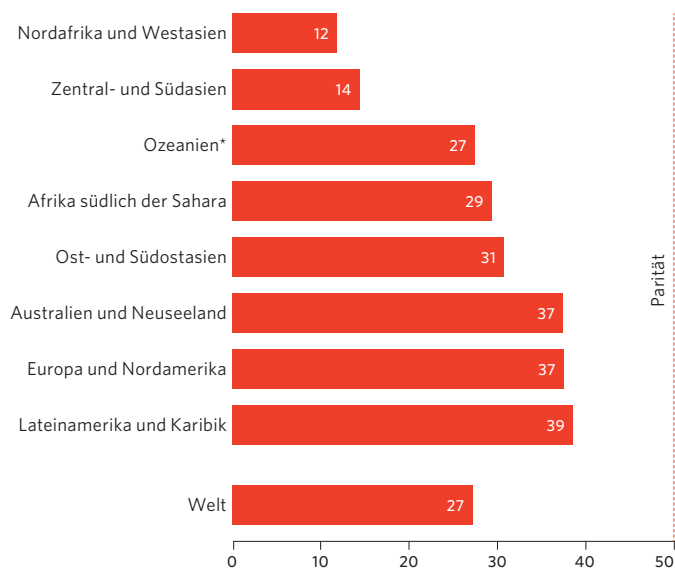
Zuhause, am Arbeitsplatz und im politischen Leben haben Frauen zu oft keine Entscheidungsmacht

Zum 1. Januar 2019 lag der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten zwischen 0 und 61,3 Prozent und im Schnitt bei 24,3 Prozent. Damit ist er seit 2010 um 5 Prozentpunkte gestiegen. In den 103 Ländern und Gebieten, zu denen einschlägige Daten vorliegen, reichte der Frauenanteil in lokalen Vertretungsorganen von unter 1 Prozent bis zu fast 50 Prozent (Median bei 26 Prozent). In nur 15 Ländern und Gebieten lag der Frauenanteil in Kommunalverwaltungen bei 40 oder mehr Prozent. Liegen gesetzliche Quotenregelungen vor, werden auf nationaler und lokaler Ebene deutlich mehr Frauen gewählt. In Staaten mit einem hohen Frauenanteil in Kommunalverwaltungen sind Frauen in der Regel auch im Parlament gut vertreten.

In der Wirtschaft nimmt der Anteil der Frauen in Führungspositionen zu. Seit 2000 ist das mit Ausnahme der am wenigsten entwickelten Länder in allen Regionen und Ländergruppen der Fall. Der Anteil ist jedoch immer noch verhältnismäßig niedrig. 2018 waren 39 Prozent der Erwerbsbevölkerung Frauen, doch nur 27 Prozent der Führungspositionen waren mit Frauen besetzt.

Dieser Mangel an Entscheidungsmacht zeigt sich auch im Haushalt. Laut Daten aus 51 Ländern treffen nur 57 Prozent der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren selbst Entscheidungen über sexuelle Beziehungen und die Nutzung von Verhütungsmitteln und Gesundheitsdiensten. Die Fähigkeit von Frauen und Mädchen, diese wichtigen Entscheidungen selbst zu treffen und danach zu handeln, ist für ihre Selbstbestimmung und die volle Ausübung ihrer reproduktiven Rechte unerlässlich.

Frauenanteil in Führungspositionen – 2018 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

In zu vielen Ländern werden Frauenrechte aufgrund von Lücken im Recht nicht geschützt

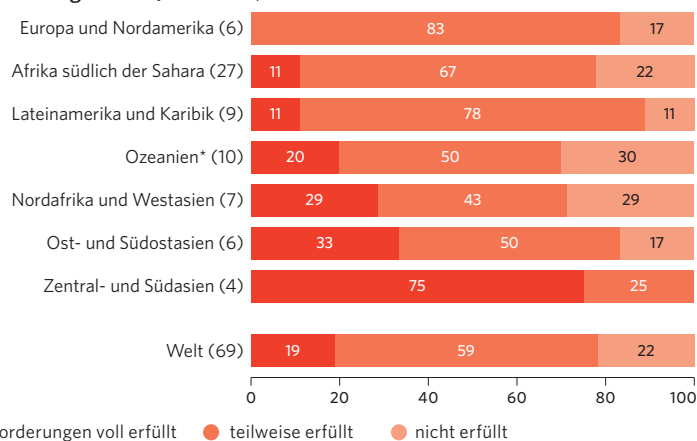
In den letzten 25 Jahren ist man bei der Geschlechtergleichstellung durch die Einführung neuer Gesetze und die Reform bestehender Gesetze vorangekommen. Dennoch bleiben besorgniserregende Lücken. Zu diesem Ergebnis kam eine Datenerhebung von 2018 zu vier Rechtsgebieten in 53 Ländern. In nahezu einem Drittel der erfassten Länder gab es Lücken im übergeordneten Rechtsrahmen und öffentlichen Leben. So fehlte es in fast zwei Drittel dieser Länder an Gesetzen gegen die direkte und indirekte Diskriminierung von Frauen. Beim Thema Gewalt gegen Frauen deckte die Studie in mehr als einem Viertel der Län-

der Gesetzeslücken auf. In 68 Prozent dieser Länder gab es keine Gesetze, die Vergewaltigung in Verbindung mit fehlender Einwilligung definieren. In den Bereichen Beschäftigung und wirtschaftlicher Nutzen sowie Ehe und Familie wiesen 29 bzw. 24 Prozent der Länder Gesetzeslücken auf. So gab es etwa in mehr als der Hälfte der Länder keine Gesetze, die gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit vorschreiben. In weniger als einem Drittel der Länder gilt das 18. Lebensjahr für Frauen und Männer ausnahmslos als gesetzliches Mindestalter für die Eheschließung.

Finanzierungslücken erschweren die Umsetzung von Gleichstellungsgesetzen und -maßnahmen

Eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik verknüpft die politischen und rechtlichen Gleichstellungsanforderungen mit der Zuweisung entsprechender Mittel. Obwohl weltweit Umsetzungsfortschritte erzielt wurden, gibt es nach wie vor erhebliche Lücken. So haben viele Länder noch kein umfassendes System eingeführt, um Mittelzuweisungen für die Gleichstellung zu verfolgen und die Daten zu veröffentlichen. Eine Datenanalyse von 2018 für 69 Länder und Gebiete ergab, dass 13 Länder (19 Prozent) diese Anforderungen vollständig und 41 Länder (59 Prozent) sie teilweise erfüllten. Häufiger erlassen die Länder Richtlinien für eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik, treffen Haushaltsentscheidungen anhand von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten und führen nachträglich Folgenabschätzungen durch. Die Daten zeigten auch Lücken bei der Politikumsetzung auf. Von denselben Ländern hatten 90 Prozent Maßnahmen und Programme zur Beseitigung von Geschlechterdisparitäten eingeführt, doch nur 43 Prozent hatten für deren Umsetzung ausreichende Mittel zugewiesen.

Anteil der Länder mit Systemen zur Verfolgung der Mittelzuweisungen für die Gleichstellung – 2018 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Zahlen in Klammern = Anzahl der Staaten, für die Daten vorliegen



Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Süßwasser ist eine kostbare Ressource, die für die menschliche Gesundheit, die Ernährungs- und Energiesicherheit, die Armutsbekämpfung und viele andere Aspekte der nachhaltigen Entwicklung unentbehrlich ist. Wasserverbundene Ökosysteme haben neben ihren zahlreichen Ökosystemleistungen schon immer menschlichen Siedlungsraum geschaffen. Ebenso wie andere natürliche Ressourcen ist Wasser jedoch bedroht. Der Wasserbedarf wächst rascher als die Weltbevölkerung, von der die Hälfte bereits jetzt mindestens einen Monat pro Jahr unter akuter Wasserknappheit leidet. Die meisten Flüsse in Afrika, Asien und Lateinamerika sind heute stärker verschmutzt als in den 1990er Jahren. Schätzungsweise 50 bis 70 Prozent der natürlichen Feuchtgebiete der Erde sind in den letzten 100 Jahren verloren gegangen. Trotz erheblicher Ausweitung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung mangelt es Milliarden von Menschen, vor allem in ländlichen Gebieten, noch immer an



dieser Grundversorgung. Die Geber erhöhten daher ihre Entwicklungszusagen für den Wassersektor von 2016 bis 2017 um 37 Prozent. Die meisten Länder haben erkannt, wie wichtig eine besser koordinierte Nutzung der Wasserressourcen ist, und haben integrierte Bewirtschaftungspläne umgesetzt. Trotzdem muss noch viel mehr getan werden, um die Wasser- und Sanitärversorgung zu verbessern, die Abwasserbehandlung auszuweiten, die Wassernutzungseffizienz zu erhöhen, die Zusammenarbeit bei der Bewirtschaftung grenzüberschreitender Wassereinzugsgebiete auszuweiten und Süßwasser-ökosysteme zu schützen und wiederherzustellen.

Trotz Fortschritten ist rascheres Handeln erforderlich, um eine sichere Trinkwasser- und Sanitärversorgung für Milliarden von Menschen bereitzustellen

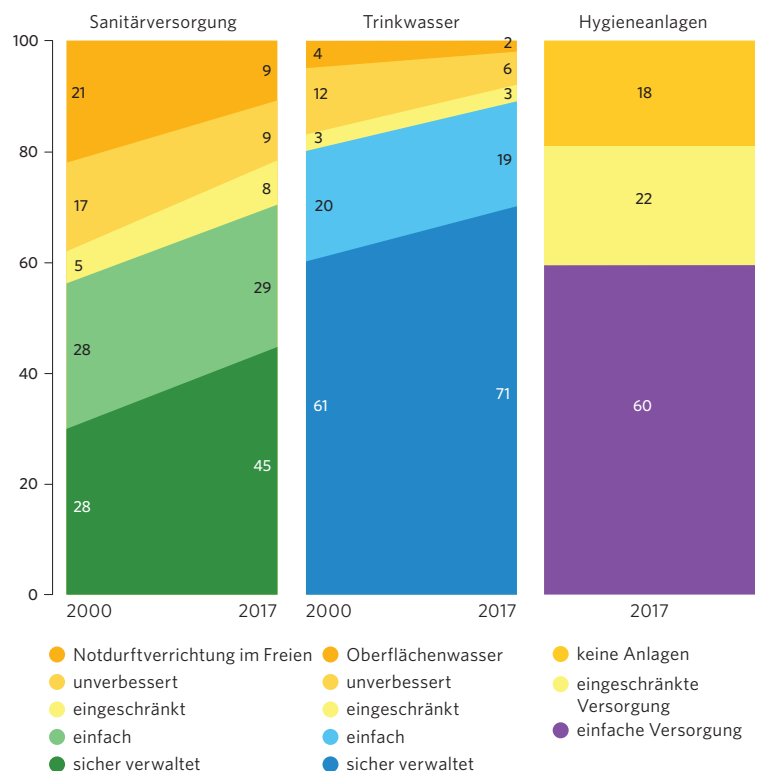
Von 2000 bis 2017 stieg der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu einer sicher verwalteten Trinkwasserversorgung von 61 auf 71 Prozent. Die raschesten Fortschritte erzielten Zentral- und Südasiens sowie Lateinamerika und die Karibik. 90 Prozent der Weltbevölkerung haben zumindest Zugang zu einer einfachen Trinkwasserversorgung. Trotz dieser Fortschritte hatten 2017 noch immer 785 Millionen Menschen nicht einmal eine einfache Versorgung.

Der Anteil der Weltbevölkerung, der eine sichere Sanitärversorgung hat, stieg zwischen 2000 und 2017 von 28 auf 45 Prozent, wobei Ost- und Südasiens die raschesten Fortschritte erzielten. Weitere 30 Prozent haben Zugang zu einer einfachen Sanitärversorgung. Dennoch mussten 2017 etwa 673 Millionen Menschen (9 Prozent der Weltbevölkerung) ihre Notdurft noch immer im Freien verrichten, vor allem in Südasiens. Um auch nur eine Grundversorgung für alle bis 2030 zu erreichen, muss sich das aktuelle jährliche Fortschrittstempo verdoppeln.

2017 verfügten weltweit drei von fünf Menschen in ihrem Zuhause über eine einfache Gelegenheit zum Händewaschen mit Wasser und Seife, in den am wenigsten entwickelten Ländern nicht einmal einer von drei (28 Prozent). Das bedeutet, dass sich weltweit etwa 3 Milliarden Menschen zuhause noch immer nicht ordentlich die Hände waschen können.

Eine grundlegende Wasser- und Sanitärversorgung sowie Hygiene sind nicht nur dort wichtig, wo man wohnt, sondern auch an öffentlichen Orten, wo Menschen zusammenkommen. 2016 verfügte ein Drittel aller Grundschulen über keine grundlegende Trinkwasser- und Sanitärversorgung und Hygieneanlagen. Darunter leiden die Bildung und die Gesundheit von Millionen Schulkindern, insbesondere Mädchen mit Menstruationsblutungen. Jeder vierten Gesundheitseinrichtung weltweit mangelte es ebenfalls an einer grundlegenden Trinkwasserversorgung, was für mehr als 2 Milliarden Menschen Auswirkungen hatte und die Infektionsgefahr für medizinische Hilfe Suchende erhöhte.

Globale Trinkwasser- und Sanitärversorgung und Hygieneanlagen – 2000 und 2017 (in Prozent)

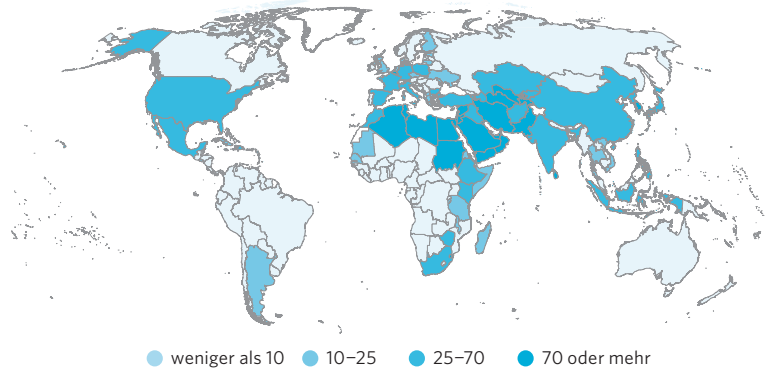


Jeder Erdteil ist von Wasserstress betroffen, weshalb sofortiges und kollektives Handeln gefragt ist

2 Milliarden Menschen leben in Ländern mit hohem Wasserstress, und etwa 4 Milliarden Menschen leiden mindestens einen Monat im Jahr unter akuter Wasserknappheit. Im letzten Jahrhundert ist der weltweite Wasserverbrauch mehr als zweimal so schnell gewachsen wie die Bevölkerung. Bevölkerungswachstum, verbunden mit rascher Urbanisierung, sozioökonomischer Entwicklung und veränderten Konsummustern erhöhen weiter den Wasserbedarf, der durch den Klimawandel noch gesteigert wird. Bis 2030 könnten etwa 700 Millionen Menschen durch akute Wasserknappheit zu Vertriebenen werden.

Derzeit erfährt ein Drittel aller Länder mittleren bis hohen Wasserstress. Die Länder mit hohem Wasserstress befinden sich ausnahmslos in Nordafrika und Westasien oder in Zentral- und Südasien. Um die Belastung der Süßwasserreserven zu reduzieren, müssen alle Länder und Regionen verstärkt nicht-konventionelle Wasserressourcen nutzen, etwa durch Wiederverwendung von Abwasser, Wasserentsalzung und direkte Nutzung von Dränwasser in der Landwirtschaft.

Grad an Wasserstress: Süßwasserentnahme im Verhältnis zu den gesamten erneuerbaren Süßwasserressourcen, neueste verfügbare Daten – 2000-2015 (in Prozent)



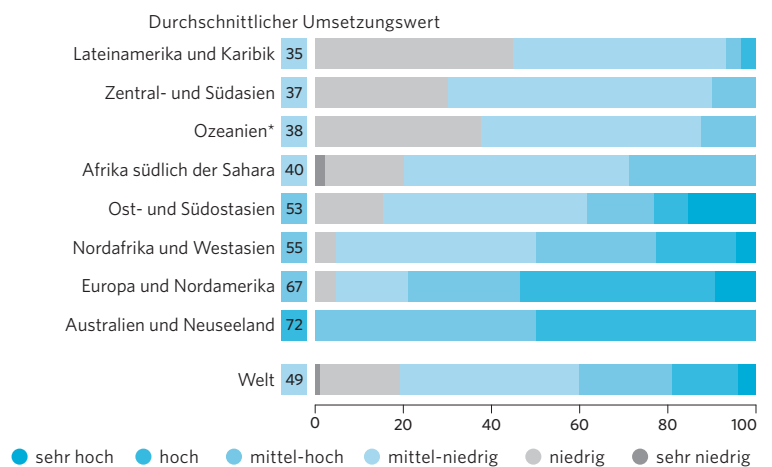
● weniger als 10 ● 10-25 ● 25-70 ● 70 oder mehr

Obwohl die Länder die integrierte Wasserbewirtschaftung fördern, sind raschere Fortschritte nötig

Wasserressourcen müssen sorgfältig bewirtschaftet werden, um ihre Nachhaltigkeit und ihre ausgewogene Verteilung auf die Verbraucher zu gewährleisten. Der globale Rahmen für einen derartigen Ansatz ist die integrierte Wasserbewirtschaftung (IWB), die Maßnahmen, Institutionen, Verwaltungsinstrumente und Finanzierung umfasst. Von den 172 Ländern, die 2018 über ihre Umsetzung der IWB Bericht erstatteten, verzeichneten 80 Prozent einen mittleren bis niedrigen oder höheren Umsetzungsgrad. Damit haben sie eine solide Grundlage für die Umsetzung der vielen Elemente dieses Ansatzes geschaffen. 60 Prozent der Länder lagen jedoch nicht auf Kurs, um das Ziel der vollständigen Umsetzung bis 2030 zu erreichen. Besonders im Bereich der nachhaltigen Finanzierung sind raschere Fortschritte erforderlich. 2018 lag der durchschnittliche IWB-Umsetzungsgrad weltweit bei 49 Prozent.

Um die Anpassung der IWB an den lokalen Kontext sicherzustellen, ist die Mitwirkung der Gemeinwesen vor Ort entscheidend. 70 Prozent der Länder gaben an, über Verfahren (in Form von Strategien oder Gesetzen) für die Mitwirkung lokaler Gemeinwesen an der Bewirtschaftung der ländlichen Trinkwasserversorgung und der Wasserressourcen zu verfügen, wobei ihre Umsetzung jedoch aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Ressourcen nur beschränkt erfolgt.

Durchschnittliche Umsetzung der IWB – 2018 (in Prozent)

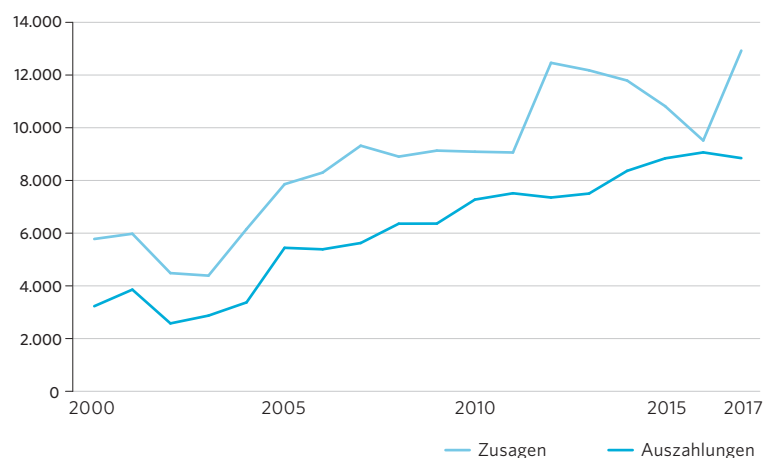


* ohne Australien und Neuseeland

Geberhilfzusagen für den Wassersektor sind gestiegen, während die Auszahlungen abgeflacht sind

Die Auszahlungen der Geberländer öffentlicher Entwicklungshilfe für den Wassersektor stiegen über mehrere Jahre und erreichten 2016 fast 9,1 Milliarden Dollar. Von 2016 auf 2017 nahmen sie jedoch um 2 Prozent ab. Diese Abnahme kann auf eine Bestandsaufnahme der Geber beim Übergang von den Millenniums-Entwicklungszielen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung zurückzuführen sein und entspricht dem Rückgang der Hilfefzusagen für den Wassersektor zwischen 2012 und 2016 (von 12,5 auf 9,5 Milliarden Dollar). Erfreulicherweise schnellten die Zusagen zwischen 2016 und 2017 um 36 Prozent nach oben, was auf eine erneute Schwerpunktsetzung der Geber auf den Wassersektor hindeutet. Der starke Anstieg der Hilfefzusagen ist größtenteils auf die Verdreifung der Zusagen für landwirtschaftliche Wasserressourcen im Rahmen neuer Projekte in Süd- und Südostasien zurückzuführen. Die Zusagen für Wasser- und Sanitärversorgung sind in diesem Zeitraum ebenfalls erheblich von 7,6 auf 9,1 Milliarden Dollar gestiegen, besonders stark für Strategien für den Wassersektor und dessen Verwaltung und Bewirtschaftung sowie für große Wasser- und Sanitärversorgungssysteme.

Für den Wassersektor zugesagte und ausgezahlte öffentliche Entwicklungshilfe – 2000-2017 (in Millionen konstanter US-Dollar 2017)





Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern



Die Welt macht Fortschritte im Hinblick auf Ziel 7, und es gibt erfreuliche Anzeichen, dass Energie immer nachhaltiger und verfügbarer wird. Der Zugang zu Elektrizität in ärmeren Ländern wird rascher ausgeweitet, die Energieeffizienz steigt weiter, und erneuerbare Energien setzen sich im Stromsektor immer mehr durch. Dennoch muss gezielt darauf hingewirkt werden, 3 Milliarden Menschen besseren Zugang zu sauberen und sicheren Brennstoffen und Technologien zum Kochen zu verschaffen, über den Stromsektor hinaus mehr erneuer-

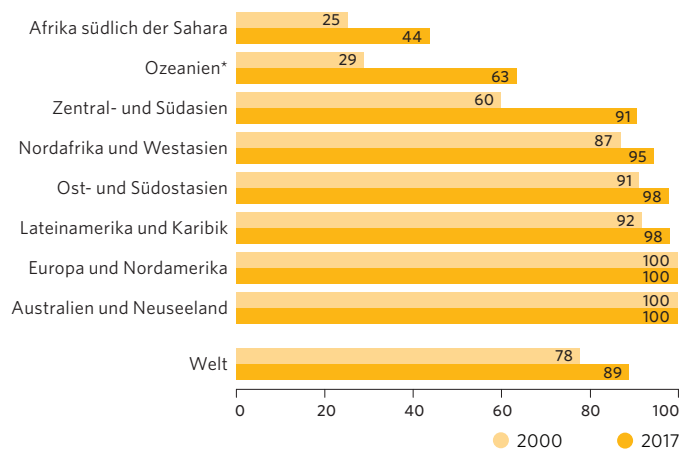
bare Energien zu nutzen und die Elektrifizierung in Afrika südlich der Sahara zu erhöhen.

Beinahe 9 von 10 Menschen haben nun Zugang zu Strom, aber es muss mehr getan werden, um die nicht Versorgten zu erreichen

Mehr Menschen als je zuvor benutzen Strom. Der Anteil der Weltbevölkerung, der Zugang hat, stieg von 83 Prozent 2010 auf 87 Prozent 2015 und bis 2017 noch rascher auf 89 Prozent. Dennoch lebten 2017 noch immer 840 Millionen Menschen ohne diese Grundversorgung, vornehmlich in Afrika südlich der Sahara. Dort hatten 2017 nur 44 Prozent der Bevölkerung Zugang und schätzungsweise 573 Millionen Menschen noch immer keinen Zugang zu Strom.

Obwohl die Elektrifizierung in ländlichen Gebieten weltweit zwischen 2015 und 2017 rasch vorangeschritten ist, gibt es noch große Lücken. 2017 waren nur 78 Prozent der Menschen in ländlichen Gebieten mit Strom versorgt, verglichen mit 97 Prozent in städtischen Gebieten. Anders gesagt, 87 Prozent der Menschen, die gegenwärtig ohne Strom sind, leben auf dem Land. Die Herausforderung für die Zukunft besteht also darin, diese nicht Versorgten zu erreichen, darunter auch Vertriebene oder diejenigen, die in abgelegenen, schwer erreichbaren Gemeinden leben oder an ein labiles und überlastetes städtisches Netz angeschlossen sind.

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Strom – 2000 und 2017 (in Prozent)



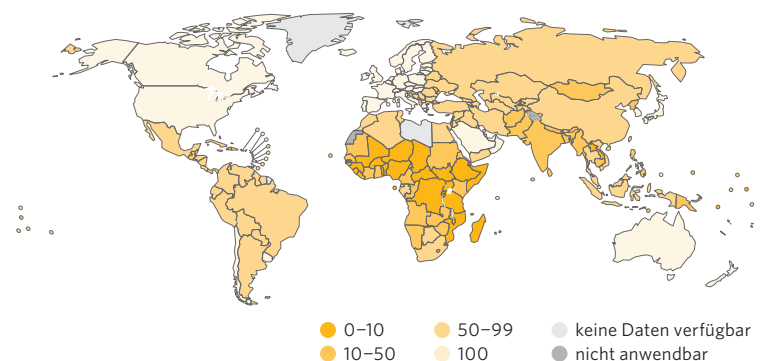
* ohne Australien und Neuseeland

3 Milliarden Menschen mangelt es noch immer an sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen, was die menschliche Gesundheit und die Umwelt ernsthaft gefährdet

Der Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen hat sich von 2010 bis 2017 um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr auf 61 Prozent der Weltbevölkerung erweitert. Dies ist viel zu langsam für die Erreichung des Entwicklungsziels. Beinahe 3 Milliarden Menschen sind nach wie vor auf ineffiziente und höchst umweltschädliche Brennstoffe angewiesen, die für beinahe 4 Millionen Menschen pro Jahr den vorzeitigen Tod bedeuten. In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind unsaubere Brennstoffe und Technologien weiter in hohem Maße gesundheits- und umweltschädigend.

In Afrika südlich der Sahara konnten die Fortschritte bei der Nutzung sauberer Brennstoffe (wie Flüssiggas, Erdgas und Strom) und brennstoffsparender Herde nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. Die Problembekämpfung erfordert konzertierte Maßnahmen seitens der Politik zum Abbau der größten Barrieren, darunter mangelnde Verfügbarkeit, hohe Kosten, Unzuverlässigkeit, begrenzte Finanzierung und fehlendes Verbraucherbewusstsein.

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen – 2017 (in Prozent)

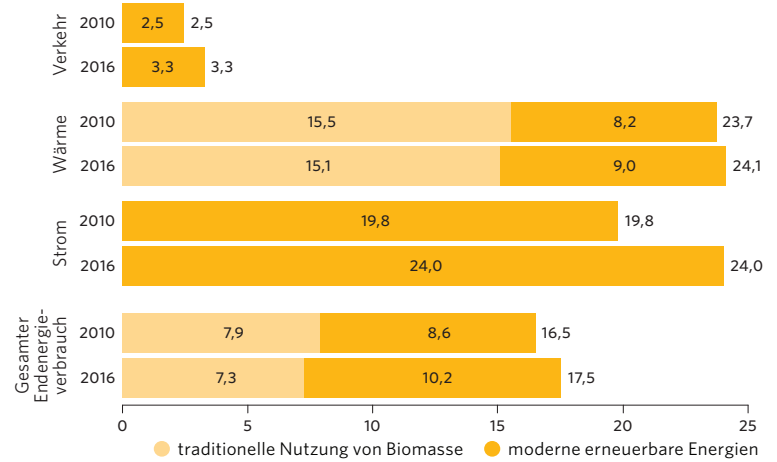


Fortschritte im Stromsektor müssen auf Verkehr und Wärme ausgeweitet werden, um das ehrgeizige Ziel für erneuerbare Energie zu erreichen

Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Endenergieverbrauch stieg von 16,6 Prozent 2010 auf 17,5 Prozent 2016. Insgesamt nahm der Verbrauch erneuerbarer Energien in diesem Zeitraum um 18 Prozent zu. Der Anteil moderner erneuerbarer Energien wuchs noch schneller von 8,6 Prozent 2010 auf 10,2 Prozent 2016. Diese Kategorie schließt traditionelle Biomasse aus, also die ineffiziente Nutzung fester Biomasse wie das Verbrennen von Holz, Holzkohle oder anderen organischen Stoffen.

Der größte Zuwachs bei den erneuerbaren Energien ist bisher im Stromsektor zu verzeichnen. Grund dafür ist vor allem der rasche Ausbau von Wind- und Solarenergie, getragen von einer anhaltenden politischen Unterstützung und Kostensenkungen. Strom macht jedoch nur 20 Prozent des Endenergieverbrauchs aus. Die übrigen 80 Prozent entfallen vor allem auf die Sektoren Wärme und Verkehr, in denen moderne erneuerbare Energien 2016 weltweit nur eine Marktdurchdringung von 9 bzw. 3,3 Prozent aufwiesen. Zur Erfüllung der ehrgeizigen Zielvorgabe muss die Politik dem Einsatz moderner erneuerbarer Energieträger in diesen beiden Schlüsselsektoren verstärkte Aufmerksamkeit widmen.

Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Endenergieverbrauch und nach Endnutzung – 2010 und 2016 (in Prozent)



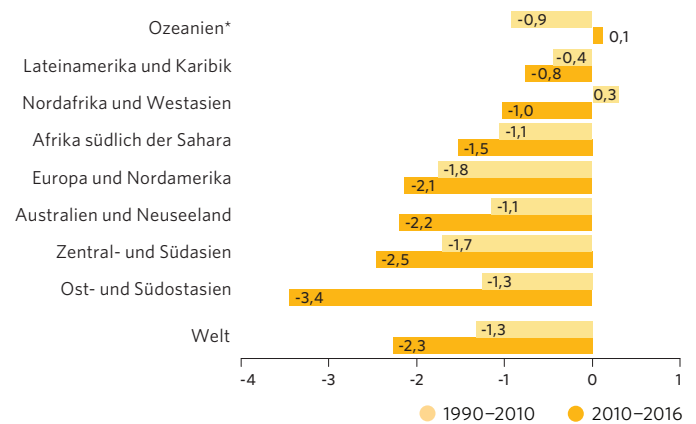
Anmerkungen: Die Gesamtwerte können aufgrund gerundeter Zahlen von der Summe der Einzelwerte abweichen. Wärme bezieht sich auf die für die Erzeugung von Wärme aufgewendete Energie. Die Nutzung traditioneller Biomasse entspricht der Nutzung lokal vorhandener fester Biomasse durch Haushalte mit niedrigem Einkommen, die keinen Zugang zu modernen Brennstoffen und Technologien zum Kochen und Heizen haben, und schließt den Haushaltsverbrauch in Entwicklungsländern ein.

Die Energieeffizienz steigt weiter, aber die Erreichung der Entwicklungszielvorgabe erfordert ein konzertierteres Vorgehen

Neben der Verbesserung des Zugangs zur Energie und ihrer Bezahlbarkeit ist die Steigerung der Energieeffizienz unerlässlich für die Erreichung des globalen Ziels, die Treibhausgasemissionen zu verringern. Die Primärenergieintensität, definiert als Energieverbrauch je BIP-Einheit, verbesserte sich 2016 um 2,5 Prozent, was die jährliche Verbesserungsrate zwischen 2010 und 2016 auf 2,3 Prozent bringt. Das ist weit aus besser als die zwischen 1990 und 2010 verzeichneten Fortschritte, als die jährliche Verbesserung durchschnittlich 1,3 Prozent betrug. Dennoch wird die Zielvorgabe von mindestens 2,7 Prozent noch immer verfehlt. Hinzu kommt, dass die neuesten Schätzungen für 2017 und 2018 auf eine Verlangsamung des Verbesserungstrends hindeuten.

Um stärkere Fortschritte zu bewirken, müssen die Regierungen höhere Energieeffizienzziele setzen. Glücklicherweise steht eine Reihe von Politikoptionen zur Auswahl, die alle bereits in irgendeiner Form umgesetzt wurden, um Effizienzsteigerungen zu erzielen und den Grundstein für wirksamere Maßnahmen zu legen.

Wachstumsrate der Primärenergieintensität – 1990-2010 und 2010-2016 (in Prozent)

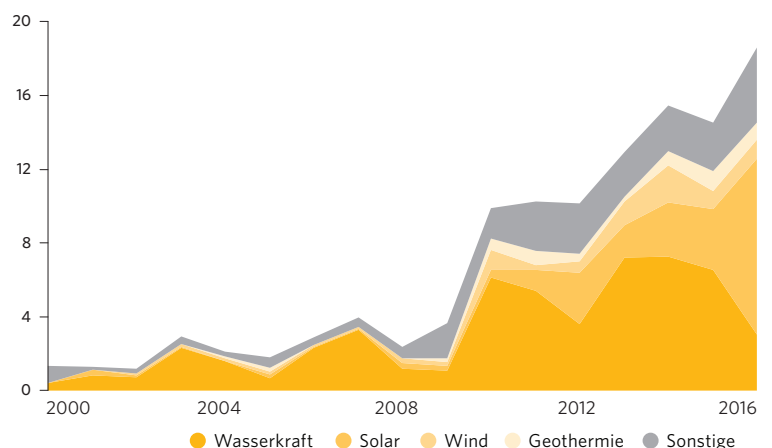


* ohne Australien und Neuseeland

Die internationale Finanzierung für erneuerbare Energien in Entwicklungsländern steigt deutlich

Von 2000 bis 2009 bewegten sich die offiziellen internationalen Finanzierungszusagen für saubere und erneuerbare Energien in Entwicklungsländern zwischen 1 und 4 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Diese Zusagen stiegen 2010 auf 9,9 Milliarden und 2016 auf 18,6 Milliarden Dollar und erhöhten sich damit gegenüber den frühen 2000er Jahren um das Zehnfache. Die jährlichen Finanzströme schwankten stark, vor allem aufgrund der Terminierung von Großinvestitionen in die Wasserkraft. Insgesamt sank jedoch der Anteil der Wasserkraft an den Gesamtinvestitionen von 60 Prozent im Zeitraum 2000-2009 auf etwa 40 Prozent 2010-2016, während der Anteil der Wind-, Geothermie- und insbesondere Sonnenenergie anstieg. Der durchschnittliche Projektumfang wuchs ebenfalls von durchschnittlich 10 Millionen Dollar je Projekt im Zeitraum 2000-2009 auf 19 Millionen 2014-2016.

Internationale Finanzierungszusagen aus offiziellen Quellen zur Förderung sauberer und erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern – 2000-2016 (in Milliarden US-Dollar zu konstanten Preisen von 2016)



Anmerkung: „Sonstige“ umfasst Bioenergie, Meeresenergie und andere erneuerbare Energien.



Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern



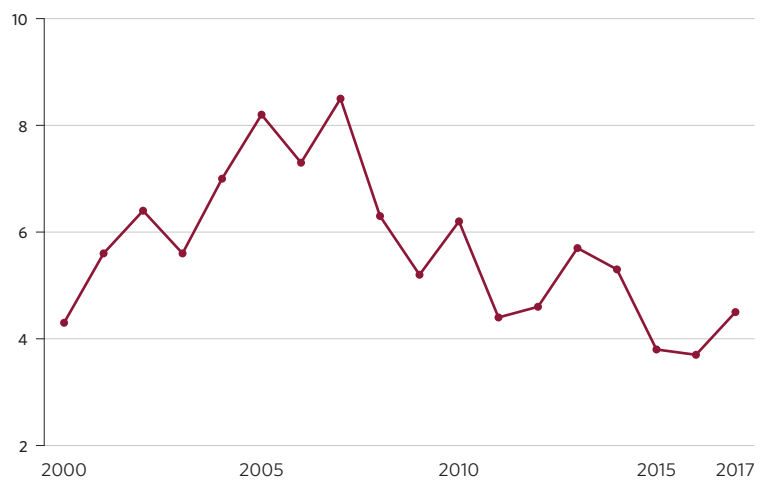
Dauerhaftes und inklusives Wirtschaftswachstum kann den Fortschritt vorantreiben, menschenwürdige Arbeitsplätze für alle schaffen und den Lebensstandard verbessern. Weltweit sind Arbeitsproduktivität und reales Pro-Kopf-BIP gestiegen und die Arbeitslosigkeit auf Vorkrisenwerte gesunken. Das allgemein schleppende Wachstum sorgt aber für ein wirtschafts- und sozialpolitisches Umdenken mit Blick auf die transformativen Zielsetzungen des Ziels 8: Wachstumsziele in den am wenigsten entwickelten Ländern erreichen, Beschäfti-

gungschancen verbessern, insbesondere für junge Menschen, Ungleichheiten zwischen Regionen, Altersgruppen und Geschlechtern abbauen, informelle Beschäftigung verringern und ein gesichertes Arbeitsumfeld für alle fördern.

Das Wirtschaftswachstum in den am wenigsten entwickelten Ländern zieht wieder an, aber das 7-Prozent-Ziel ist noch immer nicht erreicht

Das reale Pro-Kopf-BIP – ein Maßstab für den durchschnittlichen Lebensstandard – stieg 2017 weltweit um 1,9 Prozent gegenüber 1,3 Prozent im Jahr 2016. Die Wachstumsrate dürfte bis 2020 stabil bei rund 2 Prozent liegen. Das reale BIP-Wachstum, das in den am wenigsten entwickelten Ländern mindestens 7 Prozent erreichen soll, stieg dort von durchschnittlich 5,8 Prozent pro Jahr im Zeitraum 2000-2004 auf 7,1 Prozent im Zeitraum 2005-2009, bevor es 2010-2017 auf 4,8 Prozent absank. Aufgrund günstiger externer Wirtschaftsbedingungen und stabiler Rohstoffpreise und der dadurch verstärkten Investitionen in natürliche Ressourcen und die Infrastruktur dürfte das Wachstum in diesen Ländern bis 2020 auf 5,7 Prozent ansteigen, was aber immer noch zu wenig ist. Um langfristige Nachhaltigkeit und inklusives Wachstum zu sichern, brauchen diese Länder Strategien zur stärkeren Diversifizierung ihrer Wirtschaft.

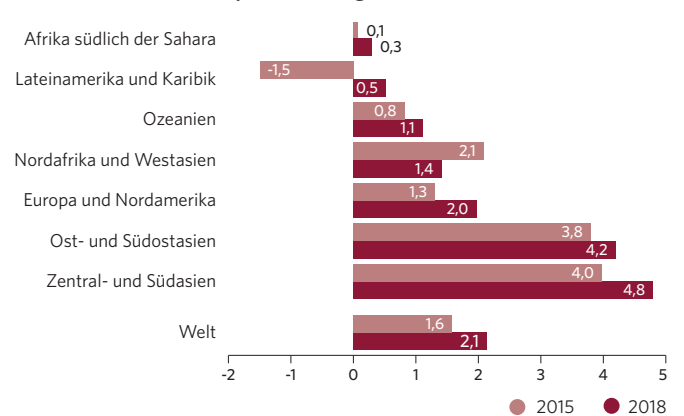
Jährlicher Zuwachs des realen BIP in den am wenigsten entwickelten Ländern – 2000-2017 (in Prozent)



Die Arbeitsproduktivität steigt, aber zwischen den Regionen bestehen große Unterschiede

Seit der globalen Rezession im Jahr 2009 steigt die Arbeitsproduktivität (ausgedrückt als BIP pro Beschäftigten) weltweit mit konsistent positiven jährlichen Zuwachsraten. Der Zuwachs um 2,1 Prozent im Jahr 2018 war der höchste seit 2010. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen groß. Zwischen 2017 und 2018 stieg die durchschnittliche Leistung pro Beschäftigten am stärksten in Zentral- und Südasien (4,8 Prozent) und in Ost- und Südostasien (4,2 Prozent), blieb jedoch in Afrika südlich der Sahara (0,3 Prozent) und in Lateinamerika und der Karibik (0,5 Prozent) nahezu unverändert.

Jährlicher Zuwachs des realen BIP pro Beschäftigten – 2015 und 2018 (in Prozent)



Die informelle Beschäftigung bleibt eine große Herausforderung bei der Verfolgung des Ziels einer menschenwürdigen Arbeit für alle

Die Schattenwirtschaft ist in den Entwicklungsländern nach wie vor weit verbreitet. Nach den neuesten verfügbaren Daten trifft dies in drei Vierteln von 54 Entwicklungsländern auf mehr als die Hälfte der außerhalb des Agrarsektors Beschäftigten zu. In etwa 70 Prozent der Länder sind außerhalb des Agrarsektors mehr Frauen als Männer informell beschäftigt. Angesichts der negativen Auswirkungen der informellen Beschäftigung auf das Einkommen, den Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsschutz und die Arbeitsbedingungen im Allgemeinen besteht dringender politischer Handlungsbedarf. Die Schattenwirtschaft verstärkt die Armut und stellt eine große Herausforderung bei der Verfolgung des Ziels einer menschenwürdigen Arbeit für alle dar.

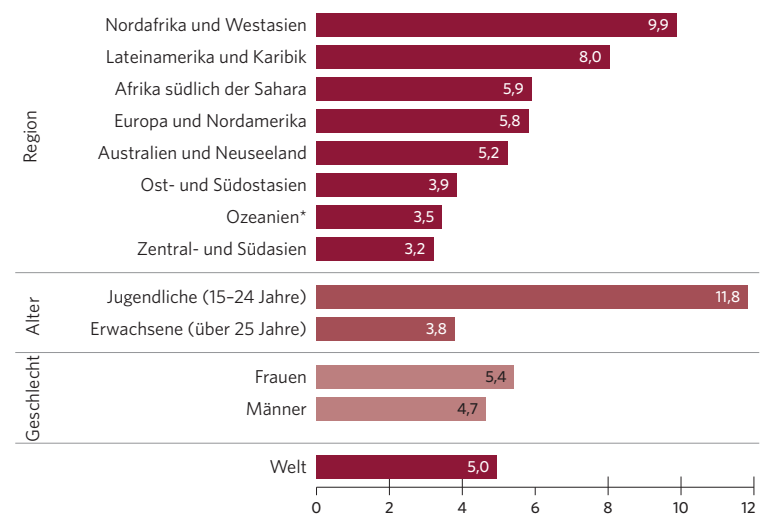
Das anhaltende Lohngefälle zwischen Frauen und Männern verdeutlicht drastisch die Ungleichstellung der Geschlechter

Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Die neuesten verfügbaren Daten für 62 Länder zeigen, dass der Stundenlohn für Männer im Median um 12 Prozent höher liegt als für Frauen. Ferner haben Männer in 49 Ländern, für die einschlägige Daten vorliegen, in allen wichtigen Berufsgruppen einen Lohnvorteil. Das mittlere Lohngefälle betrug bei Führungs- und Fachkräften, im Handwerk und Gewerbe und bei Maschinenbedienern und Monteuren über 20 Prozent. Das Lohngefälle hat seinen Ursprung in starren sozialen Normen und kulturellen Erwartungshaltungen zur Rolle der Frauen in der Gesellschaft. In Kombination mit ungleichen Beschäftigungschancen und einem eingeschränkten Zugang zum Sozialschutz kann das zu langfristigen Einkommensunterschieden führen und die Gleichstellung der Geschlechter jetzt und in Zukunft gefährden.

Trotz stetigen Rückgangs weltweit ist die Arbeitslosigkeit in manchen Regionen und bei Jugendlichen nach wie vor hoch

Die globale Finanzkrise von 2009 macht sich nicht mehr in der weltweiten Arbeitslosenquote bemerkbar. 2018 lag sie mit 5 Prozent wieder auf dem Vorkrisenniveau. Allerdings sind die Unterschiede zwischen den Regionen und Altersgruppen groß. 2018 war die Arbeitslosenquote in Nordafrika und Westasien (9,9 Prozent) sowie in Lateinamerika und der Karibik (8,0 Prozent) mehr als 2,5-mal so hoch wie in Zentral- und Südasiens (3,2 Prozent). Während die Diskrepanz in der Arbeitslosenquote für die Geschlechter weltweit weniger als 1 Prozent beträgt, ist sie in einigen Regionen wie Westasien und Nordafrika besorgniserregend. 2018 war die Frauenarbeitslosenquote dort um mehr als 8 Prozentpunkte, in Lateinamerika und der Karibik um fast 3 Prozentpunkte höher als die der Männer. Zudem sind Jugendliche dreimal häufiger arbeitslos als Erwachsene. 2018 lag die Jugendarbeitslosigkeit bei 12 Prozent gegenüber 4 Prozent bei Erwachsenen.

Arbeitslosenquote nach Region, Alter und Geschlecht – 2018 (in Prozent)



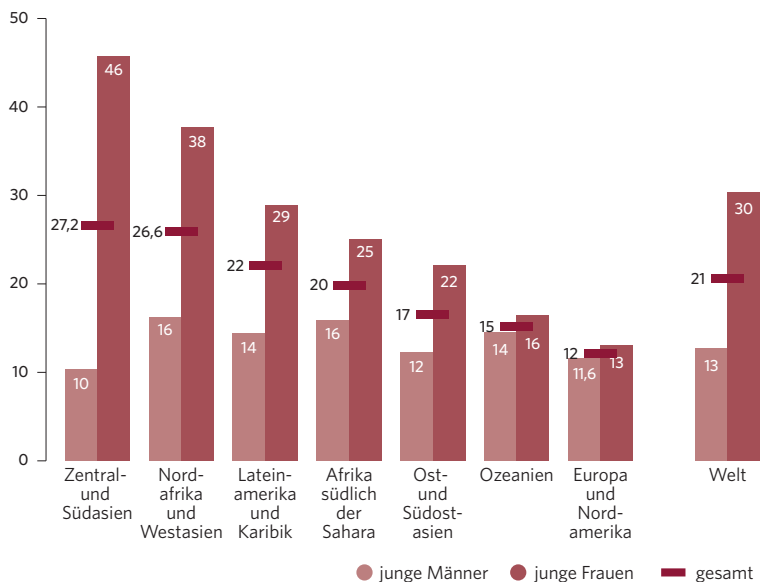
* ohne Australien und Neuseeland

Das Potenzial eines Fünftels der Jugendlichen weltweit wird nicht effektiv genutzt

2018 befand sich weltweit ein Fünftel der Jugendlichen weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung. Diese Jugendlichen sammelten also in einer prägenden Lebensphase keine Berufserfahrung noch erwarben oder erweiterten sie Fertigkeiten im Rahmen einer Schul- oder Berufsausbildung. Am schlimmsten ist die Lage in Zentral- und Südasiens sowie in Nordafrika und Westasien, wo dies auf mehr als 25 Prozent der Jugendlichen zutrifft.

Geschlechtsspezifische Unterschiede sind dabei weit verbreitet. 2018 war die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos oder nicht erwerbstätig zu sein oder keine Schul- oder Berufsausbildung zu absolvieren, bei jungen Frauen mehr als doppelt so hoch wie bei jungen Männern (30 Prozent bei jungen Frauen gegenüber 13 Prozent bei jungen Männern). In Zentral- und Südasiens lag dieses Verhältnis sogar bei 46 zu 10 Prozent.

Anteil der Jugendlichen, die weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind, nach Geschlecht – 2018 (in Prozent)





Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Zusammen mit Innovation und Infrastruktur kann eine inklusive und nachhaltige Industrialisierung dynamische und wettbewerbsfähige wirtschaftliche Kräfte freisetzen, die Arbeitsplätze und Einkommen schaffen, und eine Schlüsselrolle bei der Einführung und Förderung neuer Technologien, der Erleichterung des internationalen Handels und der effizienten Nutzung von Ressourcen spielen. Von der vollen Ausschöpfung dieses Potenzials sind wir jedoch noch weit entfernt. Um die Zielvorgabe für 2030 zu erfüllen, müssen insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder ihre verarbeitende Industrie schneller ausbauen und verstärkt in Forschung und Innovation investieren. Positiv zu vermerken ist der Rückgang der CO₂-Intensität der Ver-

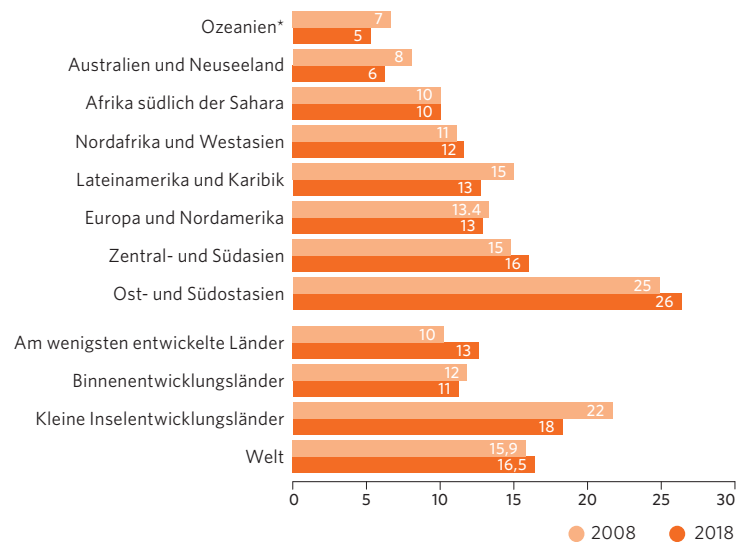


arbeitungsindustrie um jährlich fast 3 Prozent von 2010 bis 2016, was für eine Entkopplung der CO₂-Emissionen vom BIP-Wachstum spricht. Insgesamt wurden 2017 59 Milliarden Dollar aus öffentlichen Mitteln in die Wirtschaftsinfrastruktur von Entwicklungsländern investiert, ein reales Plus von 32,5 Prozent seit 2010. Auch bei der mobilen Vernetzung wurden beachtliche Fortschritte erzielt.

Trotz der jüngsten Fortschritte verläuft die Industrialisierung in den am wenigsten entwickelten Ländern immer noch zu schleppend, um die Zielvorgabe für 2030 zu erfüllen

Die Verarbeitungsindustrie wuchs 2018 in den Entwicklungs- und Industrieländern langsamer, größtenteils aufgrund neuer Handels- und Zollschranken, die Investition und Expansion hemmen. Dennoch nahm der Anteil der Wertschöpfung in der verarbeitenden Industrie am BIP weltweit leicht zu, von 15,9 Prozent (2008) auf 16,5 Prozent (2018); eine weitere Zunahme ist nicht in Sicht. In den am wenigsten entwickelten Ländern stieg der Anteil der industriellen Wertschöpfung zwischen 2015 und 2018 jährlich um 2,5 Prozent. Dennoch ist eine Verdoppelung dieses Anteils am BIP bis 2030 so nicht zu erreichen, weshalb beschleunigte Maßnahmen erforderlich sind. Die industrielle Produktivität ist in reichen und armen Ländern nach wie vor sehr unterschiedlich. So betrug 2018 die industrielle Wertschöpfung pro Kopf in den am wenigsten entwickelten Ländern nur 114 Dollar gegenüber 4.938 Dollar in Europa und Nordamerika.

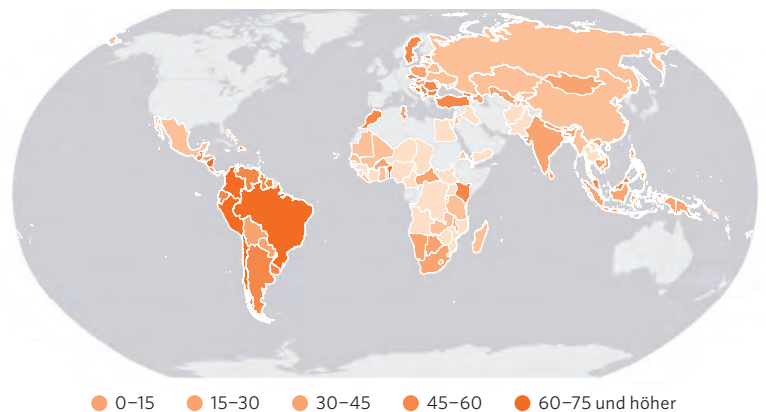
Anteil der industriellen Wertschöpfung am BIP – 2008 und 2018 (in Prozent)



Kleinunternehmen in den ärmsten Ländern fehlt der Zugang zu notwendigen Finanzdienstleistungen für Wachstum und Innovation

Die Kleinindustrie ist das Fundament der industriellen Entwicklung in den Entwicklungsländern. Mit relativ geringem Kapitalaufwand und überwiegend lokalen Arbeitskräften trägt die Kleinindustrie wesentlich zur unselbständigen und selbständigen Erwerbstätigkeit bei. Eine der größten Herausforderungen ist jedoch der Zugang zu Krediten oder Kreditlinien für das Tagesgeschäft. Die Unternehmen brauchen für ihr Wachstum eine angemessene Finanzierung für Innovationen, Effizienzsteigerungen, die Expansion in neue Märkte und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Weltweit haben 31,5 Prozent der Kleinindustriunternehmen (Fertigung und Dienstleistungen) Zugang zu Krediten oder Kreditlinien, jedoch mit großen regionalen Unterschieden. In Lateinamerika und der Karibik trifft dies auf mehr als die Hälfte aller Kleinunternehmen zu, in Afrika südlich der Sahara nur auf 20,7 Prozent.

Anteil der Kleinunternehmen in der verarbeitenden Industrie mit einem Kredit oder einer Kreditlinie, letzter bekannter Wert – 2009-2018 (in Prozent)

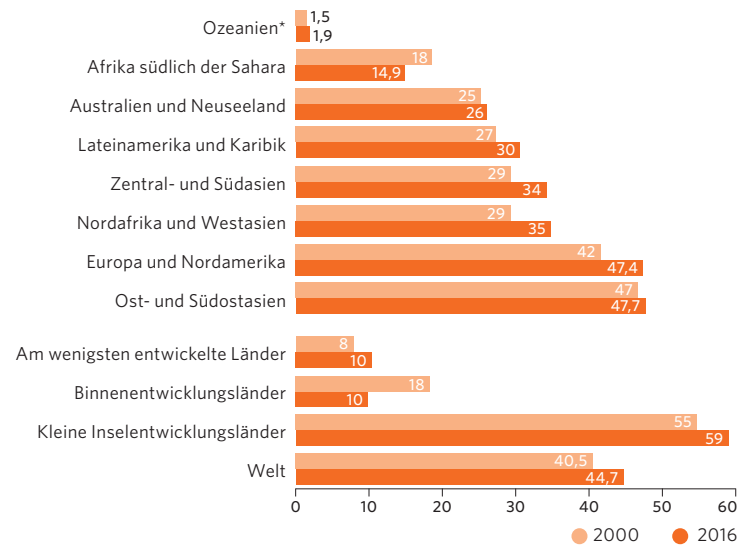


Weltweit wächst der Hochtechnologiesektor der Verarbeitungsindustrie, außer in Afrika südlich der Sahara

In den letzten Jahren hat sich die Verarbeitungsindustrie stetig von einem Sektor mit hoher Arbeitsintensität und niedrigem Technisierungsgrad zu einem Sektor mit mittelhohem bis hohem Technisierungsgrad entwickelt. Im Hochtechnologiesektor wird, häufig mit neuesten Technologien, eine breite Palette von Konsumgütern erzeugt, von Computern, Fernsehern und anderen Kommunikationsgeräten bis hin zu Haushaltsgeräten. Die Nachfrage nach solchen Produkten wächst tendenziell mit steigendem Einkommen.

Der Anteil des mittelhohen und des Hochtechnologiesektors an der gesamten industriellen Wertschöpfung stieg zwischen 2000 und 2016 von 40,5 auf 44,7 Prozent, allerdings mit großen regionalen Unterschieden. 2016 trugen Sektoren mit hohem Technisierungsgrad in Ost- und Südostasien sowie in Europa und Nordamerika zu über 47 Prozent zur gesamten industriellen Wertschöpfung bei. Dagegen lagen die Anteile in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) und Afrika südlich der Sahara nur bei 1,9 Prozent bzw. 14,9 Prozent. Im Gegensatz zu allen anderen Regionen ging südlich der Sahara der Anteil des mittelhohen und des Hochtechnologiesektors an der gesamten industriellen Wertschöpfung zwischen 2000 und 2016 sogar zurück.

Anteil des mittelhohen und des Hochtechnologiesektors an der gesamten industriellen Wertschöpfung – 2000 und 2016 (in Prozent)

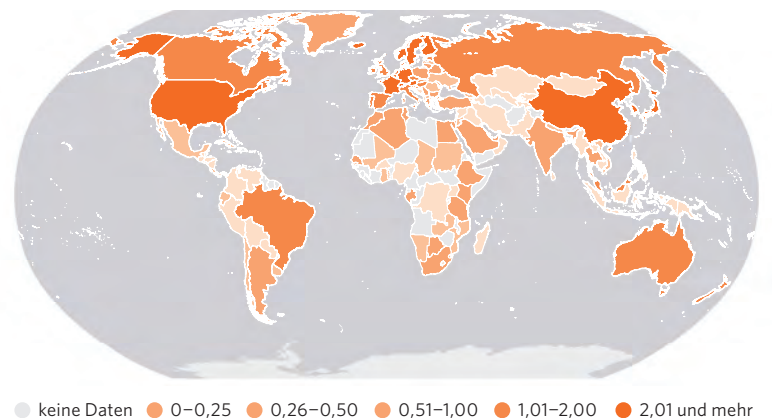


* ohne Australien und Neuseeland

Weltweit belaufen sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 2 Billionen Dollar pro Jahr, mit erheblichen Unterschieden zwischen den Ländern

Der Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) am globalen BIP stieg von 1,52 Prozent im Jahr 2000 auf 1,68 Prozent 2016, in absoluten Zahlen von 739 Milliarden auf 2 Billionen Dollar (Kaufkraftparität). Dies entspricht einem durchschnittlichen inflationsbereinigten Jahreszuwachs von 4,3 Prozent. Zwischen den Regionen bestehen jedoch große Unterschiede. In Europa und Nordamerika wurden 2016 2,21 Prozent des BIP für FuE ausgegeben, verglichen mit 0,42 Prozent in Afrika südlich der Sahara und 0,83 Prozent in Westasien. Diese Unterschiede zeigen, dass in den Entwicklungsregionen weiterhin eine starke politische Unterstützung für mehr Investitionen in FuE erforderlich ist.

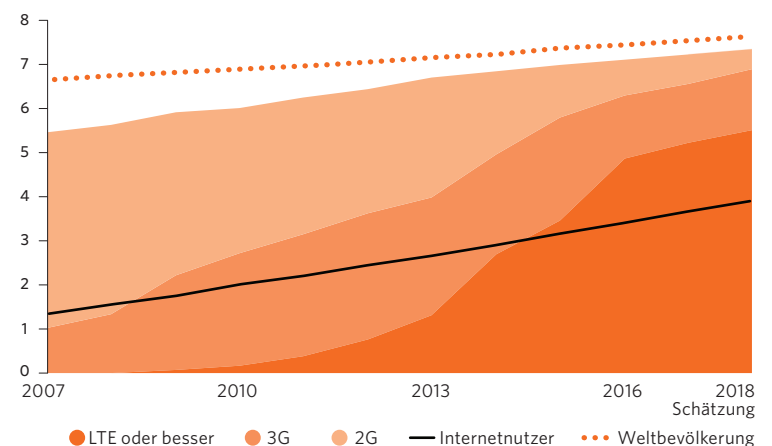
Bruttoinlandsaufwendungen für FuE als Anteil am BIP – 2016 oder letztes verfügbares Jahr



Fast alle Menschen haben heute potenziellen Zugang zu Mobilfunknetzen, aber nicht alle können sich diesen auch leisten

Breitband-Internet über Festnetz ist für viele Menschen nach wie vor unzugänglich. Mobilfunk und mobiles Breitband-Internet haben sich jedoch rasant ausgeweitet und erreichen mittlerweile fast die gesamte Weltbevölkerung. 2018 lebte 96 Prozent der Weltbevölkerung in Reichweite eines Mobilfunksignals und 90 Prozent hatte über ein Netz der dritten Generation (3G) oder ein höherwertiges Netz Zugang zum Internet. Innerhalb der Reichweite dieser Netze zu leben heißt jedoch nicht, dass alle sie auch nutzen können. Nach wie vor sind die Kosten für den Zugang zu Mobilfunknetzen und zum mobilen Breitband-Internet für viele, insbesondere für die am stärksten benachteiligten und gefährdeten Bevölkerungsgruppen, zu hoch. Tatsächlich nutzt derzeit nur knapp über die Hälfte der Weltbevölkerung das Internet, und in den am wenigsten entwickelten Ländern sind es noch deutlich weniger (etwa 20 Prozent).

Anzahl der Menschen in Reichweite eines Mobilfunknetzes, nach Technologie – 2007-2018 (in Milliarden)



Anmerkung: LTE (Long-Term Evolution) ist ein Standard für die drahtlose Hochgeschwindigkeitskommunikation, der schnellere Geschwindigkeiten als 3G-Technologien ermöglicht, aber nicht die technischen Kriterien eines 4G-Mobilfunknetzes erfüllt.



Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Die Ungleichheit in und zwischen Ländern gibt trotz Fortschritten in einigen Bereichen nach wie vor Anlass zur Sorge. In vielen Teilen der Welt geht die Einkommensschere weiter auf, auch wenn in den meisten Ländern das Einkommen der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung steigt. Es bedarf verstärkter Anstrengungen zur Verringerung von Einkommens- und anderen Ungleichheiten, wie beim Zugang zu Arbeitsmarkt und Handel. Insbesondere muss mehr getan werden, um den zollfreien Zugang für Exporterzeugnisse aus ärmeren Ländern zu er-



weitern und den am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselentwicklungsländern, die von präferenziellen Handelsregelungen profitieren möchten, technische Hilfe zu leisten.

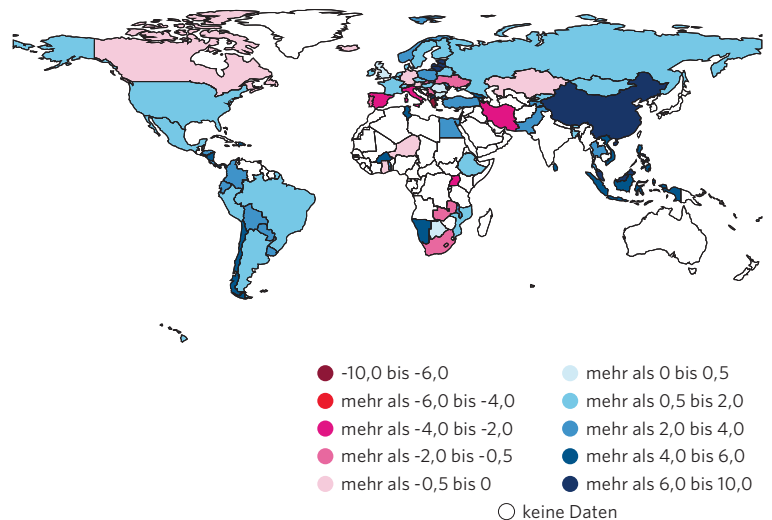
Unterschiedliche Fortschritte bei der Verteilung des Wohlstands innerhalb der Länder

Ein geeignetes Mittel um festzustellen, ob die Ärmsten eines Landes am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben, ist ein Vergleich des Anstiegs der Haushaltseinkommen (oder des Konsums) der ärmsten 40 Prozent mit dem der Gesamtbevölkerung. Dies gibt einen Hinweis darauf, ob der allgemeine Wohlstand eines Landes mit den unteren 40 Prozent auf der Einkommensskala geteilt wird.

Eine Analyse vergleichbarer Daten aus 92 Ländern (2011-2016) ergab ein uneinheitliches Bild. In 69 Ländern stieg zwar das Einkommen der ärmsten 40 Prozent, allerdings mit breiter Variation zwischen den Ländern. In 50 der 69 Länder wuchs das Einkommen der ärmsten 40 Prozent rascher als im nationalen Durchschnitt. Auffallend ist aber, dass auf diesen Teil der Bevölkerung immer noch weniger als 25 Prozent des Gesamteinkommens entfielen. In vielen Ländern fließt ein immer größerer Anteil des Einkommens den reichsten 1 Prozent zu.

Daten zum Haushaltseinkommen waren nur begrenzt verfügbar. Nur 13 Länder in Afrika südlich der Sahara verfügten über neuere Daten zum Einkommenswachstum, was auf die anhaltende Notwendigkeit hinweist, die Datenerhebungs- und Statistikkapazitäten aufzubauen und zu verbessern, insbesondere in den ärmsten Ländern.

Annualisiertes Pro-Kopf-Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung – 2011-2016 (in Prozent)



Reiche und arme Länder können gleichermaßen von Maßnahmen zur Förderung von Gleichheit und Inklusivität profitieren

Ein wichtiges Entwicklungsziel für viele Länder ist die Verringerung der Ungleichheit und die Förderung der sozialen Inklusion. Ein Indikator für relative Armut und Ungleichheit ist der Bevölkerungsanteil, dessen Einkommen weniger als 50 Prozent des Medians beträgt. Daten aus 110 Ländern mit hohem und niedrigem Einkommen zeigen, dass im Median 14 Prozent der Bevölkerung des Landes unterhalb dieser Schwelle lagen. Im Land mit der höchsten Ungleichverteilung waren es 26 Prozent, im Land mit der höchsten Gleichverteilung 3 Prozent. Aber hohe bzw. niedrige Ungleichheit findet sich in reichen ebenso wie in armen Ländern. Es besteht keine hohe Korrelation zwischen Einkommensungleichheit und Armut bzw. Wohlstand, und Maßnahmen zur Förderung von Gleichheit und Inklusivität sind überall gleichermaßen wichtig.

Länder mit hohem Anteil notleidender Kredite müssen die Gesundheit ihres Bankensektors im Auge behalten

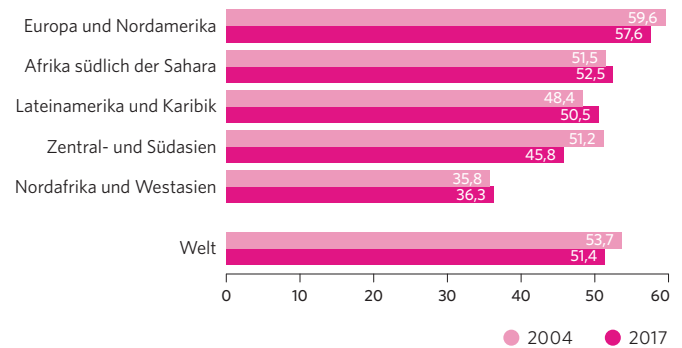
Die Stabilität des Finanzsystems eines Landes ist von wesentlicher Bedeutung für einen effizienten Ressourceneinsatz, die Steuerung von Risiken und die Erreichung makroökonomischer Ziele zum Wohle aller. Ein Maß für finanzielle Stabilität ist der Anteil notleidender Kredite am Gesamtkreditvolumen. Eine Analyse von 138 Ländern (2010-2017) ergab, dass in der Hälfte dieser Länder notleidende Kredite weniger als 5 Prozent des Gesamtkreditvolumens ausmachten. Mehr als ein Viertel dieser Länder wies 2017 einen höheren Anteil notleidender Kredite auf (10 Prozent oder mehr), vier davon sogar mehr als 30 Prozent. Ein hoher Anteil notleidender Kredite wirkt sich meist negativ auf die Profitabilität und das allgemeine wirtschaftliche Umfeld aus, mit möglichen Folgen für Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und andere Faktoren, die die Ungleichheit beeinflussen.

Weltweit sinkt der Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der nationalen Wirtschaftsleistung

Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen ist ein Indikator dafür, ob sich Wirtschaftswachstum längerfristig in höherem Einkommen für die Beschäftigten niederschlägt. Ein höheres Volkseinkommen kann zu einem verbesserten Lebensstandard führen, abhängig davon, wie es sich auf die Produktionsfaktoren – Arbeit, Kapital und Boden – verteilt.

Weltweit ist der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen (Lohnquote) seit 2004 rückläufig. Dieser Rückgang wurde durch die abrupte Abschwächung des BIP während der globalen Finanzkrise 2008-2009 vorübergehend umgekehrt. Hauptverantwortlich für die weltweit rückläufige Lohnquote waren Zentral- und Südasien sowie Europa und Nordamerika. Zwischen 2004 und 2017 sank die bereinigte Lohnquote in Zentral- und Südasien um mehr als 5 Prozentpunkte (von 51,2 auf 45,8 Prozent) und in Europa und Nordamerika um 2 Prozentpunkte (von 59,6 auf 57,6 Prozent). In Lateinamerika und Nordafrika und Westasien

Lohnquote – 2004 und 2017 (in Prozent)



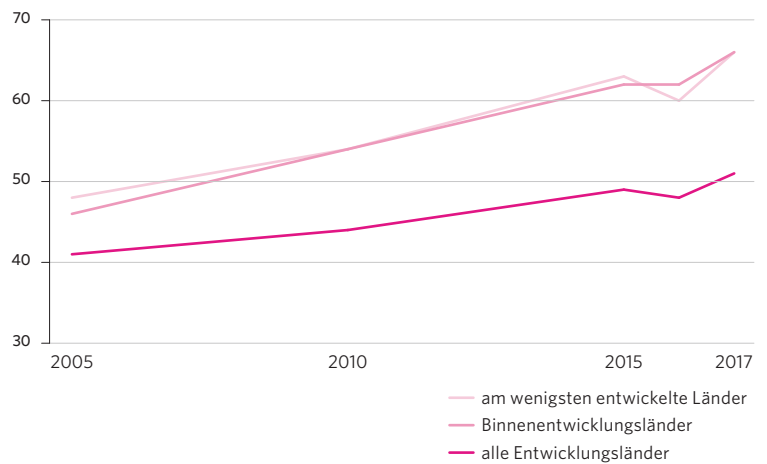
der Karibik stieg die Quote hingegen im selben Zeitraum von 48,4 auf 50,5 Prozent.

Länder mit niedrigem Einkommen profitieren weiter von präferenziellen Handelsregelungen

Der zollfreie Zugang für Ausfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern, den kleinen Inselentwicklungsländern und den Entwicklungsländern allgemein nahm weiter zu. Die am wenigsten entwickelten Länder profitierten am meisten: Von 2016 bis 2017 stieg der Anteil der Exporterzeugnisse, auf die keine Zölle erhoben wurden, um 5,5 Prozentpunkte auf 65,6 Prozent. Inzwischen gelten Zollbefreiungen für ca. 51 Prozent der Ausfuhren aus Entwicklungsregionen.

Auf Sektorebene ergaben sich Verbesserungen für die am wenigsten entwickelten Länder primär aufgrund vermehrter Zollfreiheit für Agrar- und Industrieerzeugnisse (Anstieg um 7,3 bzw. 5,4 Prozentpunkte). Jedoch tritt die Wirkung der Zollbegünstigung für Ausfuhren dieser und anderer Entwicklungsländer nicht automatisch beim Grenzübertritt ein. Die Exporteure müssen die Vorschriften zum Ursprungsnachweis erfüllen, um eine Zollbegünstigung zu erlangen. Da die Verfahren für kleine und mittlere Unternehmen kostspielig und zeitaufwendig sein können, sind diese oft weniger motiviert, eine Präferenzbehandlung zu beantragen.

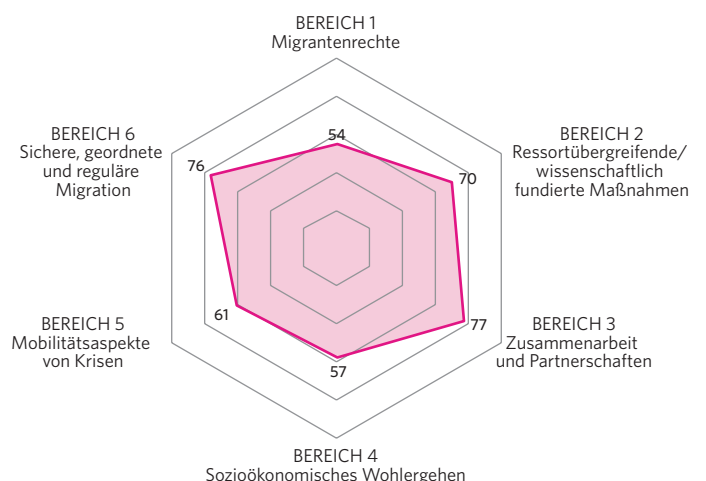
Anteil der Zolltariflinien, bei denen Importe aus Entwicklungsländern, am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselentwicklungsländern von Zöllen befreit sind – 2005-2017 (in Prozent)



Maßnahmen zur Erleichterung einer geordneten, sicheren, regulären und verantwortungsvollen Migration sind weit verbreitet, aber keineswegs allgemeine Praxis

In den meisten Ländern gibt es eine Politik für eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen. Dennoch sind in den sechs Politikbereichen dieses Indikators erhebliche Unterschiede festzustellen. Mehr als die Hälfte der 105 Länder, für die Daten vorliegen, verfügt für jeden Bereich über ein umfassendes Bündel migrationspolitischer Maßnahmen, das heißt den Angaben zufolge für zumindest 80 Prozent der Unterkategorien jedes dieser Bereiche. In den Bereichen Migrantenrechte und sozioökonomisches Wohlergehen bestehen die größten Lücken – hier mangelt es über 40 Prozent der Länder an einem umfassenden Maßnahmenpaket. Maßnahmen zur Förderung von Zusammenarbeit und Partnerschaften und zur Erleichterung einer sicheren, geordneten und regulären Migration sind am weitesten verbreitet; in mehr als drei Viertel der Länder gibt es hierzu breitgefächerte Maßnahmen.

Regierungen, die politische Maßnahmen zur Erleichterung einer geordneten, sicheren, regulären und verantwortungsvollen Migration und Mobilität von Menschen getroffen haben, nach Politikbereichen – 2019 (in Prozent)



Anmerkung: Basierend auf vorläufigen Daten für 105 Länder (Stand: 17. Mai 2019).

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten



Weltweit nimmt die Verstädterung zu. Seit 2007 lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Dieser Anteil wird bis 2030 wohl auf 60 Prozent steigen. Als Triebkräfte des Wirtschaftswachstums tragen Städte und Ballungsräume rund 60 Prozent zum globalen BIP bei. Andererseits verursachen sie aber auch etwa 70 Prozent der globalen CO₂-Emissionen und verbrauchen über 60 Prozent der Ressourcen. Die rasante Verstädterung führt zu immer mehr Slumbewohnern, einer Überlastung der Infrastruktur und Grundversorgung (wie Abfallentsorgung, Wasser- und Sanitärversorgung, Straßen und Verkehrssysteme), zunehmender Luftverschmutzung und ungeplanter

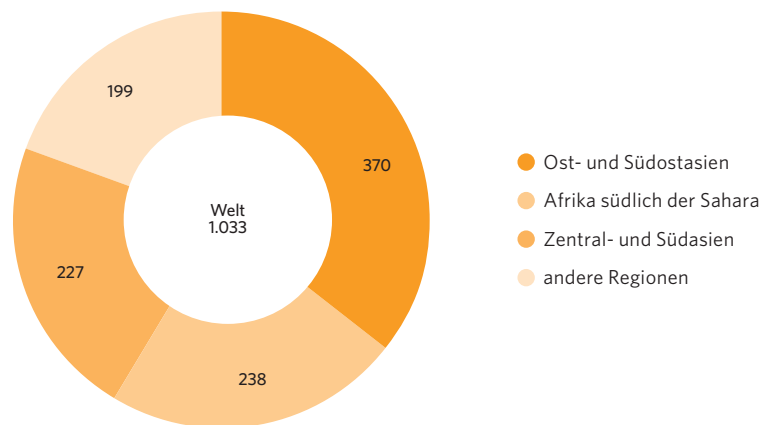
Zersiedelung. Zur Bewältigung dieser Probleme haben 150 Länder eine nationale Städtepolitik entwickelt; fast die Hälfte ist bereits in der Umsetzungsphase. Bei bestmöglicher Umsetzung dieser Pläne wird das Wachstum der Städte nachhaltiger und inklusiver sein.

Städte und Bevölkerung wachsen schneller, als angemessener und bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird

Von 2000 bis 2014 sank der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner weltweit um 20 Prozent, von 28 auf 23 Prozent. Dieser positive Trend hat sich jüngst umgekehrt; 2018 stieg der Wert auf 23,5 Prozent. Die absolute Zahl der Menschen, die in Slums oder informellen Siedlungen leben, erhöhte sich auf über 1 Milliarde. 80 Prozent davon finden sich in drei Regionen: Ost- und Südostasien (370 Millionen), Afrika südlich der Sahara (238 Millionen) und Zentral- und Südostasien (227 Millionen). Bis 2030 werden schätzungsweise 3 Milliarden Menschen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum benötigen.

Die Zahl der Slumbewohner steigt deswegen an, weil die Verstädterung und die Bevölkerungszahlen schneller wachsen, als neuer erschwinglicher Wohnraum geschaffen wird. Menschenwürdiges Wohnen ist ein Menschenrecht. Mangelt es daran, dann mangelt es in den Städten auch an Gerechtigkeit und Inklusion, Gesundheit und Sicherheit und Möglichkeiten der Existenzsicherung. Es bedarf vermehrter politischer Aufmerksamkeit und erhöhter Investitionen, um bis 2030 bezahlbaren und angemessenen Wohnraum für alle zu sichern.

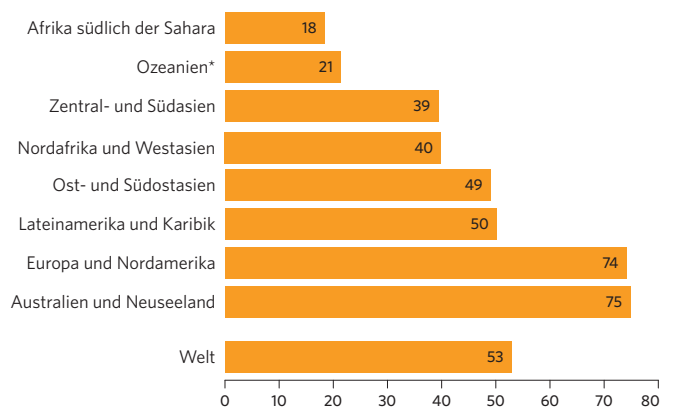
Stadtbewohner, die in Slums oder informellen Siedlungen leben – 2018 (in Millionen)



Der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln nimmt zu, aber in den Entwicklungsregionen sind schnellere Fortschritte erforderlich

Öffentliche Verkehrsmittel sind für Stadtbewohner unverzichtbar und fördern Wirtschaftswachstum und soziale Inklusion. Zudem trägt der öffentliche Verkehr bei immer stärkerem Zuzug in städtische Gebiete zur Milderung von Luftverschmutzung und Klimawandel bei. Laut Daten aus 227 Städten in 78 Ländern hatten 2018 53 Prozent der Stadtbewohner einen bequemen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln (bis zu 500 Meter Fußweg zu einer Bushaltestelle/einem Verkehrsmittel mit niedriger Beförderungskapazität oder 1.000 Meter zu einer Bahn oder Fähre). In den meisten Regionen stieg die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel von 2001 bis 2014 um fast 20 Prozent. Afrika südlich der Sahara hinkt allerdings hinterher; dort hatte 2018 nur 18 Prozent der Bevölkerung bequemen Zugang. In einigen schlecht versorgten Regionen sind informelle und oft verlässliche Verkehrsmittel weit verbreitet. Es bedarf verstärkter Anstrengungen, um allen Menschen Zugang zu nachhaltigen Verkehrsmitteln zu verschaffen, insbesondere für sozial schwächere Gruppen wie Frauen, Kinder, Ältere und Menschen mit Behinderungen.

Anteil der Bevölkerung mit bequemen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln – 2018 (in Prozent)



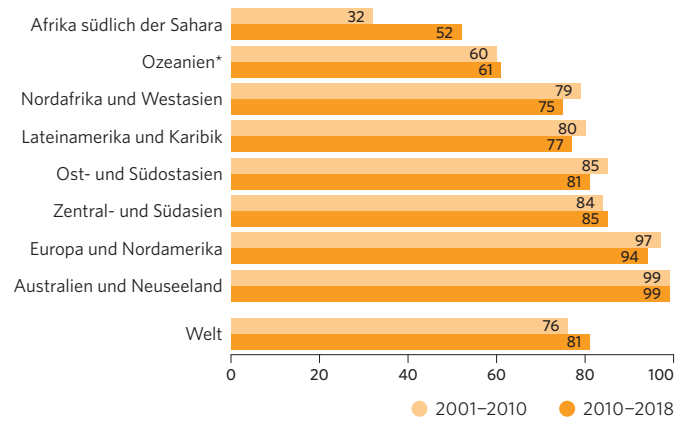
* ohne Australien und Neuseeland

Das Anwachsen der Siedlungsabfälle macht vermehrte Investitionen in die städtische Infrastruktur erforderlich

Nach Daten von 2010 bis 2018 gab es weltweit für 2 Milliarden Menschen keine Sammlung und für 3 Milliarden keine kontrollierte Entsorgung von Abfällen. Mit zunehmender Verstädterung, steigendem Einkommensniveau und stärkerer Konsumorientierung der Volkswirtschaften wird sich das Problem nur noch verschärfen. Die Gesamt- abfallmenge weltweit wird sich von fast 2 Milliarden Tonnen 2016 auf voraussichtlich rund 4 Milliarden Tonnen 2050 verdoppeln.

Der Anteil der regelmäßig gesammelten Festabfälle stieg von 76 Prozent (2001-2010) auf 81 Prozent (2010-2018). Das bedeutet aber nicht, dass sie auch sachgerecht entsorgt wurden. In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen wird kommunaler Abfall vielfach auf offenen Müllhalden entsorgt, die zur Luft-, Wasser- und Boden- verschmutzung beitragen, insbesondere durch Plastikmüll, und Treib- hausgase wie Methan ausstoßen. In weiten Teilen der Welt muss drin- gend in Abfallwirtschaftsanlagen investiert werden, um den Umgang mit festen Abfällen zu verbessern.

Anteil der festen Siedlungsabfälle, die gesammelt werden – 2001-2010 und 2010-2018 (in Prozent)



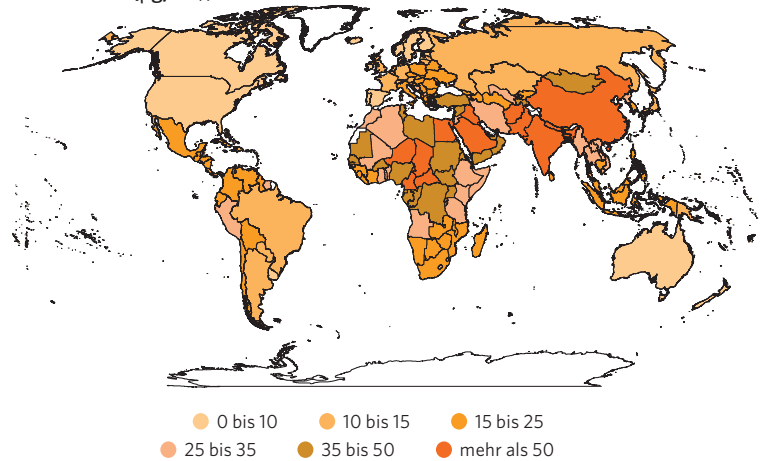
* ohne Australien und Neuseeland

In zu vielen Städten ist Luftverschmutzung ein unvermeidbares Gesundheitsrisiko

2016 atmeten 90 Prozent aller Stadtbewohner verschmutzte Luft, d. h. Luft, bei der die Jahresmittelwerte für Feinstaubpartikel (PM_{2,5}) über dem Luftqualitätsstandard der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von höchstens 10 Mikrogramm pro Kubikmeter lagen. Mehr als die Hälfte dieser Menschen waren von einer Luftverschmutzung betroffen, die mindestens 2,5-mal so hoch war wie der WHO-Standard. Die Luftqualität verschlechterte sich von 2010 bis 2016 für mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung. In Zentral- und Südasien und Afrika südlich der Sahara nahm die Feinstaubkonzentration am stärksten zu.

2016 entsprach in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen die Luftqualität in 97 Prozent der Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern nicht den Richtwerten, gegenüber 49 Prozent in Ländern mit hohem Einkommen. Die durch Verkehr, Industrie, Stromerzeugung, die Verbrennung von Abfällen und Brennstoffen im Haushalt verursachte Verschmutzung der Außenluft gefährdet zusammen mit der Raum- luftverschmutzung die menschliche Gesundheit und die Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels. Mehr als 90 Prozent der durch Luftverschmutzung verursachten Todesfälle treten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen auf, primär in Asien und Afrika.

Jährliches Aufkommen von Feinstaubpartikeln (PM_{2,5}) in der Außenluft städtischer Gebiete, gewichtet nach Bevölkerung (in Mikrogramm je Kubikmeter (µg/m³))

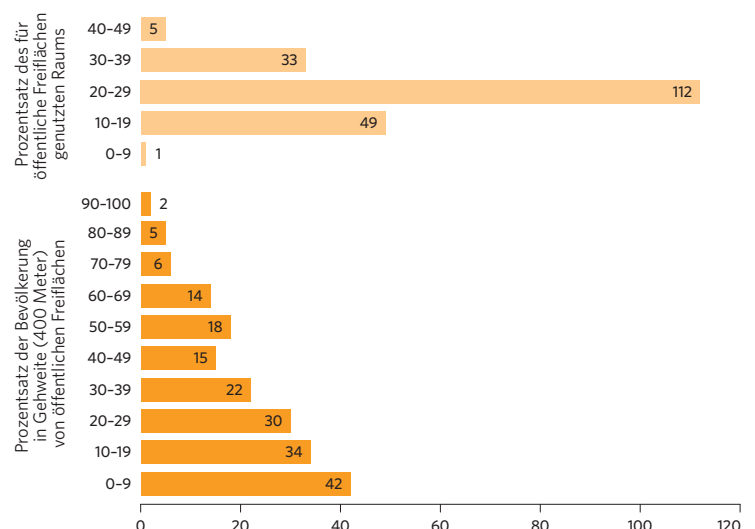


Öffentliche Freiflächen sorgen für mehr Inklusivität, sind aber für viele Stadtbewohner nicht zu Fuß erreichbar

Ein Raster aus Straßen und öffentlichen Räumen bildet das verbindende Grundgerüst jeder Stadt. Sind öffentliche Räume unzureichend, schlecht konzipiert oder in privater Hand, verstärkt dies die Segregation. Investitionen in Straßennetze und öffentliche Freiflächen verbessern die Produktivität, die Lebensgrundlagen und den Zugang zu Märkten, Arbeitsplätzen und öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere in Ländern, in denen mehr als die Hälfte der städtischen Erwerbstätigen einer informellen Beschäftigung nachgeht.

Nach Daten von 2018 für 220 Städte in 77 Ländern sind in nur wenigen Städten systematisch geplante öffentliche Freiflächen vorhanden, die für alle Bewohner leicht zugänglich sind. Der Anteil der Bevölkerung in Gehweite (bis zu 400 Metern) zu einer öffentlichen Freifläche liegt bei durchschnittlich etwa 31 Prozent, wobei die Schwankungsbreite zwischen den Städten sehr groß ist (5 bis 90 Prozent). Ein niedriger Wert bedeutet nicht unbedingt, dass es zu wenige öffentliche Freiflächen gibt, sondern vielmehr, dass diese ungleichmäßig verteilt sind.

Verteilung der Städte nach Prozentsatz des für öffentliche Freiflächen genutzten Raums und der in Gehweite (400 Meter) davon lebenden Bevölkerung – 2018 (Anzahl der Städte)



Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Mit dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der letzten 100 Jahre ist eine Umweltzerstörung einhergegangen, die genau die Systeme gefährdet, von denen unsere künftige Entwicklung und letztlich unser Überleben abhängen. Weltweit setzen wir immer mehr natürliche Ressourcen für unsere Wirtschaftstätigkeit ein. Da die Effizienz des Ressourceneinsatzes global unverändert bleibt, ist noch keine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourceneinsatz festzustellen. Weltweit entsteht immer mehr Abfall. Etwa ein Drittel der jährlich für den menschlichen Konsum erzeugten Lebensmittel geht verloren oder wird verschwendet, größtenteils in den entwickelten Ländern. Es muss umgehend gehandelt werden, damit der der-

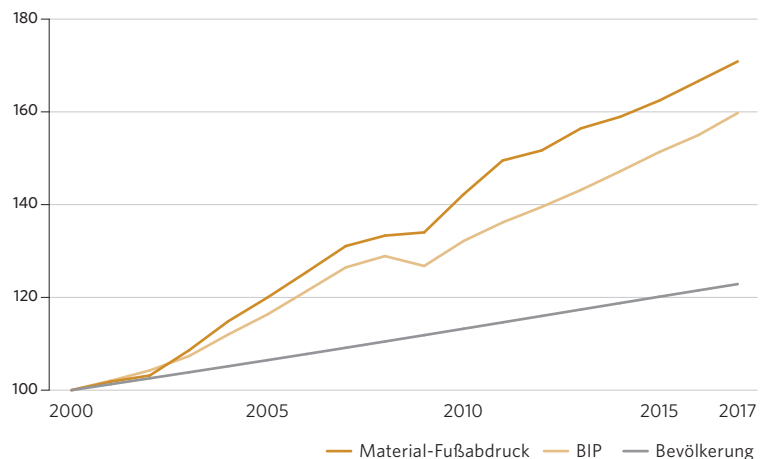


zeitige Materialhunger nicht zu übermäßigem Ressourcenabbau und weiterer Umweltschädigung führt, etwa indem Maßnahmen ergriffen werden, die die Ressourceneffizienz verbessern, die Abfallmenge verringern und nachhaltige Praktiken in allen Wirtschaftssektoren zur Selbstverständlichkeit machen.

Der menschliche Material-Fußabdruck muss weltweit kleiner werden

Der „Material-Fußabdruck“ bezeichnet die Menge der gewonnenen Rohstoffe, die zur Deckung der Endnachfrage eingesetzt werden. Er ist ein Maß für die Belastung, der die Umwelt ausgesetzt wird, damit die Wirtschaft wächst und die materiellen Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden. Der globale Material-Fußabdruck hat sich seit 1990 von 43 Milliarden Tonnen auf 54 Milliarden (2000) und 92 Milliarden (2017) vergrößert – also um 70 Prozent seit 2000 und 113 Prozent seit 1990. Seit 2000 hat sich der Abbau natürlicher Ressourcen beschleunigt. Ohne konzertierte politische Maßnahmen wird er bis 2060 wohl auf 190 Milliarden Tonnen steigen. Zudem wächst der Material-Fußabdruck schneller als die Bevölkerung und die Wirtschaftsleistung. Global hat sich also das Wachstum des Material-Fußabdrucks weder vom Bevölkerungs- noch vom BIP-Wachstum abgekoppelt. Diesen Trend müssen wir dringend umkehren.

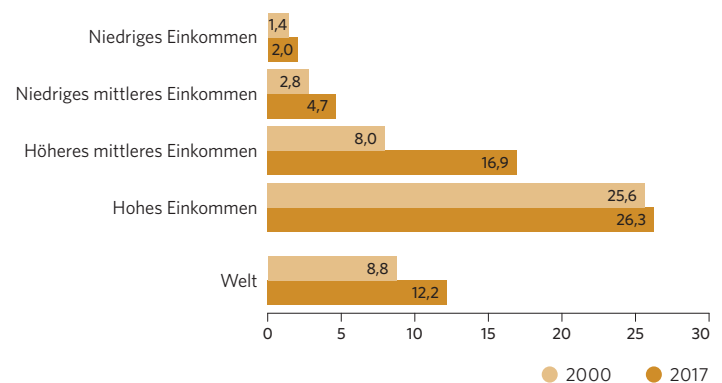
Wachstum von Bevölkerung, Material-Fußabdruck und BIP – 2000-2017 (Basiswert 2000=100)



Der Lebensstil in den reichsten Ländern fußt in hohem Maß auf Ressourcen aus ärmeren Ländern

Auch der Material-Fußabdruck pro Kopf hat sich erschreckend rasch vergrößert. Während 1990 etwa 8,1 Tonnen an natürlichen Ressourcen verbraucht wurden, um die Bedürfnisse eines einzelnen Menschen zu decken, waren es 2017 bereits 12,2 Tonnen, 50 Prozent mehr. In Ländern mit hohem Einkommen war der Wert mit etwa 27 Tonnen pro Kopf um 60 Prozent höher als in den Ländern mit höherem mittlerem Einkommen (17 Tonnen pro Kopf) und mehr als 13-mal so hoch wie in den Ländern mit niedrigem Einkommen (2 Tonnen pro Kopf). Der Material-Fußabdruck der Länder mit hohem Einkommen ist größer als ihr Inlandsmaterialverbrauch, ein Zeichen dafür, dass ihr Konsum auf Rohstoffen basiert, die sie aus anderen Ländern beziehen. Pro Kopf verbrauchen die Länder mit hohem Einkommen 9,8 Tonnen an Primärstoffen, die anderswo auf der Welt gewonnen werden.

Material-Fußabdruck pro Kopf – 2000 und 2017 (in Tonnen)



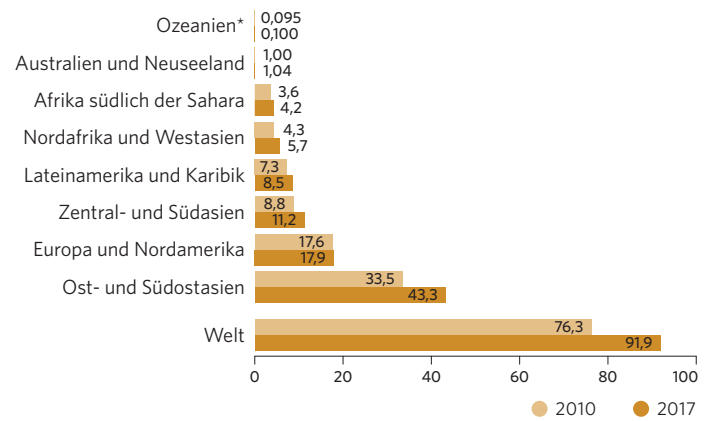
Die Ressourceneffizienz steigt nicht rasch genug

Der Inlandsmaterialverbrauch (IMV) misst die Gesamtmaterialmenge, die eine Volkswirtschaft direkt zur Deckung der in- und ausländischen Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen einsetzt. Auf globaler Ebene entspricht der IMV dem Material-Fußabdruck und lag 2017 bei 92 Milliarden Tonnen. Von 2010 bis 2017 stieg der IMV überall auf der Welt, besonders eklatant jedoch in Ost- und Südostasien, wo 2017 rund 10 Milliarden Tonnen mehr verbraucht wurden als 2010, was etwa zwei Dritteln des weltweiten Anstiegs entspricht.

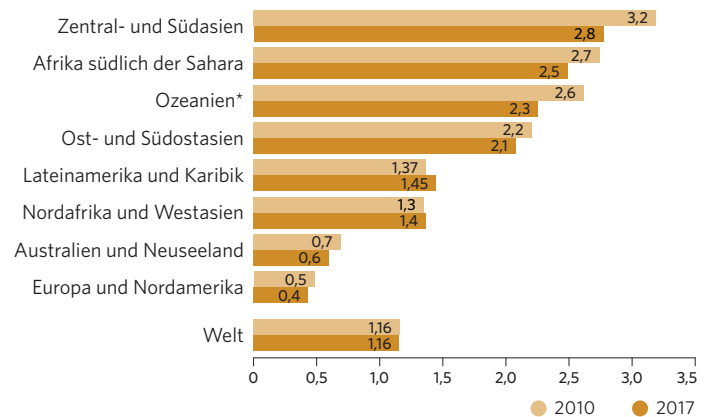
Der höhere Anteil Ost- und Südostasiens und anderer Schwellenländer am globalen IMV ist auf zwei Trends zurückzuführen: einerseits auf den Aufbau neuer Infrastrukturen in Schwellen- und Transformationsländern, was künftig für viele Entwicklungsländer gelten dürfte, andererseits auf die Auslagerung material- und energieintensiver Produktionsstufen aus Hoheinkommensländern in Länder mit niedrigerer Ressourceneffizienz. Diese Verlagerung bedeutet, dass mehr natürliche Ressourcen benötigt werden, um die gleiche Produktionsleistung zu erzielen.

Da sich diese Verlagerung rascher vollzog als die Steigerung der Ressourceneffizienz einzelner Länder, stagnierte die Materialintensität – der Inlandsmaterialverbrauch je BIP-Einheit – von 2010 bis 2017 bei durchschnittlich 1,16 kg pro Dollar. 2017 erzielten die entwickelten Länder mit etwa einem Fünftel des Ressourcenverbrauchs der Entwicklungsländer die gleiche Wirtschaftsleistung. Während die Materialintensität zwischen 2010 und 2017 in vielen Regionen sank, was auf Fortschritte in Richtung auf die relative Entkopplung von Wirtschaftsleistung und IMV hindeutet, stieg sie in anderen Regionen an, sodass der Wert global unverändert blieb. In Afrika südlich der Sahara, Zentral- und Südasiens und Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) wurden gute Fortschritte erzielt, vor allem aufgrund von BIP-Zuwächsen.

Inlandsmaterialverbrauch nach Region – 2000 und 2017 (in Milliarden Tonnen)



Inlandsmaterialverbrauch je BIP-Einheit, nach Region – 2010 und 2017 (in Kilogramm pro Dollar)



* ohne Australien und Neuseeland

Nachhaltigere Konsum- und Produktionsmuster bringen alle Nachhaltigkeitsziele voran

Der Übergang zu nachhaltigen und resilienten Gesellschaften hängt letztendlich von einem verantwortungsvollen Umgang mit den endlichen natürlichen Ressourcen der Erde ab. Ein fundamentaler Wechsel zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern bedarf gut konzipierter nationaler Politikrahmen und -instrumente. 2018 erstatteten 71 Länder und die Europäische Union über insgesamt 303 solcher Rahmen und Instrumente Bericht.

Eine Pilotstudie von 262 Politikrahmen und -instrumenten ergab, dass der potenzielle wirtschaftliche Nutzen nachhaltiger Konsum- und Produktionsprozesse zwar allgemein anerkannt ist, ihr gesellschaftlicher

Nutzen aber nach wie vor weitgehend übersehen und selten in die Politikziele einbezogen oder gemessen wird. Wirkungsanalysen betrachteten bei 63 Prozent der Politikrahmen und -instrumente die Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung, bei 45 Prozent die Abfallreduzierung und bei 43 Prozent die Treibhausgasemissionen. Die Auswirkungen auf Gesundheit und auf Geschlechtergleichstellung wurden in nur 11 bzw. 7 Prozent der Fälle betrachtet. Um den Gesamtbeitrag nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster zur nachhaltigen Entwicklung zu verstehen und entsprechende Unterstützung für eine Transformation zu mobilisieren, wird es unerlässlich sein, aufzuzeigen, dass diese Politiken alle Nachhaltigkeitsziele voranbringen.



Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Aufgrund der anhaltend steigenden Treibhausgaskonzentrationen schreitet der Klimawandel mit seinen weltweit sichtbaren Auswirkungen viel schneller voran als erwartet. Die globale Mitteltemperatur lag 2018 etwa 1 °C über dem vorindustriellen Niveau, und die letzten vier Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Der Meeresspiegel steigt immer rascher an.

Der Klimawandel ist das bestimmende Thema unserer Zeit und die größte Herausforderung für die nachhaltige Entwicklung. Die akkumulierenden Auswirkungen des Klimawandels beschleunigen ihn zugleich, sodass immer weniger Zeit bleibt, einen unkontrollierbaren Ausgang zu verhindern. Zur Vermeidung katastrophaler Folgen und unumkehrbarer Veränderungen muss die Erderwärmung auf 1,5 °C beschränkt werden. Dazu sind rasche und weitreichende Transformationen im Bereich Energie, Landnutzung, städtische Infrastruktur und Industriesysteme erforderlich.



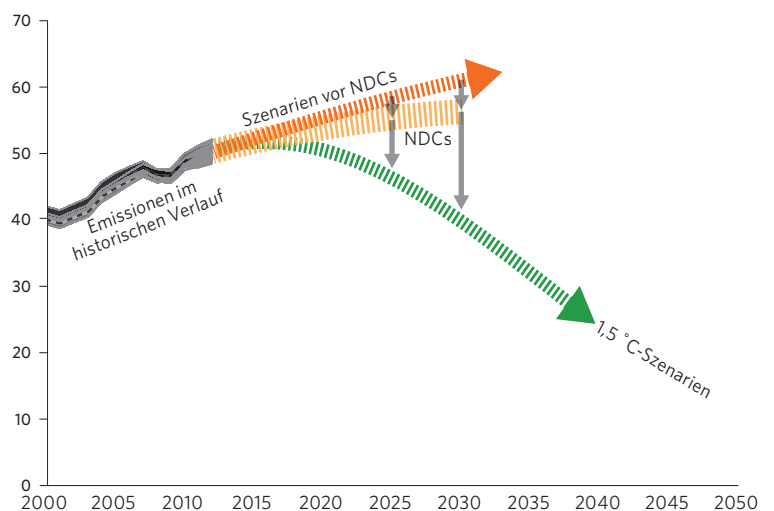
Zwar haben manche Länder mit „national festgelegten Beiträgen“ (NDCs) und einer Aufstockung der Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels Schritte in die richtige Richtung unternommen, es bedarf aber weitaus ehrgeizigerer Pläne und grundlegender Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Zugang zu Finanzmitteln und die Resilienz und Anpassungsfähigkeit müssen weitaus schneller erhöht werden, besonders für die am wenigsten entwickelten Länder und kleinen Inselentwicklungsländer.

Tiefgreifende Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen sind erforderlich, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern

2017 erreichte der CO₂-Gehalt der Atmosphäre 405,5 ppm (gegenüber 400,1 ppm 2015), was 146 Prozent des vorindustriellen Niveaus entspricht. Um die Erderwärmung auf 1,5 °C zu beschränken, müssen die steigenden Emissionen möglichst bald gestoppt und danach zügig abgesenkt werden. Bis 2030 muss der globale CO₂-Ausstoß gegenüber 2010 um beachtliche 45 Prozent schrumpfen und dann weiter stark sinken, um bis 2050 CO₂-Neutralität zu erreichen.

Bis Mai 2019 hatten 186 Vertragsparteien das Übereinkommen von Paris ratifiziert. Sie alle sollen aufeinanderfolgende NDCs (einschließlich klimapolitischer Ziele und Maßnahmen) erarbeiten. Ebenfalls bis Mai 2019 hatten 183 Vertragsparteien (182 Länder und die Europäische Kommission) dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) ihre ersten NDCs und eine Partei schon ihren zweiten NDC übermittelt. Die Vertragsparteien sind aufgefordert, bis 2020 ihre NDCs zu aktualisieren oder neue vorzulegen. Um die Ziele für 2030 zu erreichen, müssen die neuen NDCs weitaus ambitionierter ausfallen.

Treibhausgasemissionen bei Umsetzung der derzeitigen NDCs und in anderen Szenarien (Gigatonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr)



Anmerkung: Eine detailliertere Darstellung zeigt Abbildung 2 im aktualisierten Synthesericht des UNFCCC über die Gesamtwirkung der beabsichtigten national festgelegten Beiträge, 2. Mai 2016, in Englisch verfügbar unter http://unfccc.int/focus/indc_portal/items/9240.php.

Angesichts wachsender Klimarisiken entwickeln die Länder Strategien zur Katastrophenvorsorge

Der Klimawandel verschärft bereits jetzt das Katastrophenrisiko. Zwischen 1998 und 2017 gingen weltweit direkte wirtschaftliche Schäden in Höhe von fast 3 Billionen Dollar zu 77 Prozent auf das Konto klimabedingter Katastrophen. Im selben Zeitraum wurden etwa 1,3 Millionen Menschen durch klimabedingte und geophysikalische Katastrophen getötet. Der Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge 2015-2030 gibt klare Ziele und Prioritäten für Maßnahmen zur Verhinderung und Verringerung von Katastrophenrisiken vor. Seit seiner Annahme arbeiten die Länder daran, bis 2020 entsprechende

nationale und lokale Strategien zu erarbeiten und umzusetzen. Laut den jüngsten Berichten (2017-2018) aus 70 Ländern hatten 67 von ihnen Strategien im teilweisen Einklang mit dem Rahmen. Die größten Herausforderungen sind Investitionen zur Stärkung der Katastrophenresilienz sowie die Förderung der Politikkohärenz in Bezug auf Nachhaltigkeitsziele und Klimawandel. Viele Kommunalverwaltungen haben im Einklang mit nationalen Vorgaben lokale Strategien erarbeitet.

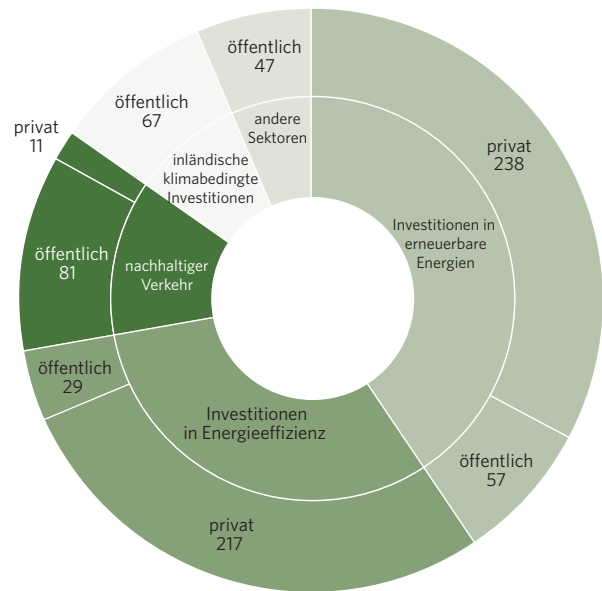
Die Klimaschutzfinanzierung hat zwar zugenommen, ist aber angesichts des Problems bescheiden und immer noch weitaus geringer als Investitionen in fossile Brennstoffe

Weltweit fließen mehr Gelder in den Klimaschutz, größtenteils in die Senkung der Treibhausgasemissionen. Ein relativ geringer Anteil davon dient der Hilfe zur Anpassung an den Klimawandel. Die dritte zweijährliche Bewertung durch den Ständigen Finanzausschuss des Sekretariats des UNFCCC zeigt einen Zuwachs der globalen Klimafinanzierung um 17 Prozent von 2013-2014 bis 2015-2016. Die geschätzte Obergrenze stieg von 584 Milliarden Dollar (2014) auf 680 Milliarden Dollar (2015) bzw. 681 Milliarden Dollar (2016). Der sprunghafte Anstieg von 2014 auf 2015 beruhte vor allem auf vermehrten Privatsektorinvestitionen in erneuerbare Energien, die weltweit den größten Anteil ausmachen.

Trotz ihres beträchtlichen Umfangs sind diese Finanzströme im Verhältnis zum Ausmaß des Problems und zu den breiteren globalen Investitionstrends relativ bescheiden. Zudem wird immer noch mehr in fossile Brennstoffe investiert (2016: 781 Milliarden Dollar).

Die Klimaschutzfinanzierung für die Entwicklungsländer stieg 2015 um 24 Prozent auf 33 Milliarden Dollar und 2016 um 14 Prozent auf 38 Milliarden Dollar. Die über die UNFCCC-Fonds und multilateralen Klimafonds fließenden Mittel beliefen sich 2015 und 2016 auf insgesamt 1,4 bzw. 2,4 Milliarden Dollar. Der Anstieg von 2015 auf 2016 ist auf die erhöhte Aktivität des Grünen Klimafonds zurückzuführen.

Globale Klimafinanzierung nach Sektoren im Zeitraum 2015-2016 (in Milliarden Dollar, auf Jahresbasis)

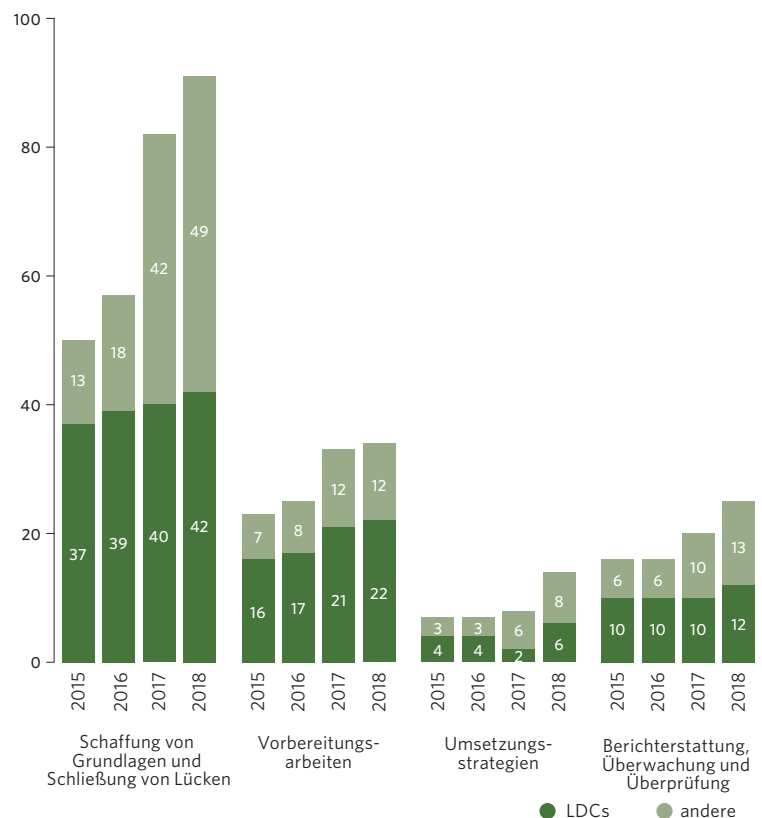


Mehr Länder arbeiten an Plänen zur Stärkung ihrer Widerstands- und Anpassungsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel

Viele Entwicklungsländer haben mit der Ausarbeitung und Umsetzung nationaler Anpassungspläne begonnen, um ihre Anfälligkeit gegenüber dem Klimawandel zu verringern und die entsprechenden Anpassungen in ihre nationale Entwicklungsplanung einzubringen. Die Pläne dienen zur Erreichung des globalen Anpassungsziels des Pariser Übereinkommens: Verbesserung der Anpassungsfähigkeit, Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Verringerung der Anfälligkeit gegenüber Klimaänderungen. 13 Länder, darunter vier am wenigsten entwickelte Länder, haben ihre fertigen Pläne dem UNFCCC vorgelegt, viele andere sind noch im Planungsstadium. Seit 2015 haben um 45 Prozent mehr Länder solche Pläne initiiert.

Zur Finanzierung der Planerstellung werden Mittel über den Grünen Klimafonds und den Fonds für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) bereitgestellt. Bis Mai 2019 hatten 75 Länder insgesamt 191 Millionen Dollar aus dem Grünen Klimafonds für solche Pläne und andere Anpassungsprozesse beantragt. Insgesamt 75 Millionen Dollar gingen an 28 Länder, zwei Drittel davon an am wenigsten entwickelte Länder, kleine Inselentwicklungsländer und Länder in Afrika. Weitere sieben Länder standen kurz vor der Zuerkennung von insgesamt 17 Millionen US-Dollar. Der LDC-Fonds genehmigte überdies neun Projektvorschläge für nationale Anpassungspläne. Die Sachverständigengruppe für die am wenigsten entwickelten Länder und andere im Rahmen des UNFCCC eingerichtete Organe beraten und unterstützen die Entwicklungsländer bei der Planung. Seit 2014 wurden insgesamt 154 Unterstützungsmaßnahmen verzeichnet.

Fortschritte der Entwicklungsländer bei der Ausarbeitung und Umsetzung von nationalen Anpassungsplänen nach Prozessphase – 2015-2018





Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen



Ozeane sind lebenswichtig. Als größtes Ökosystem bedecken sie mehr als zwei Drittel der Erdoberfläche und versorgen Milliarden von Menschen mit Nahrung und Lebensgrundlagen. Sie produzieren etwa die Hälfte des von uns eingeatmeten Sauerstoffs und regulieren das Klima, indem sie Wärme aus der Atmosphäre und mehr als ein Viertel des vom Menschen verursachten CO₂ aufnehmen. Der jahrzehntelange Anstieg der CO₂-Emissionen hat jedoch zu einem Wärmestau in den Ozeanen geführt und ihre chemische Zusammensetzung verändert. Die nachteiligen Folgen wie Ozeanversauerung, Klimawandel (einschließlich des Anstiegs des Meeresspiegels), extreme Wetterereignisse und Küstenerosion verschlimmern die bereits bestehenden

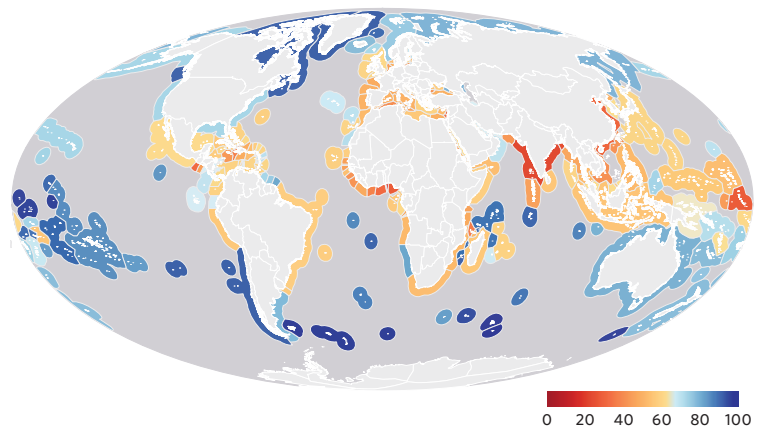
Bedrohungen der Meeres- und Küstenressourcen durch Überfischung, Verschmutzung und Zerstörung natürlicher Lebensräume. Schutzgebiete sowie politische Maßnahmen und Verträge, die eine verantwortungsvolle Nutzung der Ozeane fördern, sind zwingend notwendig, um diesen Bedrohungen zu begegnen.

Meeresverschmutzung vom Lande aus und Meeresmüll bedrohen Küsten, aber die Wasserqualität kann verbessert werden

Verschmutzung vom Lande aus, darunter Abwasser und Nährstoffverschmutzung, gefährdet Küstengebiete und führt zu Küsteneutrophierung, schlechterer Wasserqualität und Schädigung küstennaher Ökosysteme. Eine Analyse des Indikators für Wassersauberkeit, eines Messwerts für den Verschmutzungsgrad der Ozeane, zeigt, dass die Wasserqualität vielerorts, am akutesten aber in Äquatorzonen, insbesondere in Asien, Afrika und Zentralamerika, beeinträchtigt ist.

In fast allen Ländern gibt es ein Potenzial zur Verbesserung der Wasserqualität an ihren Küsten. Eine Trendanalyse für den Zeitraum 2012 bis 2018 zeigt, dass positive Veränderungen tatsächlich möglich sind: 104 von 220 Küstenregionen haben die Küstenwasserqualität über diesen Zeitraum verbessert. Derartige Verbesserungen erfordern einzelstaatliche Maßnahmen zur Erweiterung des Zugangs zur Abwasserbehandlung und zur Reduzierung der Verschmutzung durch Chemikalien und Nährstoffe aus der Landwirtschaft sowie eine globale Verpflichtung zur Eindämmung von Plastikmüll.

Wassersauberkeit in 220 Küstenregionen auf einer Skala von 0 (stark verschmutzt) bis 100 (sauber)

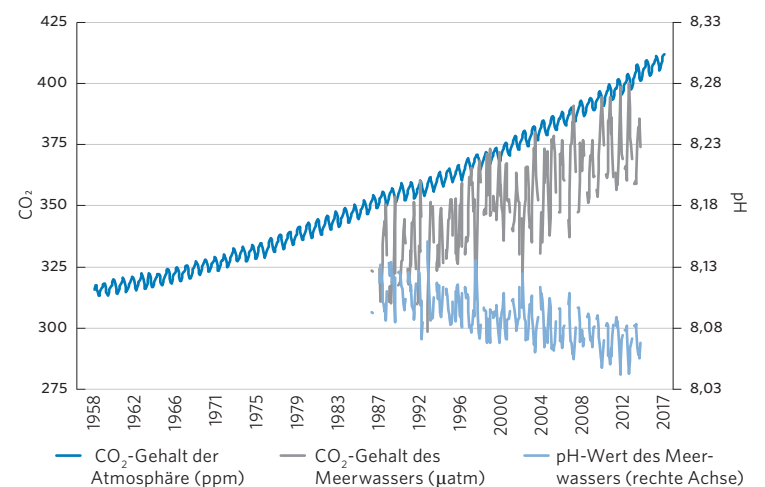


Die zunehmende Versauerung bedroht Meereslebewesen und hemmt den Beitrag der Ozeane zur Mäßigung des Klimawandels

Durch die Aufnahme von CO₂ aus der Atmosphäre verändert sich die sogenannte Karbonat-Chemie des Meerwassers, was zu einer Abnahme des pH-Werts (und zunehmender Ozeanversauerung) führt. Messungen des pH-Werts der Ozeane aus den vergangenen 30 Jahren zeigen eine Abnahme des Oberflächen-pH-Werts um 0,1 Einheiten. Dies entspricht einem Anstieg des Säuregehalts um 26 Prozent gegenüber der vorindustriellen Zeit. Bei unverändertem CO₂-Ausstoß ist ein Anstieg des Säuregehalts um 100 bis 150 Prozent bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu erwarten.

Die Ozeanversauerung bedroht Lebewesen und Ökosystemleistungen, einschließlich der Ernährungssicherung, durch die Gefährdung von Fischerei und Aquakultur. Sie beeinträchtigt auch den Schutz der Küsten (durch Schwächung der Korallenriffe), den Transport und den Tourismus. Mit ansteigendem Säuregehalt sinkt die Fähigkeit der Ozeane, CO₂ aufzunehmen und zur Mäßigung des Klimawandels beizutragen.

CO₂-Gehalt der Atmosphäre und des Meerwassers und pH-Wert des Meerwassers im Nordpazifik – 1958-2017 (in ppm, Mikroatmosphären [µatm] und pH)



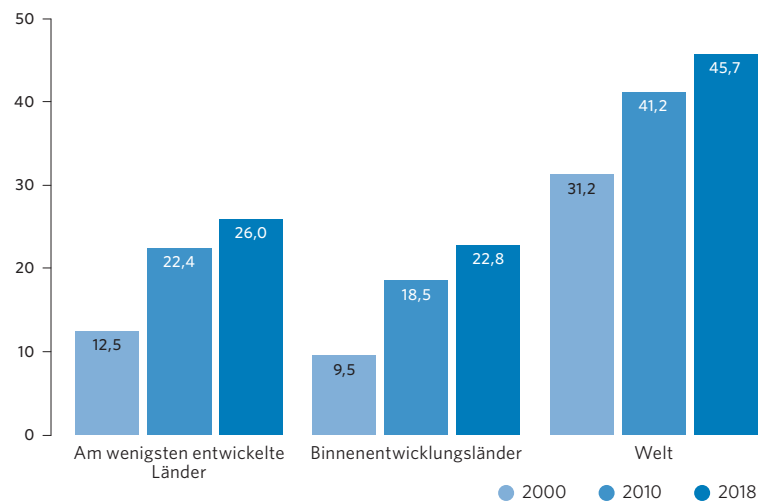
Anmerkung: Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre wurde auf dem Mauna Loa (Hawaii) gemessen. Der CO₂-Gehalt und der pH-Wert des Meerwassers wurden an der Aloha-Station nahe Hawaii gemessen. Daten aus dem NOAA-PMEL-CO₂-Programm, verfügbar unter www.pmel.noaa.gov/co2.

Die Fläche der Meeresschutzgebiete hat sich seit 2010 verdoppelt, aber zum Schutz der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete muss mehr getan werden

Schutzgebiete spielen eine entscheidende Rolle in der nachhaltigen Entwicklung, wenn sie effektiv verwaltet werden und in für die Biodiversität wichtigen Gebieten liegen. Im Dezember 2018 standen 17 Prozent der Meeresgebiete innerhalb der nationalen Hoheitsbereiche unter Schutz, was eine deutliche Verbesserung gegenüber 12 Prozent 2015 darstellt und mehr als doppelt so viel ist wie 2010. Auch der durchschnittliche Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiete, der unter Schutz steht, ist zwischen 2000 und 2018 von 31,2 auf 45,7 Prozent gestiegen.

Trotz dieser Fortschritte hat sich das Tempo, in dem diese Gebiete unter Schutz gestellt werden, verlangsamt und wird bis 2030 stagnieren, wenn sich der aktuelle Trend fortsetzt. Die Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder und kleinen Inselentwicklungsländer, halten nicht Schritt. Es bedarf verstärkter Anstrengungen zur Einrichtung neuer und zur besseren Verwaltung bestehender Meeresschutzgebiete.

Durchschnittlicher Anteil jedes für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiets, der unter Schutz steht – 2000, 2010 und 2018 (in Prozent)

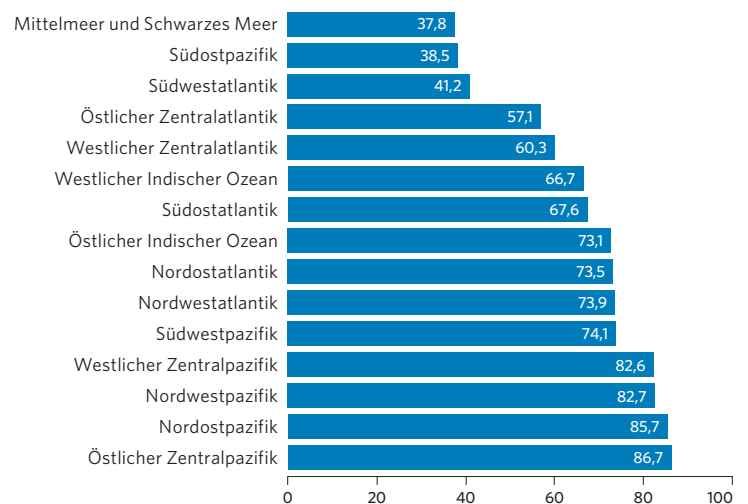


Der Rückgang der Fischbestände scheint abzuebben; nun müssen sie wieder aufgefüllt werden, insbesondere dort, wo sie stark dezimiert sind

Damit die Fischerei gesund und produktiv bleibt, müssen Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen gehalten werden. Überfischung senkt nicht nur die Nahrungsmittelproduktion, sondern beeinträchtigt auch die Funktionsfähigkeit der Ökosysteme und verringert die Artenvielfalt, zum Schaden von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Anteil mariner Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen sank weltweit von 1974 bis 2015 von 90 auf 67 Prozent. Dieser Abwärtstrend scheint jedoch seit 2008 abzuebben – ein ermutigendes Zeichen.

2015 wiesen das Mittelmeer und das Schwarze Meer den niedrigsten Anteil nachhaltiger Fischbestände auf (37,8 Prozent), direkt gefolgt vom Südostpazifik (38,5 Prozent). Hingegen wiesen der östliche Zentralpazifik und der Nordostpazifik den höchsten Anteil an Fischbeständen auf biologisch nachhaltigem Niveau auf (über 85 Prozent). Es bedarf gezielterer Anstrengungen, um überfischte Bestände wieder aufzufüllen, insbesondere in Regionen, wo sie stark dezimiert sind.

Anteil der Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen, nach Meeresregionen – 2015 (in Prozent)



Staaten haben wichtige Schritte gegen illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei unternommen

Illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei (IUU-Fischerei) ist nach wie vor eine der größten Bedrohungen für marine Ökosysteme. Rücksichtslose Wilderei in Fischereigründen führt oft zu deren Zusammenbruch, wodurch Existenzgrundlagen bedroht und Armut und Ernährungsunsicherheit verschlimmert werden. Die Kleinfischerei in Entwicklungsländern ist besonders bedroht. Die Länder haben eine Reihe internationaler Übereinkünfte ausgearbeitet, um die IUU-Fischerei zu bekämpfen. Das 2016 in Kraft getretene Übereinkommen über Hafenstaatmaßnahmen ist das erste verbindliche internationale Übereinkommen zur ausdrücklichen Bekämpfung der IUU-Fischerei. Bis März 2019 waren ihm 59 Staaten und die Europäische Union beigetreten. Die weltweite Durchführung des Übereinkommens wird, unterstützt durch wirksame Überwachung, Kontrolle und Aufsicht und ergänzt durch Marktzugangs- und Handelsmaßnahmen, die internationalen Anstrengungen zur Eindämmung der IUU-Fischerei stärken.

In den meisten Ländern gibt es Rahmenwerke, die den Bedürfnissen der Kleinfischerei Rechnung tragen; ihre Umsetzung ist der nächste entscheidende Schritt

In fast allen Ländern gibt es Kleinfischerei, und in Entwicklungsländern macht diese mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion aus, sowohl mengen- als auch wertmäßig. Die Existenzgrundlagen von etwa 120 Millionen in der Kleinfischerei tätigen Menschen, von denen 97 Prozent in Entwicklungsländern leben, hängen direkt von den Wertschöpfungsketten der kommerziellen Fangfischerei ab. Fast die Hälfte von ihnen sind Frauen. Trotz ihres wichtigen Beitrags zur Ernährung und Ernährungssicherheit und zur lokalen Existenzsicherung sind viele Kleinfischereigemeinden nach wie vor marginalisiert.

Die meisten Länder haben gezielte regulatorische und institutionelle Rahmenwerke entwickelt, die den in der Fischerei Tätigen Zugang zu Produktionsmitteln, Dienstleistungen und Märkten verschaffen. In vielen Ländern werden sie in hohem Maße umgesetzt, aber mehr als ein Fünftel der Länder, insbesondere in Ozeanien und Zentral- und Südasien, vermelden einen niedrigen bis mittleren Umsetzungsgrad.



Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen



Menschliche Aktivitäten untergraben weiter die Gesundheit der Ökosysteme. Der Waldverlust verlangsamt sich, ist aber nach wie vor alarmierend. Laut einem aktuellen Bericht der Vereinten Nationen sind eine Million Pflanzen- und Tierarten vom Aussterben bedroht. Etwa 20 Prozent der Landfläche der Erde sind zwischen 2000 und 2015 verödet. Viele Länder ergreifen Maßnahmen, um diese wertvollen Ressourcen zu erhalten, wiederherzustellen und nachhaltig zu nutzen.

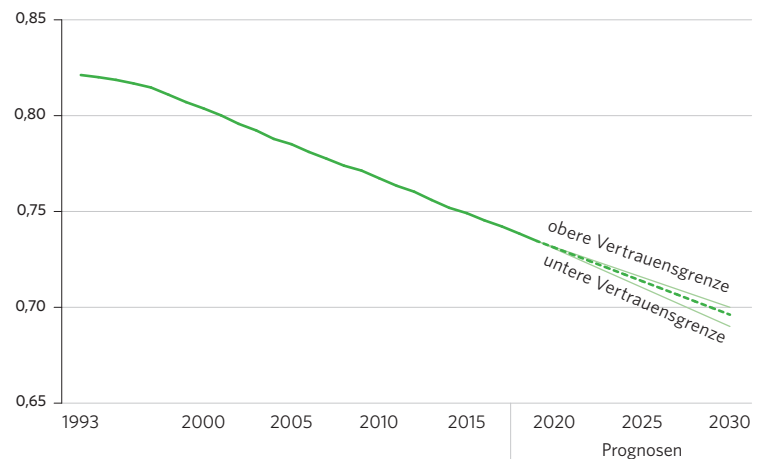
Sie schaffen Rechtsinstrumente, um den Nutzen aus genetischen Ressourcen fair aufzuteilen, mehr Gebiete zu schützen und Pläne für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung umzusetzen. Diese Maßnahmen müssen jedoch dringend ausgeweitet werden. Der Ernst der Lage erfordert sofortiges Handeln und ein von Grund auf anderes Verhältnis zur Erde, um den Artenschwund aufzuhalten und die Ökosysteme zum Wohle aller zu schützen.

Der immer schnellere Artenschwund erfordert Notfallmaßnahmen

Die Biodiversität schwindet immer rascher. Wir steuern auf eine unumkehrbare Veränderung der Ökosysteme in unbekanntem Ausmaß zu. Nach dem Rote-Liste-Index, der Daten zu mehr als 20.000 Tier- und Pflanzenarten verfolgt, ist das Risiko des Artensterbens in den letzten 25 Jahren um etwa 10 Prozent gestiegen. Der Index sank zwischen 1993 und 2018 von 0,82 auf 0,74. Zudem stellte die Zwischenstaatliche Plattform Wissenschaft-Politik für Biodiversität und Ökosystemleistungen in ihrem jüngsten Bericht fest, dass die Biodiversität schneller als je zuvor in der Menschheitsgeschichte abnimmt.

Die Hauptgründe für dieses bedrohliche Szenario sind Habitatverlust infolge nicht nachhaltiger Agrar-, Entnahme- und Handelspraktiken, Entwaldung, Klimawandel und gebietsfremde invasive Arten. Trotzdem gibt es viele Beispiele für die Erhaltung von Arten durch Schutzmaßnahmen, etwa in Inselentwicklungsländern wie Fidschi, Mauritius und den Seychellen. Es muss schneller gehandelt werden, um stark gefährdete Arten zu retten und das Aussterberisiko in Landwirtschaft, Industrie, Handel und anderen Sektoren zu verringern.

Rote-Liste-Index des Fortbestands der Arten – 1993-2019 und 2020-2030 (basierend auf einer „Weiter-wie-bisher“-Extrapolation des globalen Indikators)

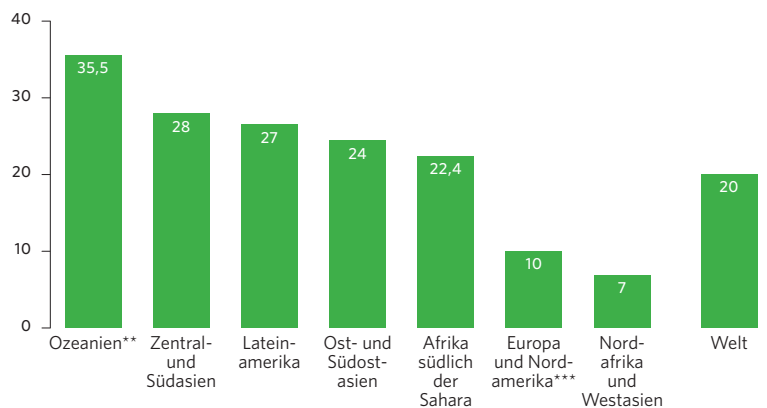


Ein Fünftel der Landfläche der Erde und das Leben einer Milliarde Menschen sind von Landverödung betroffen

Von 2000 bis 2015 verödeten 20 Prozent der gesamten Landfläche der Erde. Die Folge: ein erheblicher Verlust an essenziellen Ökosystemleistungen. Diese Schätzung ist relativ konservativ, da die zugrundeliegenden Subindikatoren nur drei Variablen beinhalten: Veränderungen der Bedeckung, der Produktivität und des organischen Kohlenstoffgehalts des Bodens. In allen Regionen außer Europa und Nordamerika sowie Nordafrika und Westasien waren zwischen 22,4 und 35,5 Prozent der Landfläche verödet, was sich unmittelbar auf das Leben von mehr als einer Milliarde Menschen auswirkt.

Bei der Bodenbedeckung zeichnet sich ein Nettoverlust natürlichen und seminaturalen Bodens ab, der zumeist vom Menschen verursacht ist, etwa durch Wüstenbildung, Entwaldung, unsachgemäße Bodenbewirtschaftung, Ausweitung des Anbaulands und Verstädterung. Auch die Produktivität unberührten Bodens ist erheblich gesunken, vor allem beim Grasland.

Anteil der verödeten Landflächen von 2000 bis 2015 (in Prozent)



** mit Australien, Neuseeland und Papua-Neuguinea, aber ohne die Inseln Ozeaniens

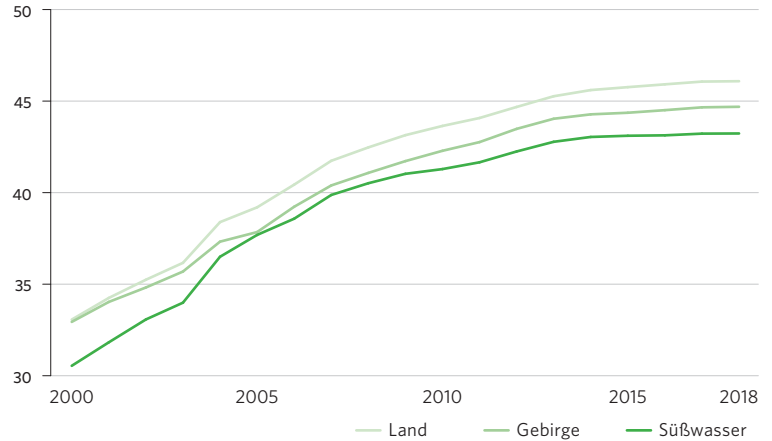
*** ohne die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Amerika

Für die Biodiversität besonders wichtige Gebiete müssen rascher geschützt werden

Zur Sicherung der langfristigen, nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen müssen die Gebiete, die für die Biodiversität von Land-, Süßwasser- und Gebirgsflächen wichtig sind, geschützt werden. Zwar wurden dabei seit 2000 Fortschritte erzielt, aber diese haben sich seit 2010 deutlich verlangsamt.

Weltweit stieg der durchschnittliche Prozentsatz der für die biologische Vielfalt besonders wichtigen Land-, Süßwasser- und Gebirgsflächen, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind, zwischen 2000 und 2010 um mehr als 10 Prozentpunkte. Zwischen 2010 und 2018 waren es nur 2 bis 3 Prozentpunkte. Setzt sich dieser Trend fort, werden 2030 weltweit im Schnitt weniger als 50 Prozent jedes für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiets unter Schutz stehen.

Durchschnittlicher Anteil der für die biologische Vielfalt besonders wichtigen Land-, Süßwasser- und Gebirgsflächen, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind – 2000-2018 (in Prozent)

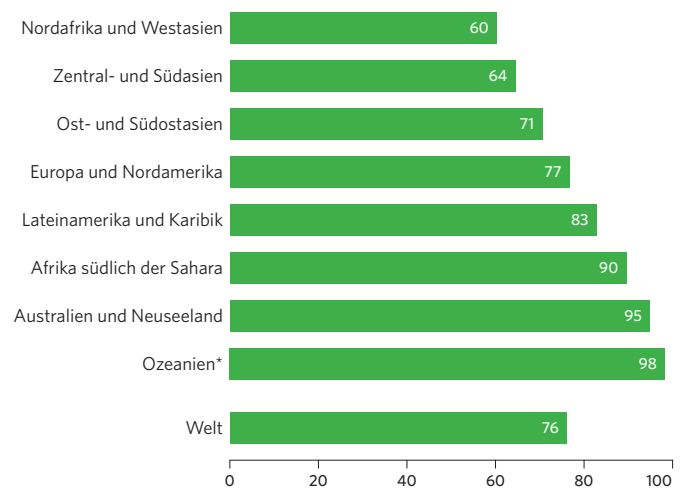


Gebirgsökosysteme erbringen grundlegende Leistungen, aber ihre Gesundheit variiert je nach Region erheblich

Gesunde Gebirgsökosysteme erbringen grundlegende Leistungen für Hochlandgemeinden wie für weitab davon lebende Flachlandbewohner. So stammen 60 bis 80 Prozent des weltweiten Süßwassers, das für den Hausgebrauch, landwirtschaftliche und industrielle Zwecke, die Gewinnung umweltfreundlicher Energie und die Erhaltung der Biodiversität genutzt wird, aus den Bergen. Wenn Berggebiete von Wäldern, Gräsern/Sträuchern und Anbaupflanzen bewachsen sind, hat dies positive Wirkung auf die Gesundheit der Berge und somit auf ihre Fähigkeit, ihre Rolle als Ökosystem zu erfüllen.

Nach Daten von 2017 waren weltweit 76 Prozent der Berggebiete bewachsen. In Ozeanien traf dies auf nahezu alle Berggebiete zu, in Nordafrika und Westasien hingegen nur auf 60 Prozent.

Anteil der Berggebiete mit Bewuchs – 2017 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Waldflächen nehmen weiter ab, aber in langsamerem Tempo

Zwischen 2000 und 2015 sank der Anteil der Waldfläche an der gesamten Landfläche von 31,1 auf 30,7 Prozent, was einem Verlust von mehr als 58 Millionen Hektar Wald oder einer Fläche von etwa der Fläche Kenias entspricht. Am meisten wurden Wälder in den Tropen zerstört, vor allem in Lateinamerika und Afrika südlich der Sahara. Ein Hauptgrund dafür wird in der Umwandlung von Waldfläche in Agrarland, etwa für Ackerbau und Viehzucht, gesehen.

Der Waldverlust in einigen tropischen Regionen wird teilweise durch einen Waldgewinn in Teilen Asiens sowie in Europa und Nordamerika ausgeglichen. In diesen Regionen sind die Waldflächen dank aktiver Aufforstung und Landschaftswiederherstellung sowie natürlichen Waldwachstums auf brach liegendem Agrarland gewachsen.

Daher verlangsamte sich der jährliche Nettowaldverlust zwischen 2010 und 2015 um etwa 25 Prozent gegenüber dem Zeitraum 2000-2005. Zudem ist der Anteil von Waldschutzgebieten und Wäldern mit langfristigen Bewirtschaftungsplänen in allen Weltregionen stabil geblieben oder gestiegen.

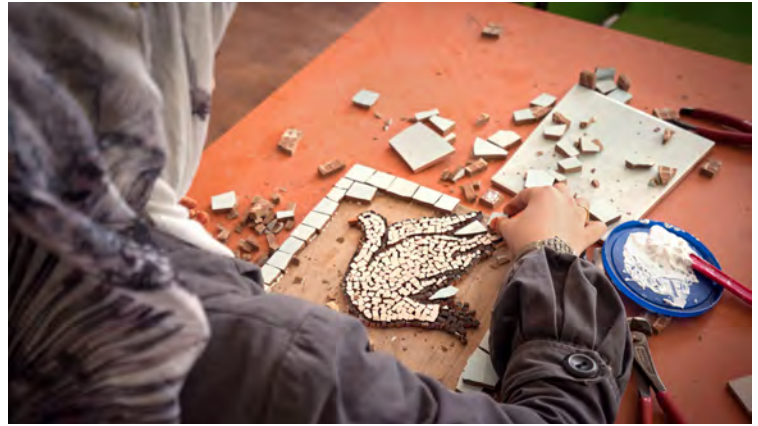
Internationale Übereinkommen fördern innovative Konzepte zur Erhaltung der Biodiversität

Die Länder treffen vermehrt Rahmenvereinbarungen, die die Erhaltung und nachhaltige Nutzung genetischer Ressourcen und der Biodiversität durch die Aufteilung der damit verbundenen Vorteile fördern. Zu diesen Ressourcen zählen Pflanzen, Tiere, Mikroben und anderes genetisches Material und das damit verbundene traditionelle Wissen. Zum 1. Februar 2019 hatten 116 Vertragsparteien, darunter die Europäische Union, das Protokoll von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile ratifiziert (65 Prozent mehr als 2016). Zudem hatten 61 Vertragsparteien (2016 waren es erst 6) Rahmenwerke für den Zugang und die Aufteilung der Vorteile (ABS) angenommen und diesbezügliche Informationen über die ABS-Informationsstelle veröffentlicht. Ferner hatten 145 Vertragsparteien den Internationalen Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft ratifiziert. Als Teil des Vertrags wurden mehr als 64.000 standardisierte Vereinbarungen für die Übertragung von mehr als 4,6 Millionen Proben pflanzengenetischer Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft geschlossen.



Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Das Ziel friedlicher, gerechter und inklusiver Gesellschaften liegt noch in weiter Ferne. In den letzten Jahren wurden bei der Beendigung von Gewalt, der Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Stärkung der Institutionen oder der Verbesserung des Zugangs zur Justiz keine tiefgreifenden Fortschritte erzielt. Millionen Menschen wurden ihrer Sicherheit, ihrer Rechte und ihrer Chancen beraubt, und Angriffe auf Menschenrechtsaktivisten und Journalisten hemmen die Entwicklung. Länder unternehmen vermehrt Anstrengungen zur Aufdeckung solcher Verstöße und entwerfen Rechtsvorschriften zur Förderung einer offeneren, gerechteren Gesellschaft. Es ist aber noch viel mehr zu tun, damit diese Mechanismen angemessen angewendet werden.

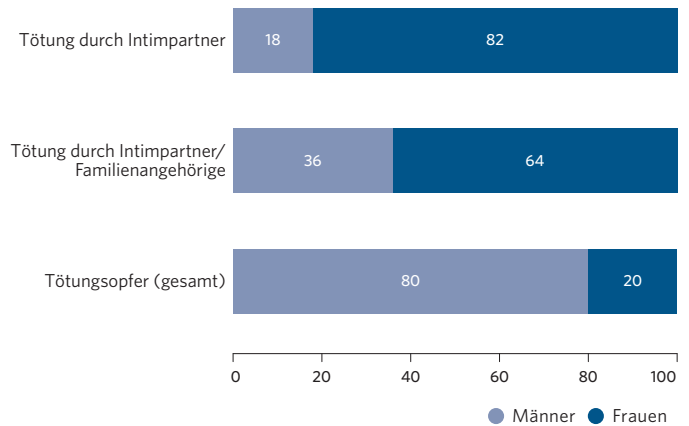


Konflikte und andere Formen der Gewalt sind ein Affront gegen die nachhaltige Entwicklung. 2018 erreichte die Zahl der vor Krieg, Verfolgung und Konflikt fliehenden Menschen mit über 70 Millionen den höchsten Stand in nahezu 70 Jahren. Sie alle sind besonders stark der Gefahr von Missbräuchen verschiedenster Art ausgesetzt, darunter Menschenhandel, Gewalt und Ausschluss von Entscheidungsprozessen. Zur Erreichung des Ziels inklusiver Gesellschaften und nachhaltiger Entwicklung ist es von zentraler Bedeutung, sie angemessen zu schützen.

Junge Männer sind am stärksten von Mord bedroht, die meisten Opfer von Tötung durch Intimpartner sind Frauen

Die weltweite Tötungsrate blieb von 2007 bis 2017 etwa gleich bei ungefähr 6 von 100.000 Menschen, wobei Lateinamerika und die Karibik die höchsten Raten verzeichneten. Von 2000 bis 2017 stieg die Zahl der Getöteten von 419.000 um 11 Prozent auf 464.000. Über diesen Zeitraum war tödliche Gewalt zunehmend in zwei Regionen konzentriert: 34 Prozent aller Tötungen entfielen 2017 auf Lateinamerika und die Karibik (2000: 27 Prozent), während der auf Afrika südlich der Sahara entfallende Anteil von 25 auf 33 Prozent anstieg. Etwa 80 Prozent der Getöteten waren Männer, aber Frauen stellten die Mehrzahl der durch Intimpartner/Familienangehörige Getöteten (64 Prozent). Betrachtet man nur Tötungen durch den Intimpartner, war der Anteil der weiblichen Opfer mit 82 Prozent sogar noch höher. Junge Männer (15 bis 29 Jahre) waren insgesamt, mit einigen regionalen Unterschieden, dem höchsten Tötungsrisiko ausgesetzt.

Opfer vorsätzlicher Tötung, nach Geschlecht – 2017 (in Prozent)

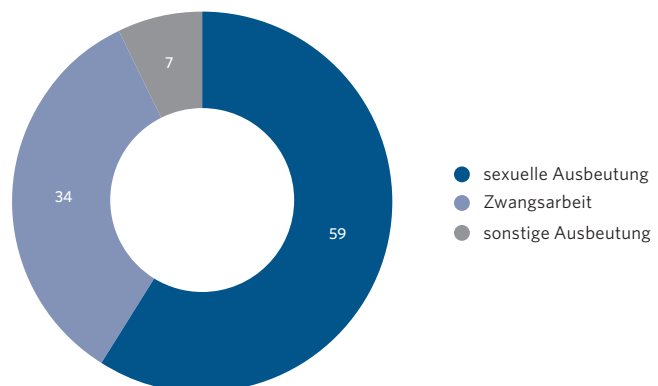


Die meisten Opfer von Menschenhandel werden sexuell ausgebeutet und der Zwangsarbeit ausgesetzt

In den vergangenen Jahren ist die Anzahl der ermittelten Opfer von Menschenhandel überall auf der Welt gestiegen: von durchschnittlich 150 ermittelten Opfern je Land 2010 auf 254 im Jahr 2016. Die Zahl der Länder, die Daten einreichen, ist etwa gleich geblieben (2010: 93, 2016: 97). Der Anstieg der durchschnittlichen Zahl ermittelter Opfer je Land deutet auf verstärkte Bemühungen der Behörden zur Ermittlung der Opfer oder auf eine Zunahme des Menschenhandels hin. Anders als in früheren Jahren werden die meisten Opfer von Menschenhandel nun innerstaatlich ermittelt.

2016 stellten erwachsene Frauen fast die Hälfte und Mädchen weitere 23 Prozent der weltweit ermittelten Opfer. Etwa 59 Prozent fielen dem Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung und mehr als ein Drittel zum Zweck von Zwangsarbeit zum Opfer. Die Opferprofile unterschieden sich je nach Art der Ausbeutung. 83 Prozent der weiblichen Opfer wurden der sexuellen Ausbeutung, 82 Prozent der männlichen Opfer der Zwangsarbeit zugeführt.

Arten der Ausbeutung bei ermittelten Opfern von Menschenhandel – 2016 oder letztes verfügbares Jahr (in Prozent)

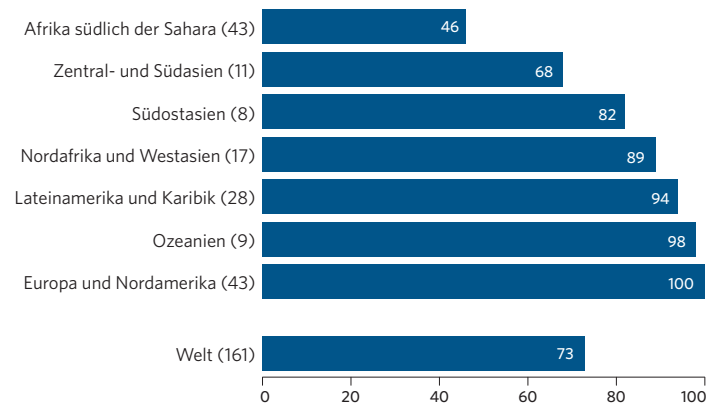


Anmerkung: Die Schätzungen basieren auf Daten aus 110 Ländern, die 24.687 ermittelte Opfer meldeten.

Geburtenregistrierung ist ein Menschenrecht, aber weltweit sind weniger als drei Viertel der Kinder unter 5 Jahren registriert

Die Geburtenregistrierung trägt grundlegend dazu bei, Menschen zu ihren Rechten, etwa dem Zugang zu sozialer Grundversorgung und Rechtsschutz, zu verhelfen. Dennoch ergeben Daten aus 161 Ländern für den Zeitraum 2010 bis 2018, dass weltweit bei weniger als drei Viertel (73 Prozent) der Kinder unter 5 Jahren eine Geburtenregistrierung vorgenommen wurde. In vielen Ländern und Regionen werden alle oder fast alle Geburten registriert, aber in Afrika südlich der Sahara weniger als die Hälfte (46 Prozent). Zentral- und Südasien mit 68 Prozent und Südostasien mit 82 Prozent hinken ebenfalls hinterher. Es ist viel getan worden, um die Personenstandsregistrierungssysteme zu verbessern und ein verstärktes Bewusstsein unter der Bevölkerung zu schaffen. Dennoch sind weitere Anstrengungen erforderlich, um sicherzustellen, dass alle Kinder ihr Recht auf eine Identität geltend machen können.

Anteil der Kinder unter 5 Jahren, deren Geburt von einer Zivilbehörde registriert wurde – neueste Daten von 2010 bis 2018 (in Prozent)



Anmerkung: Basierend auf Daten aus 161 Ländern, die 84 Prozent der Weltbevölkerung abdecken. Die Anzahl der Länder, für die Daten vorhanden sind, steht in Klammern. Aufgrund niedriger Bevölkerungserfassung sind keine Daten für Ostasien angezeigt.

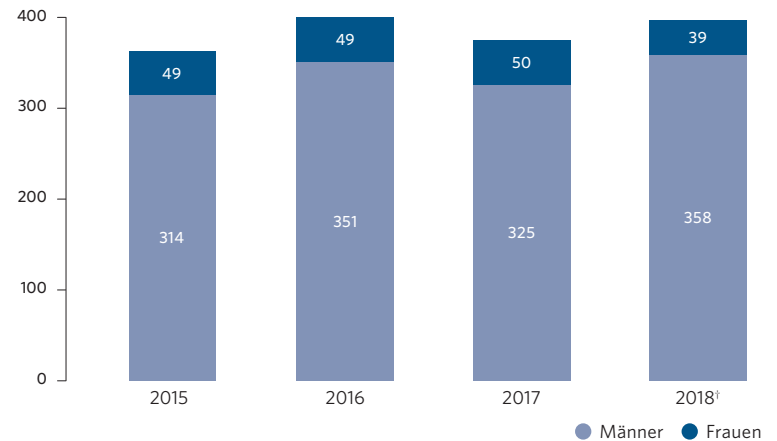
Morde an Menschenrechtsverteidigern, Journalisten und Gewerkschaftern nehmen zu

Vom 1. Januar bis 31. Oktober 2018 dokumentierten und verifizierten die Vereinten Nationen 397 Tötungen von Menschenrechtsverteidigern, Journalisten und Gewerkschaftern in 41 Ländern. Pro Woche wurden im Schnitt neun Menschen getötet, die sich an vorderster Front für eine inklusivere und egalitäre Gesellschaft einsetzten – ein beunruhigender Anstieg gegenüber dem Durchschnitt von einem Opfer pro Tag von 2015 bis 2017.

Jedes zweite Opfer arbeitete mit lokalen Gemeinschaften an Problemen im Zusammenhang mit Landrechten, Umwelt, Armut, Rechten von Minderheiten und indigenen Völkern oder den Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten. Jedes zehnte Opfer war weiblich. Journalisten und Blogger stellten ein Viertel aller Opfer, und die meisten von ihnen wurden außerhalb von Ländern in Konfliktsituationen getötet.

Solange Mitgliedstaaten nicht ihrer internationalen Verpflichtung nachkommen, die zu schützen, die sich für die Grundrechte und -freiheiten anderer einsetzen, werden Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Gewerkschafter auch weiterhin überall auf der Welt Zielscheibe von Ermordungen sein.

Zahl der getöteten Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Gewerkschafter, nach Geschlecht – 2015-2018



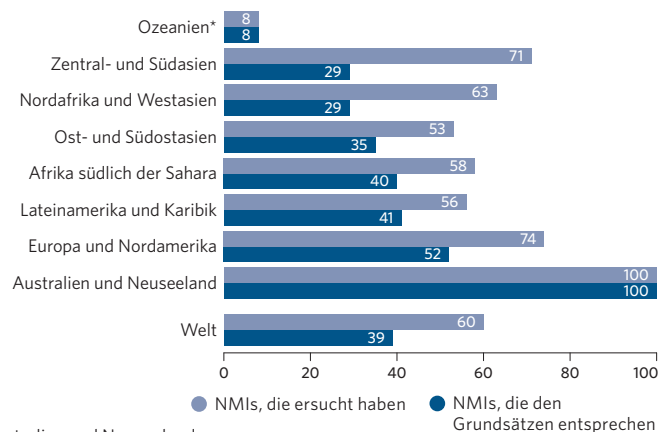
[†] Nur Fälle vom 1. Januar bis 31. Oktober 2018. Daten über Entführungen, Verschwindenlassen, willkürliche Inhaftierung oder Folter sind nicht enthalten.

Mehr Länder schaffen gesetzliche und institutionelle Rahmenbedingungen zur Verteidigung der Menschenrechte, aber die Fortschritte sind schleppend

In 125 Ländern gibt es rechtsverbindliche Vorschriften und Verfahren, nach denen Menschen ein Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen haben. Seit 2013 haben mindestens 31 Länder derartige Vorschriften erlassen. Experteneinschätzungen zufolge besteht jedoch noch in vielen Fällen ein Verbesserungspotenzial. Von den 123 Ländern, für die Daten vorliegen, verfügen 40 über keine adäquaten Bestimmungen bezüglich des Rechts, bei einem administrativen Organ Beschwerde einzulegen. Derartige Bestimmungen sind jedoch eine entscheidende Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Anwendung dieses Rechts.

Die Schaffung nationaler Menschenrechtsinstitutionen (NMIs), die den Grundsätzen betreffend die Stellung nationaler Institutionen (Pariser Grundsätze) entsprechen, muss beschleunigt werden. Bis 2018 hatten nur 39 Prozent aller Länder den Pariser Grundsätzen entsprochen – 3 Prozent (7 Länder) mehr als 2015. Bleibt es bei diesem Fortschrittstempo, wird 2030 nur rund die Hälfte aller Länder über NMIs verfügen, die den Grundsätzen entsprechen und darauf achten, dass die Staaten ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommen.

Anteil der Länder mit Menschenrechtsinstitutionen, die um Akkreditierung ersucht haben, und Anteil der Länder, die den Pariser Grundsätzen entsprechen – 2018 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland



Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele gewinnt immer mehr Unterstützung. Dennoch bestehen weiter große Herausforderungen. Der Anteil der Weltbevölkerung mit Internetzugang steigt, und es wurde eine Technologiebank für die am wenigsten entwickelten Länder eingerichtet, aber die digitale Kluft besteht weiter. Private Heimatüberweisungen sind auf einem Höchststand, aber die öffentliche Entwicklungshilfe geht zurück und private Investitionen fließen häufig nicht in die nachhaltige Entwicklung. Zudem haben anhaltende Handelsspannungen das weltweite Wachstum gebremst und manche Regierungen



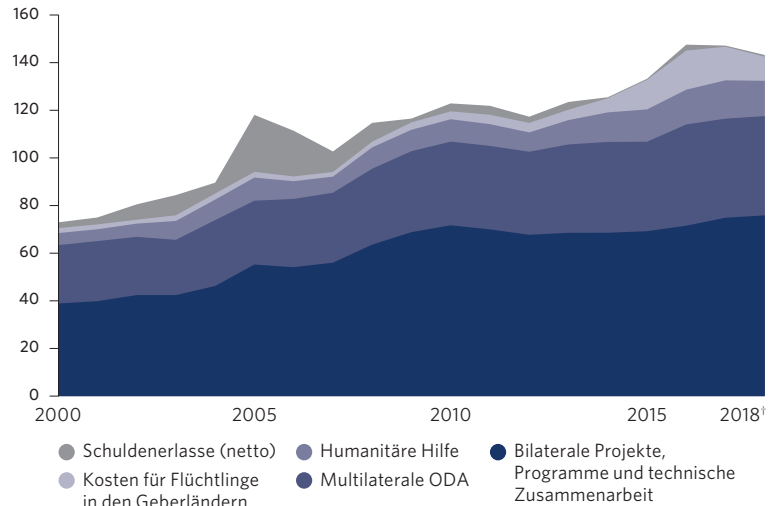
dem Multilateralismus den Rücken zugewandt. Angesichts dieser Herausforderungen bedarf es heute mehr als je zuvor der engen internationalen Zusammenarbeit, um sicherzustellen, dass die Länder die Mittel zur Verwirklichung der Ziele haben.

Trotz Zusagen zur Aufstockung der Entwicklungsfinanzierung sinken die Hilfszuwendungen

2018 betrug die öffentliche Netto-Entwicklungshilfe insgesamt 149 Milliarden Dollar und damit real 2,7 Prozent weniger als 2017. Hauptgrund sind geringere Ausgaben der Geberländer für die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Mittel für bilaterale Projekte, Programme und technische Hilfe, die mehr als die Hälfte der gesamten öffentlichen Netto-Entwicklungshilfe ausmachen, stiegen von 2017 auf 2018 real um 1,3 Prozent. Die Beiträge zu multilateralen Organisationen – etwa ein Drittel der gesamten öffentlichen Netto-Entwicklungshilfe – blieben stabil. Die humanitäre Hilfe sank real um 8 Prozent.

Öffentliche Entwicklungshilfe ist die größte Quelle ausländischer Finanzmittel für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs). Dennoch floss 2018 weniger Hilfe in die Länder, wo sie am dringendsten benötigt wird. Laut vorläufigen Daten ist die bilaterale Hilfe für die LDCs seit 2017 real um 3 Prozent und für Afrika um 4 Prozent gesunken. Die Geberländer erfüllen nicht ihre Zusagen zur Aufstockung der Entwicklungsfinanzierung, was die Anstrengungen zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele beeinträchtigt.

Öffentliche Netto-Entwicklungshilfe (ODA), nach Komponente – 2010-2018 (in Milliarden konstanter US-Dollar) (Basisjahr 2017)



¹ vorläufige Daten

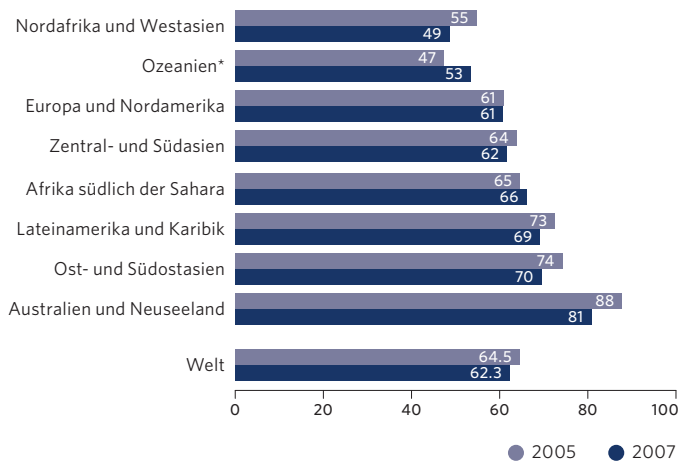
Die wirksame Mobilisierung einheimischer Ressourcen, einschließlich durch Steuern, ist unerlässlich

Die wirksame Mobilisierung und Verwendung einheimischer Ressourcen, geleitet vom Grundsatz der nationalen Eigenverantwortung, ist für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele unerlässlich. Die Berechnung der Steuerlast – der Einnahmen aus Steuern – ist ein wichtiges fiskalpolitisches Verfahren mit wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen. 2017 lag die Steuerlast in den G20-Staaten und anderen hochentwickelten Ländern im Schnitt bei 23 Prozent des BIP, in Entwicklungs- und Schwellenländern bei 18 Prozent.

Im Schnitt finanzierten 2017 die G20-Staaten und andere hochentwickelte Länder 64 Prozent und Schwellenländer 61 Prozent ihrer Ausgaben aus Steuern. Der Anteil der Steuern an den Staatsausgaben ist weltweit leicht zurückgegangen – von 2005 bis 2017 von im Schnitt 64,5 auf 62,3 Prozent. Dies könnte an einer Verbesserung der Einnahmehmobilisierung wie auch der öffentlichen Finanzverwaltung liegen.

Ein gut funktionierendes System der Einnahmehmobilisierung ist eine Voraussetzung für eine robuste, nachhaltige und inklusive Wirtschaftsentwicklung. Die Komponenten dieses Systems und sein übergeordneter fiskalpolitischer Rahmen müssen jedoch auf das jeweilige Land zugeschnitten sein.

Anteil der aus inländischen Steuern finanzierten Staatsausgaben – 2005 und 2017 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Heimatüberweisungen von Arbeitsmigranten werden zur größten Quelle ausländischer Finanzmittel für Entwicklungsländer

2018 flossen weltweit 689 Milliarden Dollar an Heimatüberweisungen (2017: 633 Milliarden Dollar). Die Überweisungen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen stiegen 2018 um 9,6 Prozent auf ein Rekordhoch von 529 Milliarden Dollar und betragen damit mehr als das Dreifache der öffentlichen Entwicklungshilfe für diese Länder und erheblich mehr als die ausländischen Direktinvestitionen (ausschließlich Chinas). 2019 dürften sich die Überweisungen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen auf 550 Milliarden Dollar belaufen und somit zur größten Quelle ausländischer Finanzmittel werden.

Der Nutzen der Heimatüberweisungen von Arbeitsmigranten wird jedoch durch hohe Überweisungskosten geschmälert. Im ersten Quartal 2019 lagen die durchschnittlichen Kosten für eine Überweisung von 200 Dollar bei rund 7 Prozent und damit um mehr als das Doppelte über dem für 2030 vorgegebenen Ziel von 3 Prozent. Diese Kosten waren mit etwa 10 Prozent in vielen Überweiskorridoren in Afrika und kleinen Pazifikinseln am höchsten.

Handelsspannungen zwischen den größten Volkswirtschaften wirken sich auf Produzenten und Konsumenten weltweit aus

Weltweite Zolssenkungen erweitern den Zugang zu Waren und tragen zu einem offeneren Handelssystem bei. Wachsende Handelsspannungen zwischen großen Ländern wirken sich jedoch negativ auf Konsumenten und Produzenten weltweit aus und stören die Wirtschafts- und Finanzmärkte. Zudem stellen sie die Zukunft eines soliden multilateralen Handelssystems unter dem Dach der Welthandelsorganisation in Zweifel.

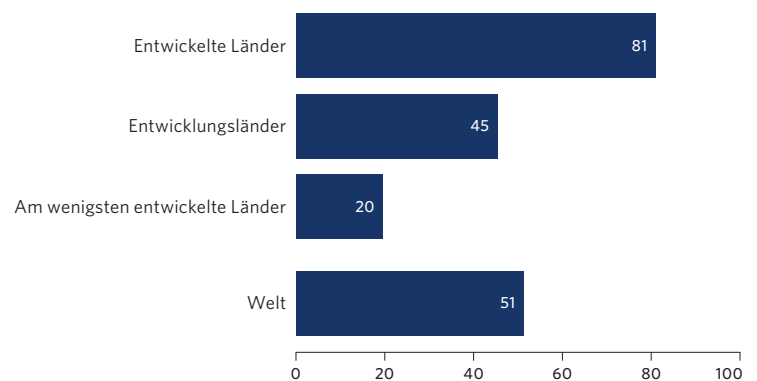
2017 sanken die handelsgewichteten Zölle weltweit auf durchschnittlich 2,2 Prozent. Es gab jedoch große regionale Unterschiede, die ein Ausdruck weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte sind. 2017 erhoben die Länder Afrikas südlich der Sahara und die am wenigsten entwickelten Länder mit durchschnittlich 7,1 Prozent bzw. 7,8 Prozent des Wertes von Importwaren die höchsten Zölle. Diese Zollsätze lagen deutlich über denen der Hocheinkommensländer (1,2 Prozent) und der Entwicklungsregionen insgesamt (3,7 Prozent). In Südostasien lag der Einfuhrzollsatz bei 1,7 Prozent – ein Zeichen für die zunehmende Öffnung der Region für den internationalen Handel.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung ist online; nun müssen wir uns dem Rest zuwenden

Das Internet kann einen Weg zur Entwicklung ebnen und als Umsetzungsmittel für viele Nachhaltigkeitsziele dienen. Ende 2018 nutzte mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung (3,9 Milliarden Menschen) das Internet, was einen wichtigen Schritt hin zu einer inklusiveren globalen Informationsgesellschaft darstellt. Mehr als 80 Prozent der Menschen in den entwickelten Ländern waren online, gegenüber 45 Prozent in den Entwicklungsländern und nur 20 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern.

Der Zugang zu Breitbandnetzen dürfte eine erhebliche Wirkung auf die globale Wirtschaftsleistung ausüben. Steigt die Festnetz-Breitbanddichte – die Anzahl der Anschlüsse je 100 Einwohner – um 1 Prozent, wächst das globale BIP im Schnitt um 0,08 Prozent. Diese Wirkung ist in den entwickelten Ländern stärker als in den Entwicklungsländern. Weltweit hat die Festnetz-Breitbanddichte weiter zugenommen – von 3,4 Prozent je 100 Einwohner 2005 auf 14,1 Prozent 2018.

Internetnutzung in der Bevölkerung, weltweit und nach Ländergruppen – 2018 (in Prozent)

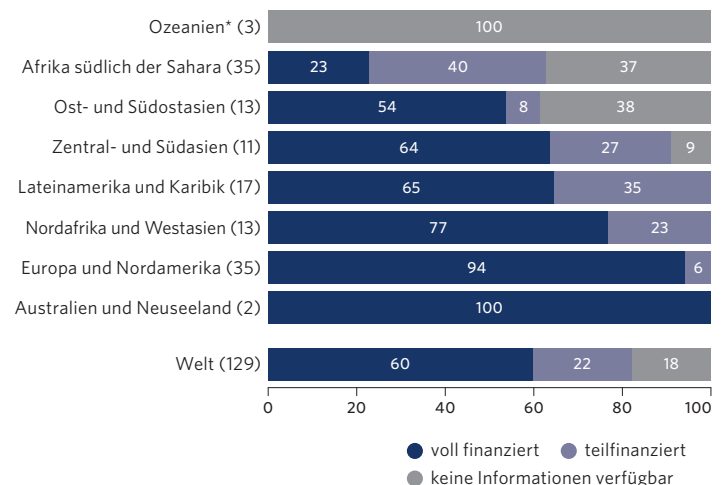


Der Aufbau von Statistikkapazitäten wird zwar vermehrt finanziell unterstützt, aber diese Unterstützung reicht nicht aus, um den durch die Nachhaltigkeitsziele geschaffenen Anforderungen zu entsprechen

Um dem wachsenden Bedarf an hochwertigen, aktuellen und zugänglichen Daten für die Entwicklungsplanung zu entsprechen, benötigen die Länder einen wirksamen nationalen statistischen Plan mit ausreichender Finanzierung und politischer Unterstützung, um die Kapazitäten ihres nationalen Statistiksystems aufzubauen. 2018 verfügten 129 Länder über einen nationalen statistischen Plan (2017: 102). Vielen Ländern fehlten jedoch die nötigen Finanzmittel zu seiner Ausarbeitung. In Afrika südlich der Sahara waren nur 23 Prozent der Pläne voll finanziert, in Europa und Nordamerika hingegen 94 Prozent.

Die von multilateralen und bilateralen Gebern bereitgestellte Unterstützung für alle Bereiche der Statistik stieg von 2015 bis 2016 von 591 auf 623 Millionen Dollar. Zwischen 2006 und 2016 nahm diese Unterstützung um fast 400 Millionen Dollar zu, reichte aber immer noch nicht aus, um den durch die Nachhaltigkeitsziele geschaffenen Daten- und Statistikanforderungen zu entsprechen. Um die Ziele für den Aufbau der Statistikkapazitäten bis 2030 zu erreichen, müssen die Zusagen für diesen Bereich (derzeit 0,33 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe) verdoppelt werden.

Anteil der Länder mit einem nationalen statistischen Plan, nach Finanzierungsstand – 2018 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Zahlen in Klammern beziehen sich auf die Anzahl der Länder, die einen nationalen Statistikplan umsetzen.

Hinweise für Leserinnen und Leser

Rahmen globaler Indikatoren zur Weiterverfolgung und Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die vorgelegten Informationen beruhen auf den zuletzt verfügbaren Daten (Mai 2019) zu ausgewählten Indikatoren des Rahmens globaler Indikatoren¹ für die Ziele für nachhaltige Entwicklung, der von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und am 6. Juli 2017 von der Generalversammlung angenommen wurde (siehe Resolution 71/313, Anlage). Der Rahmen globaler Indikatoren dient zur Überprüfung der Fortschritte auf globaler Ebene.

Datenquellen und Grundlagen der Analyse

Die Werte für die meisten Indikatoren in diesem Bericht sind regionale und/oder subregionale Aggregate. Sie errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Länderdaten, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist; ihnen liegen nationale Daten zugrunde, die von internationalen Stellen aufgrund ihres Mandats und ihrer speziellen Sachkompetenz aus nationalen Statistiken zusammengestellt werden. Die von den internationalen Stellen erhobenen nationalen Daten werden oft zum Zweck der Vergleichbarkeit angepasst und, wo sie nicht vorliegen, geschätzt. Nach dem Beschluss der Statistischen Kommission und Resolution 2006/6 des Wirtschafts- und Sozialrats sollen die für die Zusammenstellung der globalen Indikatoren verwendeten Schätzungen in voller Abstimmung mit den nationalen Statistikämtern vorgenommen werden. Die Kriterien und Mechanismen für die Validierung durch die nationalen Statistikämter sind im Bericht der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung² ausgeführt und wurden von der Statistischen Kommission auf ihrer fünfzigsten Tagung gebilligt.⁴

Die Zusammenarbeit zwischen nationalen Statistiken und regionalen und internationalen Organisationen ist für den wirksamen

Mit der Auswahl der Indikatoren für diesen Bericht soll keine Priorisierung der Ziele erfolgen, da alle Ziele und Vorgaben gleich wichtig sind. Die Zusammensetzung der Regionen und Subregionen in diesem Bericht baut auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden.³

Fluss international vergleichbarer Daten unverzichtbar. Diese Mechanismen können durch die Stärkung der Koordinierungsfunktion nationaler Statistikämter in nationalen Statistiken verbessert werden.

Die Statistikabteilung der Vereinten Nationen führt eine Datenbank zu diesem Bericht mit den verfügbaren globalen, regionalen und Länderdaten und den Metadaten für die Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele, die unter <https://unstats.un.org/sdgs> zu finden ist. Aufgrund neuer Daten und überarbeiteter Methoden sind die hierin enthaltenen Datenreihen möglicherweise nicht mit früheren Datenreihen vergleichbar.

Zwar erleichtern die in diesem Bericht vorgelegten Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region bzw. zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und geografischen Gebieten innerhalb eines Landes erheblich von den Durchschnittswerten abweichen. Die Vorlage von Aggregaten für alle Regionen verdeckt außerdem eine andere Realität: den Mangel an geeigneten Daten zur Bewertung nationaler Trends als Informationsgrundlage für die Entwicklungspolitik und zur Überwachung ihrer Umsetzung in vielen Teilen der Welt.

Investitionen in Daten zugunsten der vollen Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Hochwertige Daten sind Voraussetzung dafür, dass Regierungen, Entwicklungspartner, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft, der Privatsektor und die Allgemeinheit fundierte Entscheidungen treffen und die Umsetzung der Agenda 2030 genauer überprüfen können. Für die Fortschrittsverfolgung bei den Nachhaltigkeitszielen müssen enorme Mengen von Daten und statistischen Angaben auf subnationaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene erhoben, verarbeitet, analysiert und verbreitet werden – die, die aus offiziellen Statistiken stammen, ebenso wie die aus neuen und innovativen Datenquellen.

Viele nationale Statistiken stehen in dieser Hinsicht vor ernststen Problemen, was dazu führt, dass präzise und aktuelle Informationen über wichtige Aspekte des Lebens von Menschen unbekannt sind. Viele Gruppen und Personen bleiben „unsichtbar“, und viele Entwicklungsprobleme werden noch immer unzureichend verstanden. In Resolution 70/1 der Generalversammlung erkannten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die entscheidende Rolle einer besseren Datenerhebung und eines verstärkten Kapazitätsaufbaus an und verpflichteten

sich, dem Defizit abzuweichen. Der Globale Aktionsplan von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung, der 2017 auf der achtundvierzigsten Tagung der Statistischen Kommission gebilligt wurde, bietet einen Fahrplan für die Modernisierung und Stärkung von Statistiken.

Verstärkte Investitionen in nationale Daten- und Statistiken und eine stärkere Mobilisierung internationaler und nationaler Ressourcen sind zwingend notwendig. Die aus dem Weltforum 2018 hervorgegangene Erklärung von Dubai fordert mehr nationale und internationale Ressourcen und mehr politisches Engagement zur Stärkung der Datensysteme. Sie sieht einen Finanzierungsmechanismus unter der Aufsicht der Mitglieder der Vereinten Nationen vor, der schnell und effizient den Prioritäten der nationalen Statistiken entsprechen kann. Neue Datenquellen und -erhebungstechnologien und die Integration verschiedener Datenquellen sind zu erkunden, auch im Rahmen von Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und den Hochschulen. Besonders wichtig für die Erstellung mehrerer Indikatoren ist die Integration von Geoinformationen und -statistiken.

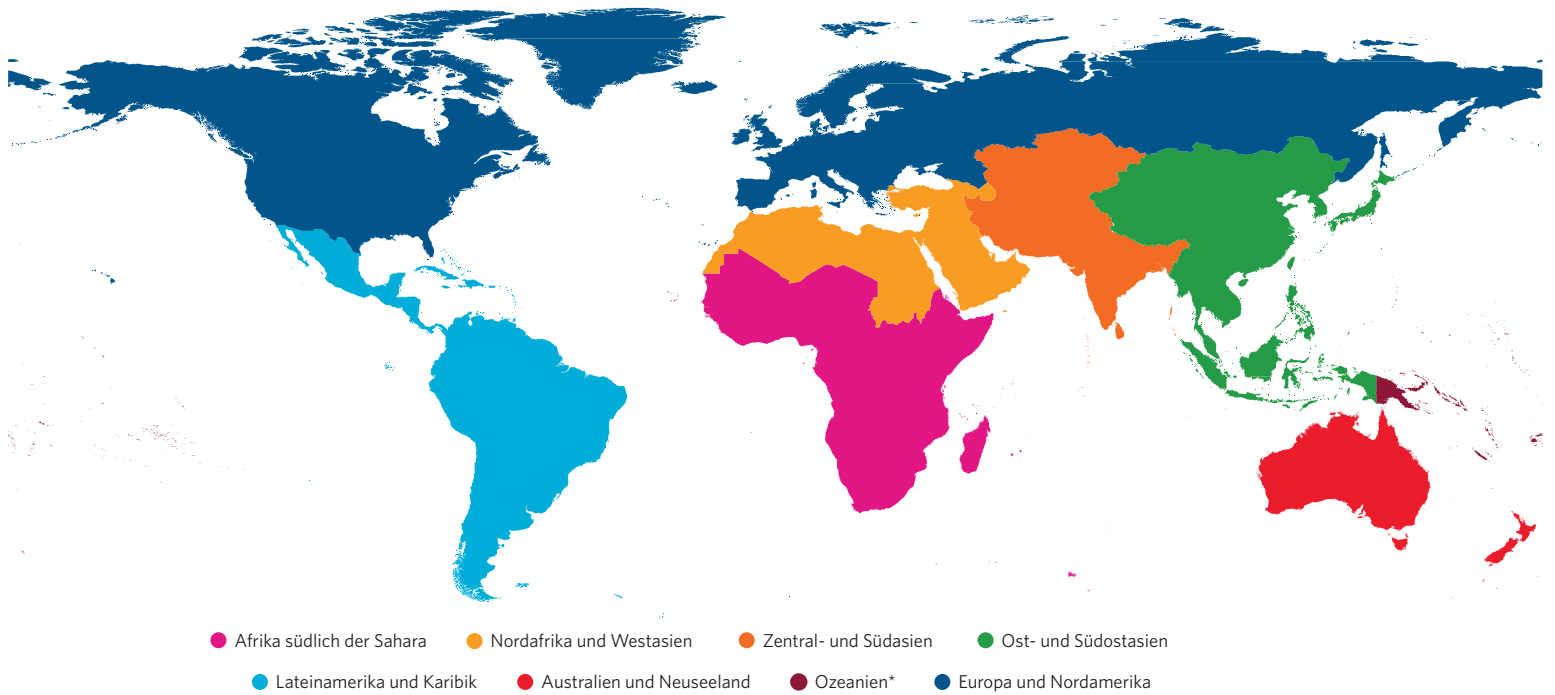
¹ Die vollständige Liste der Indikatoren findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list>. In Deutsch verfügbar unter <https://www.un.org/depts/german/gv-71/band3/ar71313.pdf>.

² Die Zusammensetzung der Subregionen geht aus dem Abschnitt „Regionale Gruppen“ hervor.

³ Siehe *Report of the Inter-Agency and Expert Group on Sustainable Development Goal Indicators* (E/CN.3/2019/2), Anhang I.

⁴ Siehe *Statistical Commission Report on the fiftieth session* (E/2019/24-E/CN.3/2019/34).

Regionale Gruppen



- Anmerkungen:
- Im gesamten Bericht bezeichnet „Ozeanien*“ Ozeanien ohne Australien und Neuseeland.
 - Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

In diesem Bericht werden Daten zu den Fortschritten in Bezug auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele weltweit sowie für verschiedene Gruppen vorgelegt. Die Ländergruppen beruhen auf den geografischen Regionen, die nach den Länder- und Gebiets-Standardcodes für statistische Zwecke (M49)⁵ der VN-Statistikabteilung definiert sind. Die geografischen Regionen sind aus der Karte ersichtlich. Einige der M49-Regionen wurden zur Erleichterung der Präsentation zusammengefasst.

Die Zugrundelegung geografischer Regionen für die Ländergruppen ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Bericht 2016 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Fortschrittsberichten über die Millenniums-Entwicklungsziele. Zuvor wurden Daten für Länder in „Entwicklungs-“ und „entwickelten“ Regionen präsentiert, die ihrerseits in geografische Subregionen untergliedert waren. Zwar besteht im VN-System keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete, doch folgt der

Bericht der Unterteilung in Entwicklungs- und entwickelte Regionen bei Daten für einige Indikatoren weiter, jedoch nur zu statistischen Analyse Zwecken und in Anlehnung an die Praxis der internationalen Organisation, von der die Daten stammen.⁶

Zusätzlich enthalten Text und Schaubilder nach Möglichkeit auch Daten für Ländergruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen: am wenigsten entwickelte Länder, Binnenentwicklungsländer und kleine Inselentwicklungsländer.

Eine vollständige Liste der Länder jeder Region, Subregion und Ländergruppe findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>.

Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.

⁵ Einzelheiten zum M49-Standard finden sich auf der Website der VN-Statistikabteilung unter <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49/>.

⁶ Im Diskussionspapier „Update of the regional groupings for the SDG report and database“ vom 31. Oktober 2016, einzusehen unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>, sind diese Veränderungen im Einzelnen beschrieben.

Fotos:

Deckblatt © Toomas Tartes
Seite 22 © Patrick J. Nagel
Seite 24 © FAO/IFAD/WFP/Michael Tewelde
Seite 26 © Weltbank/Dominic Sansoni
Seite 30 © UN Photo/Mark Garten
Seite 32 © UNICEF/Chulho Hyun
Seite 34 © Weltbank/Rumi Consultancy/Abbas Farzami
Seite 36 © Weltbank/Gennadiy Ratushenko
Seite 38 © Weltbank/Maria Fleischmann
Seite 40 © Weltbank/Yosef Hadar
Seite 42 © Patrick J. Nagel
Seite 44 © Weltbank/Farhana Asnap
Seite 46 © Yongyi Min
Seite 48 © Patrick J. Nagel
Seite 50 © Patrick J. Nagel
Seite 52 © UN Photo/Louise Grubb
Seite 54 © UN-Frauen/Christopher Herwig
Seite 56 © UNDP

Karten : Seite 36 WHO

Seite 42 Weltbank

Seite 50 *2018 Global Ocean Health Scores* unter <http://ohi-science.org/news/2018-global-scores>

Seite 28, 35, 40, 41 und 45 Statistikabteilung der Vereinten Nationen (UNSD)

Die Kartierungsdaten wurden von der Sektion Geoinformationen der Vereinten Nationen (UNGIS) bereitgestellt.

Informationsgrafiken im Überblick und Gestaltung: Gruppe Grafikdesign/Hauptabteilung Globale Kommunikation (DGC)

Zusätzliche Arbeiten in Gestaltung, Grafikdesign, Satz und Lektorat: Gruppe Manuskriptbearbeitung und Korrekturlesen/Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement (DGACM)

Redaktion: Lois Jensen

Übersetzung: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York

Copyright © 2019 Vereinte Nationen

Alle Rechte weltweit vorbehalten

Anträge auf auszugsweise Reproduktion oder auf Vervielfältigung sind an das Copyright Clearance Center (<http://www.copyright.com>) zu richten.

Alle sonstigen Fragen betreffend Rechte und Lizenzen, einschließlich Nebenrechten, sind zu richten an:

United Nations Publications, 300 East 42nd Street, New York, NY, 10017, Vereinigte Staaten von Amerika.

E-Mail: publications@un.org; Website: <http://www.un.org/publications>

Veröffentlichung der Vereinten Nationen, herausgegeben von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA)

Dieser Bericht wurde von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten gemäß Ziffer 83 der Resolution 70/1 der Generalversammlung erstellt, wonach der Generalsekretär gehalten ist, jährliche Fortschrittsberichte über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erstellen. Die internationalen und regionalen Organisationen und die Büros, Sonderorganisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die zu dem Bericht beigetragen haben, sind nachstehend aufgeführt. Weitere Beiträge stammen von Statistikämtern mehrerer Länder und von Sachverständigen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Abteilung Meeresangelegenheiten und Seerecht

Allianz der kleinen Inselstaaten

Asiatische Entwicklungsbank

Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

Büro der Gesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Jugend

Büro der Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer

Büro der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Kinder

Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

Büro der Vereinten Nationen für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen/Hauptabteilung Friedensmissionen

Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung/Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung

Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme

Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN-Frauen)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS)

Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)

Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

Hohes Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Internationale Energie-Agentur

Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Internationale Organisation für erneuerbare Energien

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Internationales Handelszentrum (ITC)

Internationale Union für die Erhaltung der Natur

Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)

Interparlamentarische Union (IPU)

Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Nachhaltige Energie für alle

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat)

Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen

Sekretariat des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung

Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt

Statistische Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS 21)

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

UN-Energie

UN-Ozeane

UN-Wasser

Weltbankgruppe

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Welthandelsorganisation (WTO)

Weltorganisation für Meteorologie (WMO)

Weltorganisation für Tourismus (UNWTO)

Wirtschaftskommission für Afrika (ECA)

Wirtschaftskommission für Europa (ECE)

Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC)

Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP)

Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA)

Zusatzinformationen auf Englisch: Website der VN-Statistikabteilung über die Ziele für nachhaltige Entwicklung unter <https://unstats.un.org/sdgs>.

» Die nächsten Jahre sind eine entscheidende Phase für die Rettung der Erde und die Herbeiführung einer nachhaltigen, inklusiven menschlichen Entwicklung.«

— *ANTÓNIO GUTERRES*
GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN